



Einigkeit macht stark

Gemeinsam im Dienst der Kommunen liefert Mercedes-Benz mit zahlreichen Zulieferfirmen den optimalen Unimog für den individuellen Bedarf. Der neue U 20, der im Schwarzwald vorgestellt wurde, ist noch wendiger, leichter, kompakter, günstiger im Preis und flexibler einsetzbar. **S. 11/12**



Regensburger Teamwork

Ein Bild von der geliebten Heimatstadt Regensburg mit den markanten Türmen des Doms im Hintergrund überreichte Oberbürgermeister Hans Schaidinger seinem Stellvertreter Gerhard Weber zu dessen 60. Geburtstag. **S. 3**

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



„Den Wandel gestalten“ lautete das Tagungsthema zur Zukunft der Gemeinden in Bad Berneck. Unsere Aufnahme zeigt den Ortskern von Weidenberg. Das Sanierungskonzept des Marktes in der Nähe von Bayreuth wurde bei der Veranstaltung exemplarisch erläutert (vgl. Seite 10). □

Bayerischer Gemeindetag:

Fokus auf Klimaschutz

Treffen der Großen Mitglieder in Deggendorf

Aktuelle umweltpolitische Themen standen im Vordergrund eines Treffens der Großen Mitglieder des Bayerischen Gemeindetags in Deggendorf. Neben Umweltminister Dr. Otmar Bernhard lieferte dabei u. a. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl die notwendigen Informationen.

Nach der Begrüßung durch die gastgebende Oberbürgermeisterin Anna Eder führte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, Abensberg, in die Thematik ein. Brandl zufolge sind derzeit drei Themenfelder für die Gemeinden im Umweltschutzbereich von besonderem Interesse: die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie, das Aktionsprogramm Wasserschutzgebiete sowie Klimaschutzaktivitäten durch die Gemeinden.

Lärmaktionspläne

Was die Umgebungslärmrichtlinie angeht, „hoffen wir noch auf Zugeständnisse im Gesetzgebungsverfahren“, so Brandl. Vordringlich fordere der Gemeindetag die Zuständigkeit der Regierungen für die Aufstellung von

Lärmaktionsplänen an Hauptverkehrsstraßen - hilfsweise zumindest finanzielle und sachliche Unterstützung bei der Aufstellung der Lärmaktionspläne und Zulieferung der Lärmkartierung auch in der 2. Tranche und für die Folgekartierungen. Brandl: „Egal welche Entscheidung der Landtag am Ende trifft: „Wichtig ist, dass Aufwand und Ertrag im vernünftigen Verhältnis stehen und große Spielräume verbleiben, ob und in welchem Umfang geplant wird.“

Essentielles Thema Wasser

Beim Aktionsprogramm Wasserschutzgebiete wiederum handelt es sich um ein für die Gemeinden als Wasserversorger essentielles Thema, „weshalb der Bayerische Gemeindetag auch nicht bereit ist, auch nur ein Jota vom bewährten hoheitlichen Schutz der Trinkwasserversorgung abzurücken“, betonte der Präsident. Mit den Gemeinden sei nur machbar, dass die bereits

praktizierte Vorgehensweise vieler Wasserversorger, nämlich die Entschädigungs- und Ausgleichssummen möglichst nicht über ein Verfahren, sondern über Verträge zu regeln, im Gesetz verankert wird. Darüber hinaus könnten Vereinbarungen über die nicht zwingend erforderlichen Schutzauflagen in der Schutzzone 3 geschlossen werden.

Klimaschutz

In punkto gemeindlicher Beitrag zum Klimaschutz verwies Brandl auf „schon sehr früh vorbildliche Projekte auch aus dem Kreis unserer Großen Mitglieder“. Als Beispiele nannte er die energetische Gebäudesanierung von mehreren Liegenschaften der Stadt Wunsiedel, die Energieeinsparkonzepte der Stadt Deggendorf für zahlreiche gemeindliche Gebäude sowie das Nah- und Fernwärmekonzept der Stadt Burghausen.

Brandl kündigte an, dass der Bayerische Gemeindetag der Klima-Allianz als Bündnispartner beitreten wird. Eine Allianz sei jedoch ein kraftvolles Zusammenwirken und keine staat- (Fortsetzung auf Seite 4)



Umweltminister Dr. Otmar Bernhard, Oberbürgermeisterin Anna Eder, Gemeindetags-Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse und Dr. Johann Keller, Verbandsdirektor. □

E.ON Bayern-Vertriebsvorstand Dr. Stefan Vogt:

Kundennähe und Regionalität weiter stärken

Zehn Millionen Euro für Energiespar-Impulse

Die bayerischen Kommunen haben im vergangenen Jahr erstmals aus dem Energiesparfonds bei E.ON Bayern „geschöpft“. Insgesamt 1,8 Millionen Euro wurden für energiesparende Projekte in den Städten und Gemeinden ausgeschüttet. „Die Einzelsummen reichen von einigen hundert bis zu 17 500 Euro“, sagte E.ON Bayern-Vertriebsvorstand Dr. Stefan Vogt der Bayerischen Gemeindezeitung.

keine Kommune verloren habe. Während die Politik ganz ak- (Fortsetzung auf Seite 2)

Da die Kriterien für die Förderung sehr breit angelegt seien, habe der Energiedienstleister alle Anträge der Kommunen erfüllen können. Da heuer und nächstes Jahr weitere insgesamt 8,8 Millionen in den Fonds fließen, könne die Fördersumme für eine Kommune auf drei Jahre durchaus auf 100 000 Euro ansteigen.

Der Energiesparfonds ist Bestandteil des auf vier Jahre abgeschlossenen Rahmenvertrags, dem sich 2006 rund 1970 kommunale Kunden (Städte, Märkte, Gemeinden, Zweckverbände, Landkreise und Bezirke) angeschlossen haben. „Dieses Modell egalisiert die damals festgelegten moderaten Preiserhöhungen und gibt einen Anstoß, energiesparende Maßnahmen durchzuführen“, sagt Dr. Vogt.

Konkrete Maßnahmen

Die Mittel werden überwiegend für konkrete Maßnahmen zur Optimierung des Energieverbrauchs eingesetzt, insbesondere in der Straßenbeleuchtung, der Dämmung und Sanierung von Gebäuden sowie für die Erstellung von Energiekonzepten. Trotz der 2007 erfolgten und an die Kommunen weitergegebenen Senkung der Netzentgelte bleibt der Energiesparfonds in voller Höhe erhalten.

Strompreis-Niveau

Das Strompreis-Niveau für Kommunen liege etwa 20 Prozent unter dem Marktpreisniveau, woraus jährliche Einsparungen von über 20 Millionen Euro für die Kommunen resultierten. Das ist sicherlich mit ein Grund dafür, dass E.ON Bayern selbst bei Europa weiten Ausschreibungen noch

Bayerischer Städtetag fordert:

Vernünftige Löhne

Schaidinger erläutert Verbandsposition vor der Presse

Einstimmig hat sich der Vorstand des Bayerischen Städtetags für die Einführung eines Mindestlohns ausgesprochen. Deren Vorsitzender, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, meinte vor Pressevertretern in München: „Für den, der arbeitet, muss ein Auskommen ohne Sozialleistungen möglich sein. Die Kommunen seien die „Betroffenen“, wenn Menschen nicht von ihrer Arbeit leben könnten, denn sie müssten die Zuzahlungen aus Hartz IV aufbringen. Vom Staat erwarte man deshalb eine Regelung, die den Kommunen diese Ausgaben erspare.“

Schaidinger stellte klar, der Städtetag wolle sich mit seiner Forderung nicht in die parteipolitische Diskussion einmischen; vielmehr handle der Verband lediglich aus „kommunalpolitischer Betroffenheit“ (siehe dazu auch Kasten Seite 4).

Gemeinsam kümmern um Langzeitarbeitslose

Darüber hinaus sprach sich der Vorstand des Bayerischen Städtetags dafür aus, dass sich die Städte weiterhin gemeinsam mit den Arbeitsagenturen um die Langzeitarbeitslosen kümmern sollen. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht Schaidinger zufolge die bestehende Organisationsform zwischen Städten und der Bundesagentur für Arbeit für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht stelle aber selber fest, dass die Gewährung der Grundversicherung für Arbeitssuchende „aus einer Hand“ ein sinnvolles Regelungsziel sei.

Die Bundesregierung sei nunmehr aufgefordert, eine Gesetzesänderung auf den Weg zu brin-

gen, die weiterhin die Kooperation zwischen den Geldleistungen für Arbeitssuchende und der Arbeitsvermittlung ermöglicht. Dabei hätten der Bund und die Bundesagentur für Arbeit ihre zentralistische Steuerung des Arbeitsmarkts aufzugeben und den Arbeitsagenturen vor Ort Entscheidungsspielräume zuzugestehen. Schließlich benötigten Langzeitarbeitslose wesentlich mehr und individuellere Hilfe. Hier ver- (Fortsetzung auf Seite 4)

E.ON Bayern-Umweltpreis:

Bis 31. März 2008 bewerben

Plant Ihre Kommune ein Projekt, das besonders umweltschonend, nachhaltig und dennoch wirtschaftlich ist? Dann sollten Sie sich um den E.ON Bayern-Umweltpreis bewerben! Vertriebsvorstand Dr. Stefan Vogt: „Neben dem eigenen Engagement für eine umweltgerechte Energieversorgung fördern wir mit dem Umweltpreis auch heuer wieder die ökologischen Leistungen anderer.“ Gute ökologische Ideen sollten in die Tat umgesetzt werden. „Das ist in unseren Augen praktizierter Umweltschutz, von dem wir letztendlich alle profitieren“, so Vogt weiter.

Der Preis hat ein Fördervolumen von insgesamt 250 000 Euro. Davon werden 50 000 Euro als Hauptpreis an ein besonders herausragendes Projekt verliehen, je 20 000 Euro gehen an zehn weitere Gewinner. Die Bewerbungszeit läuft noch bis 31. März 2008. □

Neues von Sabrina



Just am Aschermittwoch machte das Gerücht eines heftigen Faschingsflirts von Hajo Klein mit einer jungen weit hinten auf der Stadtratsliste platzierten Neukandidatin die Runde. Zerbricht eine bis dato durchaus effektive Arbeitsbeziehung? Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Investieren, vorsorgen, Schulden tilgen	Seite 2
Kommunaler Finanzausgleich nach dem Urteil des BVGH	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Wer spart, kann mehr investieren	3
Gegen überbordende EU-Bürokratie	3
Landtags-CSU kritisiert Städtetag	4
GZ-Fachthemen:	
Wasser · Abwasser	5 - 7
Kommunalfinanzien	7 - 9
Kommunaler Bau	10 - 11
Kommunalfahrzeuge	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Finanzminister Huber legt dem Landtag den Nachtragsetat 2008 vor:

Investieren, vorsorgen, Schulden tilgen

Partnerschaft mit den Kommunen betont

Der kommunale Finanzausgleich bleibt einer der Schwerpunkte der Regierung Beckstein. In seiner Einbringungsrede im Landtag zum Nachtragshaushalt 2008, der den vor einem Jahr beschlossenen Stammschulden um rund 36 auf 39 Milliarden Euro erhöht, nannte Finanzminister Erwin Huber außerdem Bildung und Forschung, Familie, Wirtschaftsförderung und ländlichen Raum als die zentralen Aufgaben der Landespolitik im Wahljahr 2008 und für die kommenden Jahre in Verbindung mit dem noch von der Regierung Stoiber vorgelegten Programm „Zukunft Bayern 2020“.

Die steigenden Steuereinnahmen ermöglichen es, die heuer rund zwei Milliarden Mehrausgaben ohne Neuverschuldung zu finanzieren und sogar den letzten Jahr mit 300 Millionen Euro kontinuierlich begonnenen Abbau der rund 23 Milliarden Staatsschulden dieses Jahr mit 200 Millionen fortzuführen.

„Investieren, vorsorgen, tilgen“ sei die finanzpolitische

Partnerschaft mit den Kommunen betont. Die CSU-Fraktion hat dieses Programm in ihrer Kreuther Januar-Klausur um 50 Mio. Euro aufgestockt.

Huber hob hervor, dass die Mehrausgaben ohne die zunächst in Aussicht genommenen 471 Mio. Euro aus Privatisierungserlösen gedeckt werden können. Die beschleunigte Auszahlung von Staatszuschüssen für nicht-

die kommunalen Verwaltungshaushalte. Den Bezirken kommt per saldo eine Steigerung um 15 Mio. Euro im Sozialhilfeausgleich auf 580 Mio. Euro zugute. Der Finanzminister bilanzierte: Die Kommunen gehören zu den großen Gewinnern dieses Nachtragshaushaltes.

„Gute Ansätze“ und „falsche Weichenstellungen“

Für die CSU stimmte Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach dem Etatentwurf voll zu. Die Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden zeige erneut die enge Partnerschaft des Staates mit ihnen. Die Opposition bestätigte dem Finanzminister gute Ansätze im Regierungsentwurf, warf ihm aber auch falsche Weichenstellungen und Versäumnisse insbesondere in der Partnerschaft mit den Kommunen vor.

Jürgen Dupper (SPD) meinte, um eine gesamtstaatlich zufriedenstellende Investitionsquote zu erreichen, müssten auch die Kommunen ohne ausreichende eigene Steuereinnahmen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erledigen, um Lebensqualität vor Ort zu schaffen. Für Thomas Mütze (Grüne) ist der Nachtragsetat ein Eingeständnis des Versagens der Staatsregierung in den zurückliegenden Jahren. Nach Stoibers Spardiktat schütze die CSU jetzt wieder das Füllhorn aus und überfällige Investitionen würden als Zukunftsprogramme verkauft. Christine Kamm (Grüne) forderte insbesondere zum Krippen- und Kindergartenbau mehr Mittel für die Kommunen. Der Finanzausgleich 2009/10 müsse frühzeitig mit den Spitzenverbänden abgestimmt werden.

Der Etatentwurf geht jetzt in die Ausschussberatungen. Huber rechnet mit der Verabschiedung im April. Zur Kommunalwahl am 2. März will Ministerpräsident Beckstein die Kommunalpolitik der Staatsregierung am 19. Februar in einer Regierungserklärung im Landtag noch Mal insgesamt darstellen. **rm**

staatliche Bauprojekte soll laut Finanzminister dem Bau privater Förderschulen, der Jugendarbeit, dem Bau von Sportstätten und Kleinkläranlagen, Dorferneuerung, Städtebauförderung sowie der Einrichtung von Werkstätten für Behinderte dienen.

Investitionspaket

Für Bildung und ländlichen Raum sieht der Nachtragshaushalt ein umfangreiches Investitionspaket von knapp 103 Mio. Euro vor. Erhöht werden die Ansätze für Schulbau (25,6 Mio.), Krankenhausfinanzierung (25 Mio.), Abwasseranlagen (20 Mio.) sowie Straßenbau und -unterhalt (32,1 Mio.). Als strukturelle Änderungen des Finanzausgleichs von insgesamt 6,1 Mrd. Euro erwähnte Huber u.a. die Erhöhung des Verbundsatzes bei der Kfz-Steuer von 42,8% auf 50% und die Abschaffung der letzten Stufe der Solidarumlage. Gestärkt werden demnach auch

Grundlinie, propagierte der Finanzminister analog zur Regierungserklärung Becksteins. Die Finanzpolitik sei Basis und Wegweiser zur Vision für Bayern im Jahr 2020. Im Sinne der Nachhaltigkeit würden die Investitionen um über 800 Mio. auf 5,1 Mrd. Euro, also um 1,6% angehoben, so dass die Quote am gesamten Etat auf 13,5% steige. Vor der Presse hatte Huber bestätigt, das Ziel bleibe, die Quote wieder auf 15% zu erhöhen.

Drei große Programme

Drei große Programme nannte er: Zukunft Bayern 2020, schon von der Regierung Stoiber mit 1,7 Mrd. in den nächsten Jahren konzipiert, das Klimaprogramm Bayern 2020 mit einem Volumen von 350 Mio. Euro bis 2011 und das von den Kommunen sehnsüchtig erwartete Sonderprogramm „Abfinanzierungsstau“ bei der staatlichen Förderung von kommunalen oder Baumaß-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Popp
97780 Gösenheim
am 2.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Hemrich
97237 Altherthim
am 28.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Schweiger
93356 Teugn
am 1.3.

Bürgermeister Rudi Eck
97437 Haßfurt
am 20.2.

Bürgermeister Josef Drexler
82288 Kottgeising
am 22.2.

Bürgermeister Dagobert Knott
93128 Regenstauf
am 24.2.

Bürgermeister Michael Schickaneder
87781 Ungerthausen
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Bär
91189 Rohr
am 1.3.

Bürgermeister Wolfgang Kistner
90617 Puschedorf
am 3.3.

Bürgermeister Karl Baier
95237 Weißdorf
am 24.2.

Bürgermeister Josef Jahner
83349 Palling
am 26.2.

Bürgermeister Matthias Gundler
92723 Tannesberg
am 27.2.

Bürgermeister Ludwig Reger
92444 Rötz
am 28.2.

Bürgermeisterin Marlies Häfner
86748 Marktöffingen
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Schickaneder
84104 Rudelzhausen
am 28.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

Richtungsweisende Entscheidung

Der kommunale Finanzausgleich nach dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes

Von Dr. Georg Sinnacher, Altlandrat und Altbezirkstagspräsident

Dieses Popularklageverfahren zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof war eine Besonderheit: Die Bezirke Oberbayern und Schwaben, dreißig bayerische Landkreise, die vier schwäbischen kreisfreien Städte und nicht weniger als 232 kreisangehörige schwäbische Gemeinden rügten die Verfassungswidrigkeit des bayerischen kommunalen Finanzausgleichs. Die Kläger waren der Auffassung, sie seien seit Jahren einem die finanziellen Grundlagen der Selbstverwaltung aller drei kommunalen Ebenen zerstörenden Erosionsprozess ausgesetzt, der durch schwindende Einnahmen und die steigenden Ausgaben vor allem im Bereich der Sozialhilfe bedingt sei. Für freiwillige Aufgaben, die in einem Mindestmaß zum Kern der Selbstverwaltung zählen, gebe es keinen Boden mehr und auch im Pflichtbereich gerieten die Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit.

Eine Reihe wichtiger Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes, der Bezirksordnung und des Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch wurden von den Klägern als verfassungswidrig angesehen. Insgesamt sei das verfassungsrechtliche kommunale Selbstverwaltungsrecht durch eine nicht mehr angemessene Finanzausstattung verletzt. Die Verteilungssymmetrie zwischen den Kommunen und dem Freistaat Bayern sei nicht mehr gewahrt.

Neuregelung bis Ende des Jahres 2009

Am 28. November 2007 sprach der Bayerische Verfassungsgerichtshof sein Urteil. Es ist richtungsweisend für einen neuen kommunalen Finanzausgleich. Sowohl die Klägerseite wie der beklagte Freistaat Bayern zeigten sich als Sieger - nicht das schlechteste Zeichen für eine ausgewogene Entscheidung. Für die gesamten drei Kommunalebene ist von großer Bedeutung, dass der Verfassungsgerichtshof das Finanzausgleichsgesetz insoweit für verfassungswidrig erklärt, als ein prozentualer Schutz, der sich aus der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in der Verfassung verpflichtend ergibt, fehlt. Für die Entscheidungsfindung des Gesetzgebers, dem ein weites gesetzgeberisches Ermessen zukommt, müssen im Finanzausgleichsgesetz zwingende Verfahrensregeln zum Schutz der Selbstverwaltungsgarantie hinreichend vorgegeben werden. Dies ist ein großer substanzieller Gewinn für das verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltungsrecht. Das Gericht hat zwar nicht - wie bei Verfassungswidrigkeit geboten - das Gesetz rückwirkend für nichtig erklärt, weil eine Rückabwicklung nicht mehr möglich ist, sondern hat den Bayerischen Landtag verpflichtet, bis Ende des Jahres 2009 eine Neuregelung zu finden, die der Auffassung des Verfassungsgerichtshofes entspricht. Dem heuer neu zu wählenden Bayerischen Landtag steht also gleich zu Beginn seiner Wahlperiode eine große Aufgabe für die

garantierte kommunale Selbstverwaltung bevor. Die kommunalen Spitzenverbände werden nun möglichst gemeinsame Vorschläge erarbeiten müssen: eine Herausforderung im Sinne der Harmonie zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen, aber auch des kommunalen Friedens zwischen den Kommunalebene. Die mit der Popularklage weiter gerügten verfassungsrechtlichen Verstöße im Finanzausgleichs- und anderen Gesetzen hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof nicht anerkannt, im Wesentlichen, weil sie vom gesetzgeberischen Ermessen ohne Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes gedeckt sind.

Wichtig erscheint noch die Feststellung des Verfassungsgerichtshofs zum Konnexitätsprinzip in Art. 83 BV. Danach kann dieses Prinzip mit der Folge des Kostenersatzes durch das Land nicht für Fälle gelten, bei der die Aufgabenübertragung unmittelbar durch den Bundesgesetzgeber - im konkreten Fall durch das Sozialgesetzbuch II erfolgte. Das oberste Gericht stellt fest: „Nach dem Wortlaut des Art. 83 Abs. 3, 6 und 7 BV sowie dem eindeutig zu ermittelnden Willen des Verfassungsgebers schließt die Zuweisung einer Aufgabe an die Kommunen durch den Bundesgesetzgeber die Anwendung des strikten Konnexitätsprinzips nach bayerischem Verfassungsrecht aus.“

Die Stellung der Länder als Mitglieder des Bundesorgans Bundesrat spielt sonach keine Rolle. Die bloße Umsetzung auf Landesebene, die zwingend erforderlich war, setzt keine selbstständige Ursache für die Kostenbelastung der Kommunen. Erfreulich im Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes ist vor allem auch die Feststellung des Gerichts, dass die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung eine angemessene Finanzausstattung umfasst. Bei ihrer Ausgestaltung findet der Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers seine verfassungsrechtlichen Grenzen im Anspruch der Gemeinden und Gemeindeverbände auf eine finanzielle Mindestausstattung. Diese müsse so bemessen werden, dass die Kommunen in die Lage versetzt werden, alle ihre Aufgaben, das heißt neben den Pflichtaufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungsbereiches, auch freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben zu übernehmen.

Das Finanzausgleichsgesetz wird innerhalb der nächsten eineinhalb Jahre um einen verfahrensmäßigen, aber wesentlichen Teil ergänzt werden. Dies ist das Gebot des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Dies schließt nicht aus, dass im Übereinkommen von Freistaat Bayern und seinen Kommunen auch andere Fragen einer Lösung zugeführt werden, die immer wieder Anlass für Reibereien und Streit waren. Das gilt auch für die Ermittlung des Umfangs der Verbundmasse nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung. Die kommenden Monate könnten dann zu einer Zeit großer Befriedung zwischen dem Staat und seinen Kommunalebene führen. **□**

Kundennähe und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tuell die Energieversorger auffordert, einen „Sozialstrom für Ärmere“ einzuführen, bietet das E.ON Bayern schon seit weit über einem Jahr an. „Wir wollen faire Partner sein und dies auch beweisen“, lautet die Begründung von Dr. Vogg für dieses Angebot. In Zusammenarbeit mit Caritas und Diakonischem Werk sollen 10.000 hilfsbedürftige Kunden unterstützt werden. Insgesamt liefen derzeit rund 6.000 Verträge mit Sozialrabatt, das heißt dass nur der Verbrauch bezahlt werde und der jährliche Grundpreis von rund 100 Euro wegfallen. Dr. Vogg: „Damit engagiert sich das Unternehmen für die Schwächeren in unserer Gesellschaft und lebt soziale Verantwortung.“ Aufgrund des Erfolgs wurde das Angebot seit Herbst 2007 schrittweise auf alle Regionalunternehmen des E.ON-Konzerns ausgeweitet.

Wie wird sich heuer der Gaspreis entwickeln, nachdem Öl in 2007 um 30 bis 40 Prozent teurer geworden ist? Ob, wann und wie sich der Gaspreis bei E.ON Bayern verändern wird, darüber wollte Dr. Vogg jetzt noch nicht spekulieren. Er sei aber überzeugt, dass die Ölpreisbindung

„im besten Interesse der Verbraucher“ sei. Im vergangenen Jahr habe es zwei Gaspreis-Senkungen gegeben, so dass das Gas jetzt trotz höherer Mehrwertsteuer und einer Preisanpassung zum 1. Januar preiswerter sei als im letzten Quartal 2006.

Kostenposition verbessern

Strukturelle Veränderungen bei den E.ON-Regionalversorgern sollen helfen, die Kostenposition zu verbessern. Das hatte E.ON Bayern im vergangenen Jahr angekündigt. Noch, so Dr. Vogg, befindet sich das Projekt in der Abstimmung. Er legte aber gleichzeitig ein klares Bekenntnis zum Regionalversorger und zur Präsenz in der Fläche ab. Die Regionalleitungen blieben unberührt, auch was ihre Personalstärke betreffe. Bestimmte Funktionen, wie Beschaffung oder Produktmanagement, „die der Kunde eh nicht sieht“, könnten gebündelt werden. Hier werde eine eigene Einheit entstehen, an der die Regionalversorger die Mehrheit halten, „und die wird ihren Sitz in Bayern im Raum München haben“. Gebündelt und verbessert, so der Vertriebsvorstand, werde auch der Kun-

denservice durch das Zusammenfassen von Callcentern. „Kundennähe und Regionalität werden wir weiter stärken, weil wir uns damit von den Wettbewerbern differenzieren.“

Renaissance der Kernenergie

Und wie sieht Dr. Vogg die künftige Stromerzeugung? Die Förderung regenerativer Energien sei richtig. Die Politik sollte aber ehrlich sagen, dass auch deshalb der Strompreis so hoch

sei. Eine Renaissance erlebe die Kernenergie. E.ON Kernkraft sei das Kompetenzzentrum in Europa und es gebe kein Unternehmen das in dieser Technologie mehr Erfolg habe als E.ON. Wo diese Art der Stromerzeugung strategisch, wirtschaftlich und politisch Sinn mache, „sind wir dabei“. Der Konzern akzeptiere die Ausstiegsvereinbarung in Deutschland, trotzdem sei es volkswirtschaftlich unsinnig, diese kostengünstige Stromerzeugung aufzugeben, machte Dr. Vogg deutlich. **□**



„Noch können sich die Kommunen für den E.ON Bayern-Umweltpreis bewerben“, empfehlen Vertriebsvorstand Dr. Stefan Vogg (l.) und Christoph Henzel (r.), Leiter Steuerung Kommunen und Kooperationen, GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

Gerhard Weber zum 60. Geburtstag:

Die Sterne lügen nicht

Empfang für langjährigen Regensburger Bürgermeister und stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden

„Man ist in den besten Jahren, wenn man die guten hinter sich hat“, betonte Regensburgs Bürgermeister Gerhard Weber bei einem Empfang zu seinem 60. Geburtstag im Alten Rathaus. Tatsächlich kann der weit oben auf der Karriereleiter angekommene Jubilar gelassen in die Zukunft blicken: Wie OB Hans Schaidinger anführte, „bist Du noch immer aktiv genug, um Dir höchst persönliche Ziele zu stecken. Andererseits bedarf es keiner Klimmzüge mehr, diese auch zu erreichen, denn Du kennst inzwischen viele Wege, die zum Ziel führen, aber auch manche Abkürzungen. Auch die sind Ziel führend und nicht immer ganz so anstrengend“.

Der Dipl. Verwaltungswirt (FH), ein nach eigenem Bekunden „gebürtiger und begeisterter Regensburger“, arbeitete nach einigen Jahren am Bayerischen Verwaltungsgericht von 1974 bis

lang war. Als persönliche Reaktion auf die Bildung der sozial-liberalen Koalition in Bonn trat Weber 1970 in die Christlich-Soziale Union ein, in der er bis heute zahlreiche Funktionen

Er ist in mehreren überregionalen Gremien vertreten, so u. a. in der Vollversammlung des Bayerischen und des Deutschen Städtetages sowie im Sozialausschuss und im Sportausschuss des Deutschen Städtetages.

Solide Karriere

Mit Ausdauer und Ehrgeiz, Fleiß und Beharrlichkeit habe Gerhard Weber eine solide Karriere angestrebt, lobte OB Schaidinger den Jubilar in seiner Laudatio. Betrachte man unter diesen Aspekten dessen bisherigen Lebensweg, so sei dieser geradezu „ein Spiegelbild der Typologie Deines Sternzeichens Steinbock“.

„Maßgebliche Aufgaben und Ämter säumen Deinen Weg“, so Schaidinger weiter. Bis heute obliege dem Jubilar neben der allgemeinen Stellvertretung des Oberbürgermeisters das Referat für Schulen, Sport und Jugend. Er führe den Vorsitz im Schul-, Sport-, Jugendhilfe-, Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie im Bau- und Vergabeausschuss. Darüber hinaus gehöre Weber mit zum Verwaltungsrat der Sparkasse Regensburg und sei in den Aufsichtsräten der REWAG sowie der Stadtwerke vertreten. „Und fleißig wie der Steinbock nun einmal ist“, sei er auch Mitglied in vielen Vereinen.

Gemeinwohl

Hans Schaidinger: „Auf allen Ebenen - als Politiker wie als Mensch - hast Du immer mehr als das Notwendige geleistet, um gute und reale Ziele zu erreichen und das mit hoher Kompetenz, mit Anstand, Fairness und dem Dir eigenen Sinn für Pflichterfüllung. Du hast Dich nie gescheut, Verantwortung zu

übernehmen, besonders dann nicht, wenn es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere das Deiner Mitbürgerinnen und Mitbürger betrifft. Auch wir schulden Dir Lob und Anerkennung, vor allem aber Dank.“

Lang war die Reihe der Gratulanten, unter ihnen CSU-Fraktionschef Herbert Schlegl, SPD-OB-Kandidat Joachim Wolbergs und Grünen-OB-Kandidat Jürgen Mistol. Sie bescheinigten dem „60er“ unter anderem Verlässlichkeit, Freundlichkeit und die Gabe, „nicht immer das letzte Wort haben zu müssen“.

Dankbarkeit im Herzen

„Das vorherrschende Gefühl in meinem Herzen ist die Dankbarkeit für diese schöne, lange Zeit verbunden mit der Hoffnung, noch den einen oder anderen weiteren runden Geburtstag feiern zu können“, meinte Weber in seiner Dankesrede. Beinahe zwölf Jahre lang habe er als Bürgermeister seiner Heimat- und Vaterstadt nun bereits die Gelegenheit, „an der Gestaltung ihrer Zukunft maßgeblich mitzuwirken“. Es bereite ihm sehr große Freude und Erfüllung, „wenn wir gemeinsam wieder einen großen Schritt nach vorn für die Familien, für die Kinder und Jugendlichen, für die Schulen oder für den Sport in unserer Stadt geschafft haben“. Fasse er, Weber, all dies zusammen, könne er nur dem großen Regisseur Ingmar Bergman zustimmen, der einst betonte: „Älter werden ist wie auf einen Berg steigen. Je höher man kommt, desto mehr Kräfte sind verbraucht, aber umso weiter sieht man.“ **DK**

GZ **Kolumne**
Luitpold Braun

liebe Leser



Nach der Regierungserklärung vom November 2003 wurden in Bayern allenthalben die Bremsen angezogen. Der Staatshaushalt wurde durchforstet, die Verwaltung reformiert, das G-8 eingeführt und der ausgeglichene Staatshaushalt angepeilt.

Bayern war damit Vorbild für viele Länder in Deutschland. Der Staatshaushalt ohne Neuverschuldung entlastet alle Altersgruppen, weil auch schon wir weniger Zinsen bezahlen müssen, insbesondere aber die nachfolgenden Generationen. Trotz der Kürzungen blieb Bayern in vielen Bereichen an der Spitze in Deutschland. Die Pisa-Ergebnisse zeigen es, unsere Schulen sind besser als in anderen Ländern. Die Arbeitslosenzahlen liegen niedriger als in fast allen Regionen Deutschlands. Bayerns Universitäten nehmen in Forschung und Lehre einen Spitzenplatz ein. Und die Steuerquellen sprudeln wieder. Damit ist es möglich, in vielen Bereichen staatlichen Handelns neue Akzente zu setzen. Wir Kommunalpoliti-

**Wer spart,
kann mehr
investieren**

ker hoffen insbesondere auf Mittel, die den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken direkt oder indirekt zugute kommen. Hier denke ich insbesondere auch an den Staatsstraßenbau. Die seit dem Herbst amtierende neue Staatsregierung hat mit diesen Vorgaben hervorragende Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Arbeit.

Es hat sich halt wieder einmal bewährt, dass der auf Dauer mehr investieren kann der spart, als derjenige, der im Übermaß Kredite in Anspruch nimmt.

Heinrich Gellert



Ein Bild von der geliebten Heimatstadt Regensburg mit den markanten Türmen des Doms im Hintergrund überreichte Oberbürgermeister Hans Schaidinger seinem Stellvertreter, Bürgermeister Gerhard Weber, zu dessen 60. Geburtstag. □

1996 als Verwaltungsleiter beim Markt Regensburg. Neben seiner beruflichen Tätigkeit absolvierte Weber ein Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Ostbayern und erwarb das Verwaltungsdiplom VWA.

Zahlreiche Funktionen

Seine politische Tätigkeit begann Gerhard Weber in der Jungen Union, deren Regensburger Kreisvorsitzender er vier Jahre

ausfüllt. Seit 1999 ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Bayern, seit 2005 auch noch im Bundesvorstand der KPV Deutschland. 1978 wurde Weber erstmals in den Stadtrat gewählt, in der Wahlperiode 1990/1996 war er Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion. Am 9. Mai 1996 wählte der Stadtrat ihn zum zweiten Bürgermeister der Stadt Regensburg.

Senioren helfen jungen Leuten auf die Sprünge

Mentoren begleiten schwer vermittelbare Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben
2000 Ausbildungsplätze

kjw. Nur knapp jeder vierte Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit fand 2006 eine Lehrstelle, so das Bundesarbeitsministerium. Das Problem schwer vermittelbarer Jugendlicher haben die Aktivsenioren in Bayern (AS) bereits im Sommer 2004 erkannt. Seither unterstützen sie ganz praktisch Schulabgänger, die bisher vergeblich einen Ausbildungsplatz suchten. Die Experten aus der Wirtschaft bringen ihre jahrelange Erfahrungen und Kontakte ein und es kommt zu Ausbildungs-Patenschaften.

Ein Betreuer der AS kümmert sich um maximal vier junge Leute. Er sagt ihnen, worauf es im Arbeitsleben ankommt und hilft beim Herausarbeiten der beruflichen Neigungen. Die Unterstützung setzt sich fort bei der Ausarbeitung der Bewerbungen und der Suche nach geeigneten Betrieben. Auch in den ersten Monaten der Lehrzeit können sich die Jugendlichen an ihren Mentor wenden. Dieses Betreuungsangebot gibt es mittlerweile in 15 bayerischen Städten, Lothar Langer, Vorstandssprecher der AS: „Die Initiative ‚Senioren coachen Schüler‘ wird überall sehr gut angenommen“.

Gezielter Kontakt zu Firmen

Zum Programm gehört auch die Unterstützung von Lehrern, die berufserfahrene Referenten in den Abschlussklassen benötigen. Zusammen mit den IHKS haben die Aktivsenioren gezielt Firmen kontaktiert, die in den letzten fünf Jahren nicht mehr ausgebildet haben. Die meisten Betriebe waren zur Einstellung bereit, als sie hörten, dass ihnen ein Teil der schweren Eingliederungsarbeit abgenommen wird. Die ehrenamtlichen Betreuer bringen einen unschätzbaren

Vorteil mit: ihre Erfahrung, ausreichend Zeit und Geduld. Und sie können zumeist auch berufspraktische Hilfen geben. Für die Jugendlichen selbst ist es ein Gewinn, sich an Persönlichkeiten orientieren zu können, die erfolgreich berufliche Laufbahnen gemeistert haben und die Realität des Wirtschaftslebens genau kennen.

Weitere Regierungsbezirke

Die AS in Bayern wollen das Projekt, das derzeit schwerpunktmäßig in Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben angeboten wird, auch in anderen Regierungsbezirken ausbauen. Der Erfolg von bisher rund 2000 neu geschaffenen Ausbildungsplätzen für schwer integrierbare Jugendliche hat die ehemaligen Führungskräfte motiviert. Lothar Langer: „Bei den Betreuern handelt es sich ausschließlich um qualifizierte Kolleginnen und Kollegen mit langjähriger Personalerfahrung und breitem Basiswissen. Rund 360 aktive Mitglieder aus ca. 50 Branchen stehen für diese Aufgaben zur Verfügung.“ Die Nachfrage ist so groß, dass die Zahl der Paten sogar deutlich erhöht werden könnte. Entsprechend erfahrene Interessenten werden noch gesucht.

Gemeinnütziger Verein

Die Aktivsenioren Bayern wurden 1984 gegründet. Zu den Schwerpunkten der Arbeit des gemeinnützigen Vereins gehören die Unterstützung von Existenzgründern und die Begleitung von Betriebsübergaben. Das Engagement ist ehrenamtlich, deshalb entstehen den Ratsuchenden keine nennenswerten Kosten.

Kontakt: Aktivsenioren Bayern, Thierschstraße 17, 80538 München, Tel. 089-222237. □

Europapolitischer Meinungsaustausch:

Gegen überbordende EU-Bürokratie

Der ausschweifenden Bürokratie und Regulierungswut aus Brüssel Einhalt gebieten wollen der Freistaat und die bayerischen Landkreise. Nach einem Meinungsaustausch verwiesen Europaminister Dr. Markus Söder, die Landräte Luitpold Braun (Weilheim-Schongau), Dr. Max Gimple (Rosenheim) und Heinrich Frey (Starnberg) sowie der Regierungspräsident von Oberbayern Christoph Hillenbrand darauf, dass trotz aller Lippenbekenntnisse die EU nach wie vor zuviel Papier mit zu vielen Vorschriften produziert. Den „hehren Worten beim Bürokratieabbau“ müssten endlich Taten folgen. Ziel sei eine vernünftige Umsetzung von EU-Regelungen mit minimalem Bürokratieaufwand.

Europaminister Söder warnte in diesem Zusammenhang die EU-Kommission, ihre auch aufgrund bayerischer Initiativen auf Eis gelegte Bodenschutzrichtlinie weiterzuverfolgen. Söder: „Die umfassenden Pläne der EU zum Bodenschutzrecht sind ein grober Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Ich freue mich, dass es Deutschland mit tatkräftiger Unterstützung Bayerns gelungen ist, gemeinsam mit anderen EU-Staaten ein Stoppsignal gegen übermäßige Bürokratie zu setzen. Deutschland und Bayern haben europaweit anerkannte Schutzregeln für Böden. Wir brauchen keine Nachhilfe aus Brüssel.“

Vereinfachung der Berichtspflichten

Auch bei der Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie sei die Vermeidung überflüssiger Bürokratie vonnöten. Benötigt werde eine Zusammenlegung und Überarbeitung beider Richtlinien bei gleichzeitiger deutlicher Vereinfachung der Berichtspflichten. Ziel sei es, den Artenschutz auf hohem Niveau zu halten und zugleich dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen. Der Europaminister, die Landräte und der Regierungspräsident forderten Ausnahmeregelungen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und für zugelassene Planungsvorhaben, sofern Belange des Artenschutzes bereits im Rahmen der Vorha-

benzulassung geprüft worden sind. Am Beispiel des europäischen Naturschutzes wird Hillenbrand die Erfahrungen aus

sche Kommission erstellen. Letztere umfasst mehrere Formblätter. Gimple, Frey und Braun: „Der bürokratische Aufwand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist enorm. Er ist auch überflüssig, weil alle europäischen Ausschreibungen ohnehin beim Amt für Veröffentlichungen der EU in der TED-Datenbank erfasst werden. Die Vergabestatistik muss deshalb schnellstmöglich abgeschafft werden.“

Regionale Identität

„Ein Europa mit regionaler Identität, aber ohne Scheuklappen ist eine große Chance“, betonten Söder und Hillenbrand. Das zeige sich etwa in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der derzeit vier Euregios

Anzeigen in der **GZ**
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
eMail: info@gemeindezeitung.de

Oberbayern bei der nächsten Sitzung der europäischen Regierungspräsidenten als Vertreter der sieben bayerischen Regierungsbezirke einbringen.

Öffentliche Aufträge

Thema des Gesprächs war auch der hohe bürokratische Aufwand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Öffentliche Auftraggeber müssen die oberhalb der jeweiligen EU-Schwellenwerte vergebenen Aufträge sowohl im EU-Amtsblatt veröffentlichen als auch dazu jährlich eine statistische Aufstellung für die Europä-

unter Beteiligung oberbayerischer Kommunen sowie von Tourismusverbänden. Ein bewährtes Positivbeispiel sei zudem das LEADER-Programm zur Förderung des ländlichen Raums, für das bis 2013 bayernweit 63 Mio. Euro an EU-Mitteln zur Verfügung stehen. Die Regierung von Oberbayern arbeitet hier ressortübergreifend eng mit der Landwirtschaftsverwaltung zusammen. „Acht oberbayerische Aktionsgruppen aus 140 Kommunen in 12 Landkreisen sind schon mit von der Partie“, freuten sich Minister und Regierungspräsident. **DK**

Vernünftige Löhne ...

(Fortsetzung von Seite 1)
fügten die Kommunen über eine jahrelange Erfahrung bei der Hilfe zur Arbeit.

Utopische Vorstellungen

Mit Blick auf die hohen Tarifforderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst meinte der Städtetagsvorsitzende: „Lohnsteigerungen um acht Prozent, mindestens aber um 200 Euro, sind utopisch.“ Der Verhandlungsführer der Kommunen in den laufenden Tarifverhandlungen, Dr. Thomas Böhle, hatte den Vorstand des Bayerischen Städtetags über den Stand der Gespräche zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften unterrichtet. Er informierte die Kommunalpolitiker auch über die Einzelheiten des aktuellen Arbeitgeberangebotes, die Gehälter der Beschäftigten bei den Städten und Gemeinden stufenweise um fünf Prozent zu erhöhen.

Vernünftige Steigerung

Im Vorstand des Bayerischen Städtetags stieß das Angebot der kommunalen Arbeitgeberverbände auf breite Zustimmung. Schaidinger: „Wir sind nicht gegen eine vernünftige lineare Steigerung der Tariflöhne, aber der Tarifabschluss muss sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der

Kommunen und an bereits bestehenden Abschlüssen orientieren.“ Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Bayerns Beamte seit 1. Oktober 2007 drei Prozent Gehalt mehr bekommen und die Einkommen der Beschäftigten der Bundesländer am 1. Januar um 2,9 Prozent gestiegen sind: „Damit liegt unser Angebot ohnehin schon über dieser Marke.“

Verlängerung der Arbeitszeit einfordern

Wenig Verständnis zeigte Schaidinger dafür, dass die Gewerkschaften schon in einem so frühen Stadium der Verhandlungen mit Streik drohen: „Ein Streik würde doch letztlich nur zu Lasten der Bürger gehen.“ Im Übrigen sollten sich die Gewerkschaften auch bewusst sein, dass überzogene Lohnforderungen unweigerlich die Diskussion über eine weitere Privatisierung kommunaler Dienstleistungen nach sich ziehen. „Dann würde der Schuss für die Mitarbeiter der Kommunen nach hinten losgehen.“

Ausdrücklich ermutigte der Städtetagsvorstand den Präsidenten der deutschen kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die Verlängerung der Arbeitszeit einzufordern. Laut Schaidinger wird im Staatsdienst fast ausnahmslos mindestens 40 Stunden in der Woche gearbeitet. In

den bayerischen Kommunen gelte derzeit noch die 38,5-Stunden-Woche für die Angestellten, während die Beamten bis zu 42 Stunden pro Woche arbeiten müssten - höchste Zeit, die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst einander anzugleichen.

Einheitliche Sperrzeit

An die Adresse von Innenminister Joachim Herrmann richtete sich wiederum der Appell, zu einer bayernweit einheitlichen Sperrzeit für Gaststätten von 2 bis 6 Uhr zurückzukehren. Zugleich sollten die Städte und Gemeinden entsprechend den örtlichen Verhältnissen in einem vereinfachten Verfahren Ausnahmen zulassen können. Damit erteilte der Bayerische Städtetag der geplanten Sperrzeitregelung der Staatsregierung eine deutliche Absage.

Nach dem Willen der Staatsregierung soll die derzeitige Gaststätten-Sperrzeit von 5 bis 6 Uhr entfallen. Stattdessen sollen die Städte und Gemeinden entscheiden, wie lange die Gaststätten vor Ort geschlossen werden müssen. Schaidinger: „Das wäre für uns ein Danaergeschenk, weil wir dann die vielerorts vorhandenen Sperrzeitprobleme überhaupt nicht mehr lösen könnten. Wir brauchen eine einheitliche staatliche Regelung, um den Klagen unserer Bürger und dem zunehmenden Alkoholmissbrauch wirksam begegnen zu können.“

Beschwerden der Bürger

Landauf, landab klagten die Bürgermeister über Beschwerden der Bürger wegen Störung der Nachtruhe. Städte und Gemeinden könnten jedoch den berechtigten Anliegen nur eingeschränkt nachkommen. Verlängerungen der Sperrzeit seien derzeit nur möglich, wenn ausführlich begründet wird, weshalb ein öffentliches Bedürfnis oder besondere örtliche Verhältnisse für eine längere Sperrzeit vorliegen. Außerdem hätten seit Verkürzung der Sperrstunde im Jahr 2005 auf die Zeit von 5 bis 6 Uhr Alkoholmissbrauch und Vandalismus erheblich zugenommen.

Schaidinger stellte klar: „Wir wollen keineswegs die Diskothek im Gewerbegebiet schließen und unseren Jugendlichen den Spaß am Feiern nehmen. Wir wollen aber auf die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger besser Rücksicht nehmen können und die Wohnqualität in den Innenstädten sichern. Wo es möglich ist, werden wir großzügige Öffnungszeiten zulassen.“

Wenn die Sperrzeit komplett wegfällt, befürchten die Städte

eine nicht akzeptable Zersplitterung der Öffnungszeiten zwischen den einzelnen Orten. Die Städte und Gemeinden wären einem faktischen Handlungsdruck ausgeliefert, um dem problematischen Gaststättentourismus nicht Vorschub zu leisten.

Sprachkompetenz verbessern

Begrüßt wurde hingegen die Absicht des Freistaats, die Sprachkompetenz der Kinder in Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Schaidinger zufolge ist es „gut angelegtes Geld, wenn der Staat 44 Millionen Euro für die Verbesserung der Kindertageseinrichtungen ausgibt“. Jedoch halte er es für problematisch, das Geld für 200 Sprachberater zu berappen.

Längerfristige Fortbildungsmaßnahmen

Nach den Vorstellungen der Staatsregierung sollen diese Sprachberater dem pädagogischen Personal in den Kindergärten künftig erweiterte Kenntnisse über die Sprachförderung vermitteln. Diese 200 Fachleute müssten allerdings erst einmal gewonnen und dann auf die 8.000 Kindertageseinrichtungen verteilt werden. Für den Einsatz dieser Sprachspezialisten sollen Wohlfahrtsverbände (z. B. Caritas und Diakonie) und die 96 Landkreise und kreisfreien Städte zuständig sein. Zwangsläufig seien dabei „Überschneidungen oder auch weiße Flecken“ zu befürchten.

Der Städtetag hat sich im Gegensatz zu diesem Modell dafür ausgesprochen, umfassende und längerfristige Fortbildungsmaßnahmen für das Stammpersonal sowie Ersatzpersonal in den Einrichtungen zu finanzieren. Möglicherweise könnte das Ziel, alle Kindertageseinrichtungen in Bayern bis zum Jahr 2011 auf den neuesten Stand zu bringen, damit schon eher erreicht werden.

Seit dem Inkrafttreten des Bildungs- und Erziehungsplans wird in den Kindertageseinrichtungen deutlich mehr Gewicht auf eine gute und möglichst frühzeitige Sprachförderung im Vorschulalter gelegt. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ist das die Basis für den späteren schulischen Erfolg der Kinder. Neben der besonderen Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund soll auch deutschen Kindern geholfen werden. Etwa 15 Prozent von ihnen haben Schwierigkeiten, sich gut auszudrücken. Schaidinger: „Das Ziel ist richtig, aber den Weg müssen wir noch diskutieren.“

Fokus auf Klimaschutz ...

(Fortsetzung von Seite 1)
lich beglaubigte Selbstverpflichtung der Gemeinden. Deshalb forderte der Präsident weitere Fördermittel für die energetische Sanierung des Altbestands und Anschubfinanzierungen für die Gründung von Energieagenturen vor Ort.

Nicht kleckern, sondern klotzen

„Unsere Devise im Klimaschutz heißt nicht kleckern sondern klotzen“, fuhr Bernhard vor etwa 40 Bürgermeistern fort. Dafür stocke Bayern seine Finanzmittel für Klimaschutz in den kommenden vier Jahren von 2008 bis 2011 nochmals erheblich auf. Zusätzlich zu den jährlich 100 Mio. Euro, die bereits in den Haushalt eingestellt sind, würden nochmals 350 Mio. Euro „draufgesetzt“. Somit stehe in den nächsten vier Jahren insgesamt eine dreiviertel Milliarde Euro zur Verfügung - eine Investition, von der auch die Gemeinden profitierten.

Bernhard zufolge beinhaltet das „Klimaprogramm Bayern 2020“ die Verminderung von Treibhausgasemissionen, Hochwasserschutzmaßnahmen sowie ein millionenschweres Forschungs- und Entwicklungspro-



Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, fordert mehr Verständnis für die Anliegen der Kommunen - nicht nur im „sonntäglichen Hochamt“. Unsere Aufnahme entstand beim Treffen der „Großen Mitglieder“ des Spitzenverbands in Deggendorf.

Brandls Brandbrief

Gemeindetags-Präsident kritisiert Staatsregierung „Mangelnde Unterstützung der Kommunen“

In einem vor kurzem veröffentlichten „Brandbrief“ kritisiert der Präsident des bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, die mangelnde Unterstützung der Kommunen durch die Staatsregierung massiv. Nur im „sonntäglichen Hochamt“ werde das „Hohelied der kommunalen Selbstverantwortung“ gesungen. Im Alltag aber stießen die Kommunen auf eine breite Abwehrfront „ebenso kenntnis- wie finterreicher Politiker und Ministerialbeamter“. Die Reaktion von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, am 19. Februar vor dem Landtag eine Regierungserklärung zum Thema Kommunalpolitik abzugeben, ist Brandl zufolge zwar erfreulich, doch hofft man beim Bayerischen Gemeindetag auf mehr als nur verständnisvolle Worte. Gefragt seien „konkrete Antworten auf unsere Probleme“, so Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse.

In seinem Brief an die Kommunalvertreter beklagt Brandl „die häufig fehlende Bereitschaft zur ergebnisoffenen Diskussion“. Das staatliche Gegenüber sehe zwar Handlungsbedarf bei manchen Punkten, verteidige allerdings „eine Linie des zähen Widerstands gegenüber kommunalen Bedenken, als spräche gegen jedes gemeindliche Argument eine Vermutung der Unvernunft“.

Breitbandversorgung

Der Abensberger Bürgermeister nennt konkrete Beispiele: „Nur in kleinen Schritten“ gehe die Breitbandversorgung im ländlichen Raum voran, bei der Umrüstung der Feuerwehren auf den Digitalfunk bestehe von Seiten des Freistaats wenig Bereitschaft, sich an den Kosten zu beteiligen, beim Lärm- und Hochwasserschutz würden den Gemeinden abwegige Aufgaben zugemutet. In der Schulpolitik wiederum habe nicht der Kultus-, sondern der Finanzminister das Sagen - wer aber die Hauptschulen stärken wolle, müsse dafür auch Geld ausgeben.

gramm. Auf kommunaler Ebene sei insbesondere die energetische Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands notwendig. Stromkostenminimierung durch Verbesserung der gemeindlichen Beleuchtung, Modernisierungen der kommunalen Abwasserbereitungsanlagen sowie der Einsatz erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe im lokalen Bereich waren weitere Vorschläge. Ebenso nannte der Minister Lärmaktionspläne und Entschädlungsleistungen in Wasserschutzgebieten.

Den Ausführungen von Umweltminister Bernhard schloss sich eine lebhafte Diskussion an. So klagte Schrobenshausens Bürgermeister Dr. Karlheinz Stephan über zu wenig Personal, das er für den Umweltschutz abstellen könne. Ilse Oswald, Bürgermeisterin von Regen, zeigte sich ihrerseits besorgt wegen des belasteten Schlamms aus dem ausgetauften Stausee nahe ihrer Stadt. Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Vortrag des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Dr. Jürgen Busse über die Rahmenbedingungen der kommunalen Finanzlage 2008. DK

Kommunale Wahlbeamte

Ein hartes Ringen werde es - wenn auch erst nach der Landtagswahl - um das Gesetz der kommunalen Wahlbeamten geben, prognostiziert Brandl. Mit dem Abgang der Fürther Landrätin Gabriele Pauli hatte die CSU verkündet, die Ruhestandsbezüge für Kommunalpolitiker einschränken zu wollen. Dann aber, fürchtet der Gemeindetagspräsident, würden sich kaum noch fähige Kandidaten finden lassen, müssten sie doch befürchten, im Falle einer Abwahl nackt dazustehen. „Will der Staat wirklich Hand anlegen an eine der kräftigsten Wurzeln unseres demokratischen Gemeinwesens?“ fragt sich Brandl.

Schutz vor Strafverfolgung

Zäh liefen die Gespräche mit dem Freistaat, um Bürgermeister vor der Strafverfolgung zu bewahren, „die sich nichts anderes haben zu schulden kommen lassen als die Annahme von Spenden großzügiger Bürger und engagierter Unternehmen für ihre Gemeinde“, so Brandl. Unübersehbare Baustellen fänden sich zudem u. a. im Bereich des Personenstandswesens und beim Vollzug des BayKiBiG.

„Völlig unnötige Unruhe in die Beziehungen der kommunalen Spitzenverbände Bayerns“ habe wiederum die Überlegung gebracht, ob die Verteilung der Schlüsselzuweisungen, wie sie derzeit praktiziert wird, noch sachgerecht ist. Hier sah sich Brandl zufolge „das Finanzministerium nicht in der Lage, eigene Vorschläge zu unterbreiten“. Vielmehr habe es den Verbänden ein Gutachten mit dem gravierenden Fehler, nicht umsetzbar zu sein, aufgedrängt. So werde es wohl zu einer „einvernehmlichen Beerdigung der Gutachtensergebnisse“ kommen.

Brandl abschließend: „Viele Große der Weltliteratur bringen es in ihren Werken immer wieder auf den Punkt: Nicht die eine große Tat im Leben ist es, die einen zum Helden adelt. Wer den grauen Alltag meistert, ist ein Held.“ In diesem Sinne wünscht er den Kommunalvertretern „Kraft und Ausdauer für die tägliche Bewältigung der vielfältigen Aufgaben in dem Ihnen anvertrauten Gemeinwesen“. DK

Landtags-CSU kritisiert Städtetag

Mit Unverständnis hat Franz Pschierer, der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, auf Forderungen des Bayerischen Städtetags nach Einführung eines Mindestlohns reagiert: „Das ist der falsche Weg. Lohnpolitik ist und bleibt in einer Marktwirtschaft eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien. Damit müssen sich Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter befassen und nicht Politiker.“

Mindestlöhne sind nach Pschierers Auffassung ein „Eingriff in die Tarifautonomie und damit ein Anschlag auf die freie Marktwirtschaft - ordnungspolitisch unsauber und bedenklich.“ Wenn Minderheiten Marktregeln diktiert werden, würden sie damit den Konkurrenzmechanismus aushebeln. Organisierte Unternehmen könnten dann ihrer Konkurrenz die Löhne aufzwingen, um sie aus dem Markt zu drängen.

„Mit der gesetzlichen Festlegung von Mindestlöhnen würden wir künstlich die durch die Globalisierung hervorgerufenen Probleme verschärfen und massenweise Arbeitsplätze vernichten. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro hätte von den 11 Prozent der in Westdeutschland und den 26 Prozent der in Ostdeutschland privat beschäftigten Arbeitnehmer, die weniger als 7,50 Euro verdienen, jeweils etwa ein Viertel arbeitslos gemacht. Insgesamt würden dann 800.000 Jobs im Westen und 300.000 im Osten verschwinden“, betonte Pschierer. DK

Innenminister Joachim Herrmann:

Eckpunkte für wirksameres Ausweisungsrecht

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann will gewalttätige Intensivtäter schneller und leichter ausweisen. Herrmann: „Ausländer, die fortgesetzt straffällig werden, haben kein Recht, weiter in Deutschland zu bleiben. Das gebietet der Schutz der hier lebenden Menschen, insbesondere auch der Ausländer, die sich in unserem Land integrieren und mit ihren Familien hier friedlich leben wollen. Allerdings scheidet eine Ausweisung derzeit häufig an zu engen rechtlichen Voraussetzungen. Das Ausländerrecht muss deshalb mit dem Ziel überprüft werden, schnellere und leichtere Ausweisungen zu ermöglichen. In diese Prüfung muss auch das EU-Recht einbezogen werden. Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit gelten nicht für gewaltbereite Kriminelle.“ Herrmann nannte folgende Eckpunkte:

1. Bisher sieht das Gesetz eine zwingende Ausweisung erst bei einer Freiheits- und Jugendstrafe von mindestens drei Jahren vor. Diese Frist muss auf ein Jahr verkürzt werden.

2. Der besondere gesetzliche Ausweisungsschutz, z.B. bei langjährigem rechtmäßigem

Aufenthalt in Deutschland, kann nicht für gewalttätige Wiederholungstäter gelten. Sie sollen bereits bei einer Verurteilung zu einem Jahr Freiheits- oder Jugendstrafe ohne Bewährung ausgewiesen werden können.

3. Bislang dauert es wegen zahlreicher Gerichtsverfahren oft sehr lange, bis eine Ausweisung vollzogen werden kann. Deshalb sollen alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung geprüft werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit, dass bereits der Strafrichter im Urteil die Ausweisung verfügt.

4. Die Feststellung des Verlusts der Freizügigkeit soll in Zukunft auch bei langjährig in Deutschland lebenden EU-Bürgern und für EU-rechtlich weitgehend gleichgestellte türkische Staatsangehörige bei einer Freiheits- oder Jugendstrafe möglich sein, deren Dauer deutlich unter den bisherigen fünf Jahren liegt. Außerdem soll im Freizügigkeitsgesetz klargestellt werden, dass der Verbleib gewalttätiger Wiederholungstäter in Deutschland der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und dem Schutz der Bevölkerung widerspricht. □

Branchentreffen „Wat 2008“ in Augsburg:

Benchmarking-Angebote verstärkt nutzen

Bei der „Wat 2008“, der größten wasserfachlichen Tagung Deutschlands in Augsburg, hat der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, die Wasserversorgungsunternehmen in Bayern dazu aufgefordert, die Angebote zum Benchmarking verstärkt zu nutzen. „Gerade für kleine Unternehmen rechnet sich die Teilnahme am Leistungsvergleich, denn bei diesen Anlagen gibt es zum Teil noch große Optimierungsmöglichkeiten“, hob Göttle bei der von der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfachs (DVGW) organisierten Wasserfachlichen Aussprachetagung hervor. Eine sichere und zugleich wirtschaftliche Versorgung sei außerdem der beste Schutz gegen Liberalisierung.

Bayern hat ein Untersuchungsprogramm zur Effizienz der Wasserversorgungsunternehmen aufgelegt, das derzeit zum dritten Mal durchgeführt wird. Göttle wies darauf hin, dass es speziell für kleine Versorger inzwischen ein abgespecktes Einstiegspaket gibt: Mit ein bis zwei Tagen Arbeitsaufwand und Kosten unter 2.000 Euro bekomme damit jeder Teilnehmer einen individuellen Check und Verbesserungsvorschläge. Der LfU-Präsident riet den kleinen Versorgern, bei der nächsten Erhebungsrunde davon verstärkt Gebrauch zu machen. Der Freistaat war mit dem Programm Vorreiter für einen ganzheitlichen Leistungsvergleich, andere Bundesländer haben nachgezogen und lassen ihre Wasserversorgungen ebenfalls untersuchen. Das gemeinsame Projekt des Bayerischen Umweltministeriums und des VBGW wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Bislang haben rund 180 Unternehmen freiwillig daran teilgenommen. Sie machen zusammen 40 Prozent der jährlichen Wasserabgabe in Bayern aus.

Qualität und Preis stimmen

Beim bayerischen Benchmarking-Programm nehmen unabhängige Fachprüfer die Leistungsfähigkeit der Unternehmen gründlich unter die Lupe. Die Ergebnisse, ausgedrückt in mehr als 50 Kennzahlen bei der vertiefenden Untersuchung, können sich sehen lassen: Beim Lebensmittel Nummer eins stimmen im Freistaat Qualität, Sicherheit und Preis. Die Studie bestätigt damit nach den Worten Göttles den bayerischen Weg der ortsnahen Versorgung aus dem Grundwasser. Rund 2400 kommunale Versorgungsunternehmen mit über 3400 Gewinnungsanlagen versorgen Bayern zuverlässig mit sauberem Trinkwasser zu einem vergleichsweise günstigen Preis. Er liegt in Bayern bei 1,48 Euro pro Kubikmeter, während der Preis bundesweit 1,85 Euro beträgt.

Hilfestellungen des DVGW

DVGW-Präsident Hans Mehlhorn wies darauf hin, „dass die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserversorgung bereits spürbar sind, auch wenn sie bislang noch keine dramatischen Folgen haben“. Für die Wasserversorgung in Deutschland seien vor allem Auswirkungen auf die Rohwasserqualität und das Wasserdargebot zu erwarten. Jeder Wasserversorger müsse für sich beantworten, ob sein Versorgungskonzept auf das sich ändernde Dargebot beispielsweise in längeren Trockenheitsperioden ausgelegt ist. Der DVGW biete mit seinem Regelwerk und dem Technischen Sicherheitsmanagement TSM den Unternehmen bereits heute Hilfestellungen dazu an.

Aus Sicht der Trinkwasserversorgung sei es erforderlich, eine Regelung zu schaffen, dass Wirkstoffe nicht mehr angewandt werden dürfen, wenn sie im Rahmen des Rohwassermonitorings auffällig werden und die Einhaltung der Grenzwerte der Trinkwasser-

verordnung gefährdet werden, fuhr Mehlhorn fort. Zugelassene Stoffe, die im Rohwasser zur Belastung für die Trinkwasserversorgung werden, müssten erneut überprüft und gegebenenfalls verboten bzw. mit Anwendungsbe-

schränkungen versehen werden. Die aktuelle DVGW-Studie zu Pestizidbefunden macht die Betroffenheit der Versorger deutlich und fordert die Verpflichtung der Hersteller für ihre Produkte, auch über die Zulassung hinaus.

Offene Fragen

Was die deutlich zunehmende Biomasseproduktion zur Erzeugung von Biogas und Biokraftstoffen anbelangt, wirft sie laut Mehlhorn für das Wasserfach noch eine Reihe offener Fragen auf - vor allem, was die Konsequenzen für die Wasserqualität betrifft. Das DVGW-Technolo-

giezentrum Wasser (TZW) untersuche derzeit die Einsatzmöglichkeiten, aber auch Grenzen der Produktion von Energiepflanzen zur Biogasproduktion. Ziel seien Leitlinien für einen Gewässer schonenden Anbau der häufigsten Energiepflanzen sowie ein Mustervertrag zwischen Wasserversorgern und Landwirten. Direkt im Anschluss sei eine Betrachtung der gesamten Prozesskette im Rahmen einer gemeinsamen Gas/Wasser-Studie unter Aspekten der Nachhaltigkeit geplant.

„Mit der ganzheitlichen Betrachtung möchte der DVGW das Thema Biogasproduktion befördern und vor allem mögliche Hemmnisse von vorneherein abbauen“, so der Präsident. Die deutliche Verminderung der Verluste beim Wassertransport und der sparsame Umgang der Verbraucher mit der Ressource Wasser hätten Deutschland zum Europameister im Wassersparen gemacht.

Hoher Effizienzgrad

„Die deutsche Wasserwirtschaft hat mit ihrer Modernisierungsstrategie einen hohen Effizienzgrad erreicht, den sie beispielsweise durch die Verbesserung der Leitungssysteme stetig steigert“, erläuterte Peter Rebohle, Vizepräsident des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin. „Das zeigt die hohe Qualität der deutschen Wasserversorgung.“ Jeder Bundesbürger verbraucht durchschnittlich rund 125 Liter Trinkwasser am Tag, ermittelte der Branchenverband. Der Wassergebrauch sei damit seit 1990 um 22 Liter oder 15 Prozent gesunken. Zum Vergleich: In Frankreich werden täglich 164, in England und Wales 168 Liter Trinkwasser je Einwohner verbraucht. Es folgen die Schweiz mit 237, Italien mit 242 Litern Trinkwassergebrauch. In den USA liegt der Vergleichswert bei 295 Liter Wasser.

Rebohle zufolge investierte die deutsche Wasserwirtschaft seit 1990 jährlich mehr als zwei Milliarden Euro in die nachhaltige Wasserversorgung. Für die Abwasserbeseitigung wurden 2005 nochmals 5,5 Milliarden Euro investiert. Ein wesentlicher Baustein der Modernisierungsstrategie der Wasserwirtschaft sei ein branchenweites Benchmarksystem, das die Branche seit mehr als zehn Jahren freiwillig praktiziert. „Die Unternehmen vergleichen ihre Leistungen und lernen vom jeweils Besten, um jederzeit eine sichere und kostengünstige Versorgung zu garantieren.“

Auch auf der „wat 2008“ stand der Erfahrungsaustausch im Vordergrund: Rund 800 Fach- und Führungskräfte diskutierten politische und technische sowie wirtschaftliche Fragen. 70 Firmen und Organisationen präsentierten sich an drei Tagen auf der Fachausstellung. **DK**

„Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom - mach' das mal nach!“



Senken Sie Ihre Stromkosten mit dem EnergieSpar-Paket von E.ON Bayern um 150 Euro.*

Das alles ist drin:

- kostenloser individueller EnergieSpar-Check
- EnergieSpar-Tipps, mit denen Sie 150 Euro* sparen
- hilfreiche Checklisten zum Beispiel zum Kauf von neuen Haushaltsgeräten

Auf der EnergieSpar-Tour in Ihrer Nähe oder im Internet:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit
faire Preise

e-on | Bayern

*Einsparpotenzial bei einem 4-Personenhaushalt.

Wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten:

Bayern will Moore und Feuchtgebiete schützen

Feuchtgebiete sind ein unersetzlicher Lebensraum für heimische, im Bestand bedrohte Arten, natürlicher Grundwasserfilter und Wasserspeicher. Ihr Schutz hat in Bayern hohe Priorität. Das betonte Umweltminister Otmar Bernhard zum 37. Welttag der Feuchtgebiete. Moore, Gewässer und Auen seien Refugien für bedrohte Arten. Ihre Erhaltung, Renaturierung und Dynamisierung helfe, dem Artenschwund zu begegnen.

Zu den Feuchtgebieten zählen Flüsse und ihre Auen, Seen und Teiche, Moore und Feuchtwiesen. Sie gelten als die weltweit mit am meisten gefährdeten Lebensräume. Bayern hat zahlreiche, auch großflächige „Natura 2000-Gebiete“ ausgewiesen und acht „Ramsar-Gebiete“ von internationaler Bedeutung gemeldet. In 249 der insgesamt 346 BayernNetzNatur-Projekte steht der Feuchtgebietsschutz im Mittelpunkt.

Effektiver Beitrag zum Klimaschutz

„Zum Welttag der Feuchtgebiete wollen wir ganz bewusst auf den zunehmenden Artenverlust in Feuchtgebieten aufmerksam machen“, sagte Bernhard. Denn bis zu 30 Prozent aller Arten seien vom Aussterben bedroht. Viele Tiere und Pflanzen wie Wachtelkönig, Kammmolch und Ameisenbläuling oder Orchideen wie das Sumpfkraut seien auf den Erhalt von Feuchtgebieten mit intaktem Wasserhaushalt angewiesen.

Moore beheimaten nicht nur zahlreiche seltene Arten, sie leisten als Kohlendioxid-speicher auch einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz. Zudem kön-

nen die Torfmoose eines Moors Regenwasser wie ein Schwamm aufsaugen und bis zum 40fachen ihres Gewichts an Wasser speichern. Deshalb erfüllt ein Moor auch eine wichtige Funktion beim vorbeugenden Hochwasserschutz.

„Ramsar-Gebiete“

Im Freistaat sind folgende Moor- und Feuchtgebiete als „Ramsar-Gebiete“ ausgewiesen: Unterer Inn zwischen Haiming und Neuhaus, Chiemsee, Starnberger See, Ammersee, Ismaninger Speichersee mit Fischteichen, Lech-Donau-Winkel, Donauauen und Donau-moos sowie die 2007 als achties Gebiet neu hinzugekommene Bayerische Wildalm.

Die 1971 in Ramsar im Iran unterzeichnete Konvention über den Schutz von Feuchtgebieten, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung, ist ein Rahmenwerk für den Schutz und die Nutzung von Feuchtgebieten und ihren Ressourcen. Das Übereinkommen hat 158 Vertragsstaaten. Weltweit sind 1713 Ramsar-Gebiete mit einer Gesamtfläche von etwas über 153 Millionen Hektar ausgewiesen. **dhg.**



Mit der Inbetriebnahme von Brunnen VI wurde beim Zweckverband Stauden-Wasserversorgung eine der größten Investitionen der vergangenen Jahre abgeschlossen. Das Kommando „Wasser marsch!“ gaben (von links) Wassermeister Hieronymus Dischler, Verbandsvorsitzender Hartmut Gärtner, Werkleiter Armin Drexl, stellvertretender Verbandsvorsitzender Josef Böck und Wassermeister Thomas Büchele. **Foto und Text: Walter Kleber**

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

Schwäbische Erfolgsgeschichte

Verbandsversammlung in Reichertshofen
Investitionen im Energiebereich abgeschlossen

Als eine schwäbische Erfolgsgeschichte bezeichnete Vorsitzender Hartmut Gärtner (Bobingen) bei der jüngsten Verbandsversammlung im Bürgerhaus von Reichertshofen den Zweckverband Stauden-Wasserversorgung. Nach turbulenten und ungewissen Anfangsjahren versorgt der 1967 gegründete Verband im 40. Jahr seines Bestehens heute gut 25.000 Einwohner in 19 Städten, Märkten und Gemeinden in den Landkreisen Augsburg, Unterallgäu und Günzburg mit hochwertigem Trinkwasser.

Mit dem bevorstehenden Beitritt von Markt Wald und Pfaffenhausen (beide Landkreis Unterallgäu) werden es demnächst gar 21 Kommunen in Mittelschwaben sein, die von Reichertshofen aus mit dem „Lebensmittel Nummer eins“ versorgt werden. Dessen Preis liegt beim Staudenwasser-Zweckverband übrigens seit zehn Jahren

unverändert bei 62 Cent pro Kubikmeter. Gärtner machte aber zugleich deutlich, dass der Zweckverband jetzt definitiv an seine Grenzen stoße. Weitere Verbandsmitglieder oder Wassergäste könnten nicht mehr aufgenommen werden, weil in absehbarer Zeit keine zusätzlichen Grundwasserentnahmen im Tiefenwasserbereich mehr genehmigt werden. Pro Jahr werden in Reichertshofen derzeit 2,2 Millionen Kubikmeter Wasser gefördert. Davon werden rund 1,4 Millionen Kubikmeter an Tarifabnehmer und rund 80000 Kubikmeter an Wassergäste und Notverbände abgegeben. Der noch verfügbare Spielraum, so der Verbandsvorsitzende, betrage noch rund 410000 Kubikmeter im Jahr. Dies lasse eine Versorgung von Markt Wald und Pfaffenhausen zu, ohne die eigenen Zukunftsperspektiven einzuzengen. Hierbei sei auch zu berücksichtigen, dass die Wasserabnahme im Verbandsgebiet trotz der Ausweisung von neuen Baugebieten insgesamt stagniere, in einzelnen Mitglieds-gemeinden derzeit sogar rückläufig sei. Bei den Wassergästen zeige sich ein Trend weg vom Gastverhältnis und hin zur Vollmitgliedschaft.

Brunnen VI abgeschlossen

Mit der Inbetriebnahme von Brunnen VI, der mit rund 1,3 Millionen Euro zu Buche schlägt, konnte eine der größten Investitions- und Zukunftssicherungsmaßnahmen der vergangenen Jahre erfolgreich abgeschlossen werden. Beendet sind auch die weiteren Baumaßnahmen auf dem Betriebsgelände, mit denen der Zweckverband im Energiebereich die Weichen für die Zukunft gestellt hat: der Einbau einer Wärmepumpe, die Modernisierung der Heizung und der Einbau einer Turbine zur Stromgewinnung.

Künftig zu Buche schlage zudem die in Angriff genommene Optimierung der Datenverarbeitung. Einschneidende Veränderungen hatte das Jahr 2007 im Personalbereich gebracht: Nach 20-jähriger Tätigkeit beim Zweckverband trat Werkleiter Hans Miehl in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde zum 1. Dezember 2007 Miehl's bisheriger Stellvertreter Armin Drexl bestellt (wir berichteten). Die beiden Auszubildenden wur-

Bad Birnbach:

Heilquelle als Tourismusmagnet

Rottal-Terme bietet 2.100 Quadratmeter Wasserfläche in 30 Becken

Eigentlich hatte man 1938 nach Erdöl gesucht, dann aber „nur“ warmes Wasser gefunden. Die Geschichte des kleinen niederbayerischen Ortes Bad Birnbach <http://www.badbirnbach.de> liest sich ein wenig wie ein Märchen, denn dem 70 Grad heißen Wasser, das seit damals aus der Erde sprudelt, wird heilende Wirkung bescheinigt - vor allem bei Wirbelsäulen- und Gelenkerkrankungen. 1976 wurde der touristische Leitbetrieb eröffnet und zieht seither Gäste aus dem In- und Ausland an.

„Die Region Rottal ist strukturschwach gewesen“, erklärt Alois Dorfner, Leiter der Kurverwaltung Bad Birnbach. Der Mythos Wasser habe den kleinen Ort aus dem Dornröschenschlaf geweckt. Mit mehr als 770.000 jährlichen Übernachtungen wurde der Gesundheitstourismus zum größten Arbeitsplatz-Motor. „Wir haben nach bestem Wissen eine nachhaltige Entwicklung in Bad Birnbach forciert, um zu vermeiden, dass die Landschaft zerstört wird.“ Tatsächlich ist man bei der Erweiterung des Dorfs zu einem modernen Kur- und Wellnessort sehr behutsam vorgegangen und hat versucht ein möglichst einheitliches Ortsbild zu schaffen, das zum Wohlfühlen einlädt. Mehrere Gutachten von Experten wurden erstellt. Zudem haben auch die Bewohner von Bad Birnbach mitgewirkt. „Ein Gutachterausschuss wacht darüber, dass Bad Birnbach so bleibt wie es einst geplant wurde. Das ist auch der Wunsch von weit über neunzig Prozent aller Gäste“, erklärt Dorfner.

Das Herzstück

Herzstück von Bad Birnbach ist ohne Zweifel die Rottal-Terme, die seit der Eröffnung mehrere Male vergrößert und verbessert wurde. Neben den klassischen Hallenbädern kann man hier an 365 Tagen im Jahr auch unter freiem Himmel baden. Die Badelandschaft wartet mit Wasserterrassen, Massagedüsen und Kneipptrittbecken auf. Im Vitari-

um mit seinen verschiedenen Saunen- und Dampfbädern kommen Naturisten auf ihre Kosten, denn dieser Bereich ist dem hüllenlosen Baden vorbehalten. „Ganz neu gibt es hier das Priebnitzbad, eine Grotte aus Himalaya-Salzstein, eine Kristallsauna und einen Sole-Tempel“, so Dorfner. „Insgesamt stehen den Gästen 2.100 Quadratmeter Heilwasserfläche in 30 Becken mit 28 bis 40 Grad Celsius zur Verfügung.“

Attraktive Umgebung

Zur dominierenden Gästeklimate im „Ländlichen Bad“ zählen in erster Linie Ruhesuchende. „Die Rottal-Therme ist ohne Zweifel der Publikumsmagnet“, bestätigt Dorfner. Aber auch die Umgebung hat einiges zu bieten und eignet sich für Sportarten wie Nordic Walking, Wandern, Radfahren und auch Golfen. „Die Landschaft ist sehr reizvoll und es gibt sehr viel zu entdecken“, bemerkt Dorfner. Dazu gehören beispielsweise auch die bayerische Gastfreundschaft und die kulinarische Vielfalt. Zu den innovativen Projekten in Bad Birnbach gehört der neu errichtete Golfplatz Bellavista. Ein Vorteil dieses Golfplatzes liegt darin, dass er in Fußgängerentfernung zum Ort liegt. „So kann man in Bad Birnbach ganz leicht darauf verzichten, sein Auto in Betrieb zu nehmen“, erklärt Dorfner. Zudem können auch Anfänger Schnupperkurse in der Golfschule absolvieren. □

Kommunalabgaben von A-Z

Gebühren - Beiträge - Kommunale Steuern - Verfahren - Rechtsschutz

Warum und wofür müssen wir bestimmte Kommunalabgaben zahlen? Wie werden sie berechnet? Und wie setze ich mich gegen die Bescheide zur Wehr? Das Lexikon „Kommunalabgaben von A-Z“ des Beck Verlags gibt einen umfassenden und einfach verständlichen Überblick über die verschiedenen Kommunalabgaben.

Erläutert werden Beiträge (Erschließung, Anschluss, Ausbau, Kur- und Fremdenverkehr, Wege), Gebühren (Wasser, Abwasser, Abfall, Friedhof, Straßenreinigung), Kommunalsteuern (Grund, Gewerbe, Hunde, Zweitwohnung etc.), Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz mit entsprechenden Verweisen zu relevanten Stichwörtern. Ein Anhang mit Musterschreiben und Musteranträgen rundet das Werk ab.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger erhalten ein umfassendes Nachschlagewerk, das ihnen hilft, Rechte wahrzunehmen und sich gegen übermäßige finanzielle Eingriffe der Kommunen zur Wehr zu setzen. Die Muster erleichtern dabei das praktische Vorgehen.

Der Autor Dr. Alfred Stapelfeldt ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Namenspartner in einer auf Öffentliches Recht spezialisierten Kanzlei in Darmstadt und Dozent an der Kommunalakademie Rheinland-Pfalz.

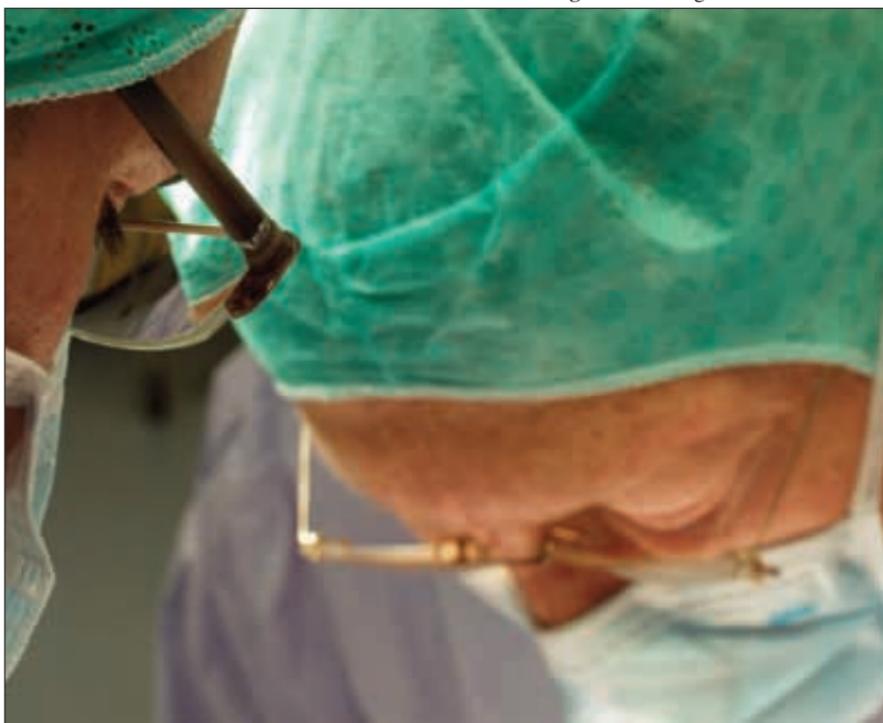
Das Werk wendet sich an alle von Kommunalabgaben betroffenen Bürgerinnen und Bürger, aber auch an die mit diesem Rechtsgebiet nur wenig vertrauten Juristen und an Behörden. **Weitere Informationen unter: www.beck-shop.de** □

den nach erfolgreich bestandener Gesellenprüfung als Handwerker in den Bauhof übernommen. Zum 1. September wird wieder ein Auszubildender eingestellt.

Auf gesunden Füßen

Wirtschaftlich steht der Staudenwasser-Zweckverband nach wie vor auf gesunden Füßen: Im Haushaltsplan für das Jahr 2008 bleiben die Gebühren und Beiträ-

ge deshalb unverändert, eine Um-lage ist nicht erforderlich. Hartmut Gärtner: „Wir werden 2008 die letzten Restschulden aus der Bauphase der Verbandsanlage abbezahlt haben und dann ohne Schulden dastehen!“ Größere Bauvorhaben sind vorerst nicht geplant, unverändert bleibt der Personalstand von derzeit 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Voll- und Teilzeit) in Verwaltung und Bauhof. □



Wir sind die Spezialisten!

ROTAMAT® Schneckenpressen - wirtschaftlich Schlamm behandeln

Ist Ihre landwirtschaftliche Entsorgung in Frage gestellt?

Schneckenpressen sind eine wirtschaftliche Alternative zum Entwässern von Klärschlamm. Sie arbeiten vollautomatisch, geräuscharm und energiesparend.

www.huber.de
info@huber.de

HUBER
TECHNOLOGY

Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft/Köln:

Kommunen als Unternehmer

Verzerrter Wettbewerb durch steuerliche Ungleichbehandlungen

Unter dem Druck leerer Kassen versuchen sich Deutschlands Kommunen immer stärker als Unternehmer, wie eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln ausweist. So haben Städte und Gemeinden von 1999 bis 2004 ihre Einkünfte aus eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten um fast 11 Prozent auf rund 8,8 Milliarden Euro gesteigert. Je nach Bundesland stammten im Jahr 2004 bis zu 8 Prozent der gesamten kommunalen Einnahmen aus unmittelbaren unternehmerischen Tätigkeiten. Besonders kräftig expandierten die Geschäfte mit der Abwasserversorgung - in Westdeutschland im Schnitt um rund 240 Prozent, in Ostdeutschland sogar um 280 Prozent. Aber auch die staatlichen Versorgungsunternehmen konnten mit Einnahmewachstum von mehr als 20 Prozent in nur fünf Jahren ordentlich zulegen.

Parallel dazu haben die Gemeinden den Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben zurückgefahren - von 23,5 Prozent im Jahr 1992 auf 12,3 Prozent im Haushaltsjahr 2007. Dies ist laut IW ein Indiz dafür, dass die Kommunen ihre Rolle als Investor immer weniger wahrnehmen und damit anderen Aufgaben eine höhere Priorität einräumen. Zum Teil sei dies auf die höheren Belastungen mit Sozialleistungen zurückzuführen, die die Kommunen im Zeitablauf stärker zu tragen hatten. Der deshalb geringere Finanzspielraum der Kommunen spreche eher dafür, einen Teil der staatlichen Aktivitäten stärker zu privatisieren.

Am umfangreichsten ausge-

weitete wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Hier stiegen die entsprechenden Einnahmen um 21,4 Prozent auf gut 2,2 Milliarden Euro. Bayern und Niedersachsen folgten mit Steigerungsraten von 18,1 und 14,1 Prozent. Insgesamt kam es zu den größten Ausweitungen der wirtschaftlichen Betätigung vor allem in Westdeutschland. Hier stiegen die entsprechenden Mittelzuflüsse um 11,6 Prozent, während die ostdeutschen Länder mit 6,0 Prozent nur halb so stark zulegten.

Entwicklung auf hohem Niveau

Für die Haushalte der Ge-

meinden sind die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in den letzten Jahren bedeutsamer geworden. Während die Gemeinden in Westdeutschland im Jahr 1999 im Durchschnitt noch 6,4 Prozent ihrer laufenden Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit deckten, waren es im Jahr 2004 bereits 6,9 Prozent. Zwischenzeitlich war der Anteil sogar auf 8,2 Prozent im Jahr 2002 angestiegen. In Ostdeutschland verlief diese Entwicklung stetiger und auf niedrigerem Niveau. Hier kam es zu einem nahezu kontinuierlichen Anstieg von 6,1 Prozent im Jahr 1999 auf 6,4 Prozent im Jahr 2004. Die bayerischen Städte und Gemeinden wiesen hier einen Anteil von 7,7 Prozent auf.

Unterschiedliches Expansionstempo

Analysiert man die Entwicklung der wirtschaftlichen Betätigung, differenziert nach den verschiedenen Aufgabenfeldern, zeigt sich ein sehr unterschiedliches Expansionstempo. Schwerpunkte der kommunalen Tätigkeit sind die Bereiche Versorgung und Entsorgung (Abwasser- und Abfallbeseitigung). Während der Versorgungsbereich insgesamt mit Abstand an der Spitze steht, ist der Bereich der Abwasserentsorgung ein besonders expansives Betätigungsfeld der Kommunen in Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland wurden die Einnahmen im Untersuchungszeitraum 1999 bis 2004 um 239 Prozent gesteigert. In Ostdeutschland fiel die Expansion mit einer Wachstumsrate von 276 Prozent sogar noch stärker aus.

Im Bereich der Abfallbeseitigungswirtschaft. Solidarität heißt dann auch, zum Beispiel einem Grundkonsens zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und denen der Wasserwirtschaft zu folgen.

Dieser Grundkonsens wird getragen durch die Wasserschutzgebietsverordnungen und durch darauf aufbauende gemeinsame Regelungen. Den Ideen sind keine Grenzen gesetzt, solange sie nicht zu Lasten Einzelner gehen. Es darf nicht der Zustand eintreten, dass die Wasserversorger zum Bittsteller für Grundwasserschutz oder zu einem Reparaturbetrieb am Grundwasser degradiert werden und vielleicht noch wie auf dem Markt gegeneinander ausgespielt werden können, indem die Verantwortlichen der Wasserversorgung gezwungen werden, mit jedem Betroffenen einzeln eine eigene Regelung auszuhandeln.

Zeitgemäßes Instrument

Flankierende Maßnahmen zum flächendeckenden Gewässerschutz sowie zum speziellen Trinkwasserschutz in Wasserschutzgebieten sind nicht nur sinnvoll, sondern als zeitgemäßes Instrument des Trinkwasserschutzes außerordentlich hilfreich. Bei der Umsetzung regional-spezifischer Grundwasserschutzkonzepte sind sie nicht mehr wegzudenken und werden in der Regel auch gerne angenommen. Sie sind kein Ersatz für ausreichend dimensionierte und amtlich ausgewiesene Wasserschutzgebiete, auch wenn das manchmal so propagiert wird. So kommen die zuständigen Behörden nicht umhin, auch wasserrechtlich entsprechende Vorkehrungen in Form verbindlich festgesetzter Wasserschutzgebiete zu treffen.

ging verbuchen nur die westdeutschen Kommunen zusätzliche Einnahmen, in Ostdeutschland gehen die Einnahmen zurück. Eine ähnliche Entwicklung weisen auch weitere aufgeführte Aufgabenbereiche auf. Insgesamt zeigt sich, dass die vergleichsweise finanzstärkeren Westkommunen ihre Einnahmen steigern. In den traditionellen Betätigungsfeldern kommunaler Unternehmen ist insgesamt ein Trend zur Re-Kommunalisierung zu verzeichnen. Aber auch über den engeren Bereich der öffentlichen Aufgaben hinaus sind Kommunen tätig, bis hin zu Reisebüros und vergleichbaren rein privatwirtschaftlichen Aktivitäten.

Privatisierungsbeispiele

Dennoch gibt es auch aktuelle Beispiele für umfangreiche Privatisierungen. So wurden in Pforzheim die kommunalen Verkehrsunternehmen privatisiert. Die Stadt Dresden hat durch den Verkauf ihres Wohnungsbestands an einen privaten Investor die städtischen Schulden tilgen können. Weitere Städte planen eine Verkleinerung des Wohnungsbestands. In Nordrhein-Westfalen versucht die Landesregierung, durch eine Änderung der Gemeindeordnung einen stärkeren Vorrang privater Unternehmen zu installieren.

Umsatzsteuerprivileg

Laut Untersuchung „ist der Wettbewerb zwischen privaten und kommunalen Anbietern heute besonders durch steuerliche Ungleichbehandlungen zu Lasten der privaten Unternehmen verzerrt“. Besonders gravierende Nachteile für die privaten Unternehmen ergeben sich durch das sogenannte Umsatzsteuerprivileg. Während kommunale Unternehmen entsprechend den Vorschriften des deutschen Umsatzsteuerrechts

Es ist bekannt, dass es bereits im antiken Mesopotamien, wo in grauer Vorzeit vor 5000 Jahren eine der ersten menschlichen Hochkulturen bestand, der Wasserwirtschaft eine Vorrangstellung eingeräumt wurde. Damals überwachte ein „politisch totalitäres System - als irdischer Repräsentant der Götter“ - die wasserwirtschaftliche Entwicklung. Wer gegen Wassergesetze verstieß oder Wasser bedeutsame Einrichtungen beschädigte, wurde versklavt oder mit dem Tode bestraft.“

Qualität erhalten

Kehren wir zurück zu den Niederungen unseres Alltags in Europa. Wie zahlreiche Studien nachgewiesen haben, zeichnet sich die deutsche Wasserwirtschaft durch eine besonders hohe Qualität und Versorgungssicherheit aus. Das gilt für alle Bereiche der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, ob im ländlichen Bereich oder in den Städten. Diese Qualität gilt es zu erhalten und gegen marktwirtschaftliche Tendenzen aus dem Kreis der EU-Kommission zu verteidigen. Voraussetzung dafür ist und bleibt aber, dass neben der hervorragenden Qualität und der Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung der Wasserressourcen auch die wirtschaftliche Effizienz stets Aufgabenbestandteil der Verantwortlichen in der Wasserwirtschaft bleibt.

Hierfür gibt es seit Jahren die Möglichkeit durch Teilnahme an einer überörtlichen Effizienzuntersuchung sowohl für die Wasserversorgung als auch für die Abwasserentsorgung, seinen eigenen Standort zu bestimmen. **Dipl.-Ing. Jörg Schuchardt Geschäftsführer aquaKomm GmbH & Co KG** □

im Regelfall von dieser Steuer befreit sind, unterlägen die Leistungen privatrechtlich organisierter Unternehmen dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent. Die Untersagung des Vorsteuerabzugs für kommunale Unternehmen wirke sich für diese häufig nicht dauerhaft negativ aus, weil sie durch einen steuerstrategisch angelegten Wechsel der Rechtsform diesen Nachteil umgehen können, indem sie in investitionsintensiven Phasen eine private Rechtsform wählen und anschließend zur umsatzsteuerbefreiten öffentlichen Rechtsform zurückkehren.

Mögliche Effizienzverluste

Kritisch sei zudem, dass durch die eigene Leistungserstellung eine Ausschreibung der Leistungen nicht mehr erfolgen muss. „Dadurch werden der mögliche Wettbewerb behindert und entsprechende Effizienzverluste in Kauf genommen“, so die IW-Studie. Die Re-Kommunalisierung führe daher nicht nur zu einem Zurückdrängen

der bestehenden privaten Unternehmen, sondern stelle auch einen Schritt zur Revision der erfolgten Marktöffnung dar. „Notwendig wäre vielmehr eine gegenteilige Politik, die bestehende kommunale Monopole durch wettbewerbliche Strukturen ersetzt, beispielsweise in der Wasserwirtschaft.“

Mangelnder Wettbewerb

Fehlender Wettbewerb führe zu einem ineffizienten Mitteleinsatz, „weil die Bedrohung durch die Konkurrenz als Korrektiv fehlt“. Doch mangelt es auf re-kommunalierten Märkten nicht nur an Wettbewerb, auch das Gewinninteresse der Eigner sei weit weniger ausgeprägt oder könne zumindest schlechter verfolgt werden. Zum einen würden von kommunalen Unternehmen oftmals Nebenleistungen erwartet, die die Gewinnsituation verschlechtern. Zum anderen stoße aber auch eine wirkliche Kontrolle durch Vertreter der kommunalen Politik an deutliche Grenzen. **DK**

Ist Ihre Wasserversorgung zukunftssicher?
Sind Netze und Anlagen in Ordnung?
Werden die gesetzlichen Pflichten erfüllt?
Haben Sie die Kosten im Griff?

Wir beraten und unterstützen Sie

Wasser –
unser wichtigstes Lebensmittel

Die kommunale Wasserallianz

aquaKomm

aquaKomm – Dienstleistungen für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

aquaKomm GmbH & Co. KG
Emmy-Noether-Str. 2 · 80287 München · Tel 089 2361 3320
info@aquakomm.de · www.aquakomm.de

Wasserwirtschaft:

Vorbeugender Gewässerschutz und Effizienz

Man kann es wohl nicht oft genug erwähnen, Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel, das nicht ersetzbar ist. Zu Trinkwasser gibt es keine Alternative. Schmerzhaft spüren das insbesondere die Menschen in Trockengebieten der Erde, Menschen die kaum Zugang zu Wasser uns schon gar nicht zu sauberem Wasser haben. Oder in Gebieten, wo es immer wieder zu verheerenden Überschwemmungen kommt, die dann auch die Trinkwasserquellen beeinträchtigen.

Aber man muss nicht so weit gehen. Bereits in Staaten Europas und sogar noch in Mitgliedsländern der EU ist die Qualität des Trinkwasserangebots oft sehr mangelhaft.

In Deutschland verstehen wir Wasserversorgung und Abwasserentsorgung als eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dieses Gut und die nunmehr für uns selbstverständliche Qualität zu erhalten ist eine der vornehmsten Aufgaben einer Gemeinde und der dafür eingerichteten Betriebe. Qualitätssicherung verlangt vorausschauendes Handeln und eine echte Wahrnehmung der damit verbundenen Pflichten. Damit es zu keinen gesundheitsschädlichen Verunreinigungen des Trinkwassers kommt ist in gemeindlichen Wasserversorgungen dafür letztlich der Bürgermeister persönlich voll verantwortlich. Einen ebenso wichtigen Stellenwert nimmt das einwandfreie Funktionieren der Kläranlagen ein. Denn eine unzureichende Klärung des Abwassers verunreinigt die Vorfluter und führt dort zu Schäden.

„Gewöhnungseffekt“

Da in Deutschland in den letzten Jahren wenig von wasserbedingten Erkrankungen oder gar Epidemien zu hören war, ist allerdings auch ein „Gewöhnungseffekt“ zu beobachten.

Es funktioniert ja, also muss man sich nicht kümmern, andere Aufgaben erscheinen wichtiger und werden oft auch von den Bürgern als „brennender“ bewertet. Straßenbau, Schulen, Kindertagesstätten beschäftigen das Tagesgeschäft folglich mehr.

Da es funktioniert, wird eben oft auch anderen Nutzungsinteressen nachgegeben. Das ist insbesondere bei der Ausweisung von

Wasserschutzgebieten und der Kontrolle der Einhaltung der Wasserschutzgebietsverordnung der Fall.

Kostensparnis

Es hat einen guten Grund, wenn die Grundwasservorräte, die auf natürliche Weise geschützt in der Erde verwahrt liegen, auch weiterhin geschützt bleiben. Gefahrenherde aus Besiedlung, Verkehr, Gewerbe und Landwirtschaft sind von den Gewinnungsgebieten fernzuhalten. Das gesellschaftliche Interesse an einer qualitativ gesicherten, gesundheitlich unbedenklichen Trinkwasserversorgung muss stets Vorrang haben.

Damit wird einem gesetzlich verankerten Anspruch auf einen allgemeinen Gesundheitsschutz der Bevölkerung ein hoher Stellenwert eingeräumt. Eine einwandfreie Trinkwassergewinnung ist aber auch die Voraussetzung langfristiger Kosten zu sparen bzw. das Trinkwasser zu sozial verträglichen Preisen an die Bevölkerung abzugeben.

Angemessener Ausgleich

Natürlich sind Nutzungseinschränkungen so gering wie möglich zu halten und dort, wo sie zu unzumutbaren Belastungen zum Beispiel betroffener Grundstückseigentümer führen, ist ein Weg nach einem angemessenen Ausgleich zu suchen. Dennoch, immer sollte das Prinzip gelten, „Gemeinwohl steht vor Eigennutz“ und hierzu ist ein gesellschaftlicher Konsens herbeizuführen. Ein uneingeschränktes Recht auf Nutzung des Eigentums gibt es nicht.

Kooperationen sind angesagt, ganz speziell zwischen der Landwirtschaft und der Wasser-

Public-Private-Partnership und die Rolle der Bank

Von Stefan Wedel*

Die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft über Public-Private-Partnership-Modelle kommt in Deutschland inzwischen mit dem PPP-Beschleunigungsgesetz und der Gründung der Partnerschaft Deutschland GmbH besser in Gang. Im Verkehrswegebau und im öffentlichen Hochbau (Schulsanierungen und Gebäudeneubauten) wurden eine ganze Reihe von Projekten umgesetzt. Zudem setzt sich die Erkenntnis durch, dass unter PPP nicht die Musterlösung zur Sanierung maroder Staatsfinanzen zu sehen ist, sondern eine effiziente Beschaffungsvariante von geplanten Investitionen, sofern der Wirtschaftlichkeitsvergleich „Privat vs. Kommunal“ positiv ausgefallen ist.

Kommunale Vorteile durch PPP-Modelle sind vor allem durch Synergieeffekte der spezialisierten privaten Betriebe (Betriebskostenoptimierung) sowie der Verteilung der Investitionskosten über einen längeren Zeitraum zu sehen. Im Vordergrund der Diskussion um Methodik und Umsetzung des geeigneten PPP-Modells steht hierbei stets die Risikoallokation der typischen PPP-Teilaspekte Planung, Bau, Finanzierung, Betrieb und Verwertung zwischen Kommune und privatem Auftragnehmer. Für jeden Teil sollte derjenige Projektpartner das Risiko tragen, der es am besten beeinflussen und tragen kann.

Die zumeist langfristig ausgelegten Finanzierungen von PPP-Modellen stehen regelmäßig unter dem Postulat „Finanzierungsrisiko vom Privaten zu tragen, aber zu möglichst günstigen Konditionen“. Die Art der Risikoallokation bei der Finanzierung führt daher zu sehr unterschiedlichen denkbaren Finanzierungsformen.

Kommunalverbürdeter Kredit

Wenn aus übergeordneten Gründen die Gebietskörperschaft keine Investitionskredite über ihren Haushalt aufnehmen kann, folgt oft die Überlegung des Vollzugs der Investitionsmassnahme bei einer privaten Gesellschaft durch Kommunalbürgschaft zur Absicherung der dort aufgenommenen Investitionskredite (z. B. bei der kommunalen Eigengesellschaft Stadtwerke GmbH). Oberhalb be-

Sparkassen-Finanzgruppe:

Erstes Verbundrating von Moody's mit Aa2

Die deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen werden von der Ratingagentur Moody's mit Aa2 bewertet. Mit dieser Note stellt die Ratingagentur Moody's der Sparkassen-Finanzgruppe erstmals ein Verbundrating aus. Das gab Heinrich Haasis, der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), in Berlin bekannt.

„Das Verbundrating verdeutlicht, dass die Sparkassen-Finanzgruppe als leistungsstarke Einheit wahrgenommen wird. Sie verfügt über eine starke Finanzkraft, über solide Unterstützungsmechanismen und über eine effektive Verringerung des Ausfallrisikos der Gruppenmitglieder. Das Verbundrating ist ein großer Erfolg für die Gruppe“, so Haasis.

Das Verbundrating für die Sparkassen-Finanzgruppe wurde im Rahmen der turnusmäßig durchgeführten Ratingüberprüfung erstellt. Im Gegensatz zum früher erhaltenen Rating-Floor, der eine Indikation für das Rating der Institute darstellt, ist das Verbundrating ein kapitalmarktfähiges Rating für die Sparkassen-Finanzgruppe. Jedem Institut ist es auch weiterhin freigestellt, ein Individualrating zu beantragen, welches aber in der Regel höchstens zwei Notches unterhalb des Verbundratings liegen wird. So-

stimmter Volumina versagt das EU-Wettbewerbsrecht häufig aber 100% verbürgte Kredite über die EU-Notifizierungspflicht. Parallel sind Ausschreibungs- und Vergaberegelnungen zu beachten.

Projektfinanzierungen

Im klassischen Modell der Projektfinanzierung übernimmt



Stefan Wedel.

ein Konsortium die Finanzierung der Investition, beispielsweise die Sanierung städtischer Schulen und deren Facility Management für 25 Jahre. Im Gegenzug zahlt die Kommune für diese Leistungen langfristig einen jährlichen Betrag. Kreditnehmer ist in der Regel eine Gesellschaft, die allein den Zweck der Umsetzung des jeweiligen Projekts zum Ziel hat. Da Kreditinstitute bei einer Projektfinanzierung regelmäßig nicht die Gesellschafter an sich in die

mit bleibt ähnlich dem bisherigen Rating-Floor eine Untergrenze erhalten. Hingegen wurden keine Obergrenzen für die Individualratings festgelegt, um jedem Institut weiterhin die Möglichkeit zu geben, selbst ein noch besseres Ratingergebnis zu erzielen.

In die Ratingnote fließt das Bank-Finanzkraftrating (BFSR) ein, das die eigenständige oder intrinsische Finanzkraft der Bank ohne mögliche externe Unterstützungsleistungen bewertet. Sie liegt bei B-. Dieses entspricht einer Basiskrediteinschätzung (BCA) für die Sparkassen-Finanzgruppe von A1. Auf dieser Grundlage erteilte Moody's der Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating von Aa2. Beim Verbundrating wurden die zuletzt von der Agentur überarbeitete Methodik für Bankratings angewendet, die transparentere Bewertung unter Einbeziehung externer Unterstützung ermöglichen soll.

Haftung nehmen können, müssen bei ordentlichem Projektverlauf die Cash Flows der geschaffenen Projektgesellschaft den Schuldendienst der Finanzierung abdecken. Für die Projektfinanzierungs-Entscheidung wird sich das Kreditinstitut über die Analyse der Projektrisiken, der Managementabsprachen, der Cash Flow-gestützten Finanzkonzeption und der umfassenden Vertragsdokumentation nähern.

Projektfinanzierungen sind durch erhöhte Kreditrisiken und Eigenkapitalkosten der Banken sowie aufgrund der komplexeren Strukturen und Einbindungen verschiedener Experten und Berater natürlich wesentlich teurer als kommunal verbürgte Finanzierungen. Hinzu kommt die Bewältigung einer vorgeschalteten, oft langfristigen und kostenintensiven Ausschreibungsphase.

In Deutschland spielt die Finanzierungsform der Projektfinanzierung bei voller Übernahme der Finanzierungsrisiken durch den Privaten mit ca. einem Drittel Anteil an allen umgesetzten PPP-Modellen eher eine geringe Rolle. Grund: Die große Mehrheit der von den Kommunen ausgeschrieben PPP-Modelle zeigen Finanzierungsvolumina unterhalb von EUR 20 Mio, wobei Projektfinanzierungen für Banken erst bei deutlich größeren Beträgen interessant werden. Dagegen werden derzeit rd. zwei Drittel der PPP-Projekte via Forfaitierung mit Absicherung durch die Kommune vollzogen.

Kommunale Forfaitierung

Bei der Finanzierung über die Forfaitierung (Forderungsankauf) werden zukünftige Entgelte der Kommune, die ein privater Leistungserbringer in einem PPP-Modell erwartet, bereits zu Beginn der Investition an den Bankpartner verkauft.

Basis dieses Modells ist ein vorhandener langfristiger Leistungsvertrag zwischen Kommune und einer Unternehmung, die für ihre zu erbringende Leistung zukünftig Geldzuflüsse erwartet. Das Unternehmen deckt seinen Finanzierungsbedarf durch den zufließenden Barwert der zu verkaufenden Forderungen an die Bank. Der Forderungsverkauf erfolgt dabei regresslos. Das Bonitätsrisiko des Forderungsschuldners Kommune geht somit auf die ankaufende Bank über. Die Unternehmung haftet nur für das tatsächliche Entstehen der verkauften Forderung (Veritätshaftung). Aus Bank-sicht findet ein Wechsel des Risikoträgers vom Unternehmen zur Kommune statt.

Um jedoch auch kommunal-nahe Konditionen bei einer Forfaitierung darstellen zu können, muss die Bank sich gegen Störungen im Leistungsvertrag zwischen Kommune und Unternehmen absichern. Der Grundvertrag könnte aufgrund einvernehmlicher Auflösung, ausserordentlicher Beendigung einer der Vertragsseiten oder durch Unternehmensinsolvenz beendet werden. Erst durch eine kommunale Zusatzvereinbarung zum Forfaitierungsvertrag, in der die Kommune die einrede- und einwendungsfreie Zahlung von Entgelten definiert, ermöglicht kommunale Konditionen.

Für jeden Fall der Vertragsbeendigung übernimmt die Gebietskörperschaft die Pflichten des Betreibers aus dem Forderungskaufvertrag. Regelungen für den Fall der ordentlichen

außerordentlichen Leistungsvertragsbeendigung sind so gestaltet, daß der kommunale Partner bei Vertragsbeendigung das Betriebsvermögen für die weitere Erfüllung der Aufgabe übernimmt. Die dann dem privaten Betreiber zu zahlende Entschädigung soll mindestens dessen Finanzierungsrestverbindlichkeiten decken.

Die kommunale Forfaitierung beinhaltet folgende Vorteile:

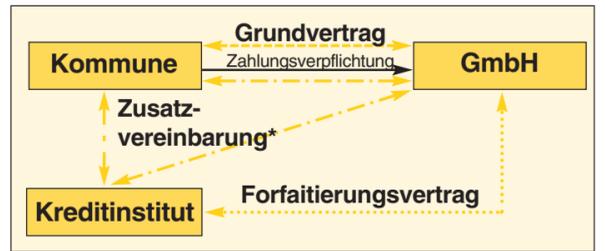
- Durch Ausnutzen der bereits vorhandenen Leistungsbeziehung bzw. Zahlungsströme (langfristige periodische Geldzahlungen) zwischen Kommune und Privatem ist sie einfach zu implementieren.
- Zinsbindungen länger als 10 Jahre werden bankseitig regelmäßig angeboten, da die ausserordentliche Kündigung der Zinsbindung eines Finanzierungsnehmers gem. § 489 BGB nur bei Kredit- und nicht bei Forfaitierungslösungen gilt. Zinsbindung und Finanzierungslaufzeit können daher identisch sein und jegliches Zinsänderungsrisiko ist ausschliessbar. Bei langlaufenden PPP-Projekten ein erheblicher Vorteil!
- Entlastung des kommunalen Haushalts durch Zinsersparnis aufgrund Kommunalkonditionen durch Bonitätsleihe der Kommune und gleichzeitig Minimierung der Zahlungsverpflichtung
- Volle Absicherung des Zinsänderungsrisikos während der Finanzierungslaufzeit, da im Gegensatz zu Kreditlösungen hier auch Zinsbindungen länger als 10 Jahre gegenüber der GmbH möglich u. empfehlenswert sind (Ausschluss des Kündigungsrechts gem. § 489 Abs 3 BGB möglich)
- Die Einrede- und Einwendungsverzichtserklärung als Finanzierungsabsicherung durch die Kommune wird nicht auf den Bürgschaftsrahmen angerechnet, denn sie wirkt zwar wie eine Bürgschaft, ist aber formaljuristisch keine. Die Kommunalaufsicht nimmt diese natürlich aber als Verpflichtungserklärung zur Kenntnis.
- Ermöglicht große Planungs- und Kalkulationssicherheit durch Einbau von Zinssicherungs- u. Liquiditätssteuerungsinstrumenten. Gesamtfinanzierung bis Tilgungsende in z.B. 30 Jahren bereits mit Finanzierungsbeginn vollständig transparent
- Gewerbesteuerentlastung bei Kooperations-GmbH durch fehlende Dauerschuldzinsproblematik
- Geringer Aufwand und hohe Flexibilität. Finanzierungskonzept wird nur einmal durch Rechtsaufsicht für Gesamtlaufzeit genehmigt, Vertragsmuster kommen von der Bank.

Vorbehaltssdiskussion

In der Diskussion um die Gestaltung von PPP-Modellen gegenüber Kommunen, Aufsichtsbehörden und Politik zeigen sich immer wieder Vorurteile in Bezug auf die Finanzierung und Risikoübernahmen bei Forfaitierungslösungen. Einige typische Aussagen, denen sich Kreditinstitute häufig konfrontiert sehen sind hier reflektiert:

„Das genehmigt keine Kommunalaufsicht!“

Entscheidend ist in der PPP-Gesamtbetrachtung der Kommunalaufsicht u. a. die Frage, ob die Kommune aus dem Gesamtprojekt wirtschaftliche Vorteile generiert, die sie ohne Einschaltung des Privaten nicht erlangt hätte („Wirtschaftlichkeitsvergleich“). Dies sind: Entlastung der Verwaltung, Einbinden von Spezialisten-Know-How, Entlastung des Vermögenshaushalts (keine Kommunalkreditaufnahme), Minimierung der Entgeltverpflichtungen durch kommunale Finanzierungsbedingungen, Heimfall der Investi-



Struktur der kommunalen Forfaitierung

*Inhalt der Zusatzvereinbarung: Das angekaufte Geldvolumen wird während der Vertragslaufzeit von der Kommune einwendungs- und einredefrei gezahlt; bei jedem Fall der Vertragsbeendigung übernimmt die Kommune die Pflichten des privaten Auftragnehmers aus dem Forderungskaufvertrag.

an an die Kommune am Laufzeitende des Grundvertrags zum definierten Wert (z. B. zu einem symbolischen Euro).

„Das Modell ist kein PPP, da das Risiko voll bei der Kommune bleibt!“

Die kommunale Forfaitierung ist aufgrund der Zusatzvereinbarung der jeweiligen Aufsichtsbehörde der Kommune zur Genehmigung vorzulegen. In der Praxis zeigten sich zunächst Vorbehalte der Kommunalaufsichten, dass das Finanzierungsrisiko hier dauerhaft bei der Kommune verbleibt und genau dies im PPP-Modell nicht gewollt ist. Eine solche Aussage würde aber NUR die Ebene des Finanzierungsvertrags betrachten. Faktisch wird sich die Kommune gegenüber dem Privatem separat über Auftragsereignisbürgschaften, Kauttionen und/oder Regressregelungen im Grundvertrag absichern und kann finanzielle Risiken umfangreich abwägen. Die Kommune gewährt dem Privatem somit durch ihre Bonitätsleihe kommunal-nahe Konditionen und senkt gleichzeitig die Zahlungsverpflichtung des Privaten an die Kommune selbst.

„Wenn der private Partner insolvent wird, steht die Kommune mit leeren Händen da.“

Bei vernünftiger Grundvertragsgestaltung auf keinen Fall! Die Kommunen als Auftraggeber verlangen häufig Erfüllungsbürgschaften, die der Auftragnehmer für die Dauer des Grundvertrags anbieten muss und die sich erst über die Vertragslaufzeit in Teilbeträgen reduzieren. Zudem sind Kauttionen z.B. in Höhe eines halben kommunalen Jahresentgeltes üblich, die der Betriebsführer der Kommune zu hinterlegen hat. Im Insolvenzfall sollten dann 6 Monate reichen, um einen neuen Betreiber zu finden. Zudem fällt im Insolvenzfall in der Regel die Nutzungsüberlassung des Objekts an die

Kommune zurück („Heimfall“). „PPP machen wir ohnehin in unserer Kommune seit langem! Unsere Stadtentwicklungsgesellschaft saniert alle Schulen für die Kommune und finanziert sich durch voll kommunal-verbürgte Kredite!“

Eine Auftragsvergabe ist ab bestimmten Investitionsvolumina zwingend auszuschreiben. Das die Ausschreibung vermeidende Argument des „Inhouse-Geschäfts“ ist seit dem sog. Halle-Urteil des EuGH vom 11.01.2005 sehr unsicher. Unbedingt abzurufen ist die ungeprüfte kommunale Absicherung aufgrund des Vorbehalts der EU-Notifizierung. Gem. §§ 87 ff. EG-Vertrag können kommunale Bürgschaften und ähnlich wirkende Sicherungen wettbewerbsverzerrende Tatbestände und damit rechtswidrige Beihilfen darstellen, da sie einzelne Unternehmen unverhältnismässig begünstigen. Die EU-Kommission ist vor Gewährung von Beihilfen so rechtzeitig zu unterrichten, dass diese sich dazu äussern kann, soweit nicht die Geringfügigkeitsgrenze („de minimis“) überschritten wurde. Ist diese Notifizierung für das Konstrukt verpflichtend, aber nicht erfolgt, ist die Finanzierung nichtig!

Die aktuelle Rechtspraxis definiert jedoch diverse Ausnahmeregelungen und Finanzierungsgestaltungsvarianten, die eine EU-Notifizierung erlässlich machen. Da auch die Einrede- und Einwendungsverzichtserklärung einer Forfaitierung den Beihilfetatbestand erfüllen könnte, ist bei Forfaitierungen die Gestaltungsexpertise des kommunalen Rechtsberaters und eines erfahrenen Kreditinstituts entscheidend.

Der Autor ist Direktor bei der Commerzbank AG Frankfurt im Zentralen Geschäftsfeld Corporate Banking, Financial Engineering Center Öffentlicher Sektor; eMail: (s.wedel@commerzbank.com).

Erfolgreicher Jahresendspurt des BayernMezzaninefonds

Drei weitere Investments in den Branchen Maschinenbau, Lebensmittel und IT

München - Ende Dezember 2007 konnten in enger Zusammenarbeit mit der BayernLB und über das Netzwerk der BayernMezzanine GmbH drei weitere Mezzaninekapitalverträge mit den Unternehmen HAWA Hydraulik GmbH & Co. KG, der Molkerei Gropper und der Cancom IT Systeme AG mit einer Gesamtsumme von 14 Mio. Euro Mezzaninekapital abgeschlossen werden.

Die BayernMezzanine ist eine Beteiligung der BayernLB, der SaarLB und der bayerischen Sparkassen. Ziel ist die Finanzierung und Begleitung inhabergeleiteter Familienunternehmen in Bayern und im Saarland.

Großer Bedarf an alternativen Finanzierungsmitteln

Die BayernMezzanine hat bereits ca. 40 Prozent des Fondsvolumens von insgesamt 100 Mio. Euro in bayerische Unternehmen mit breiter Branchendiversifikation investiert und betreut aktuell 12 Firmen. Die aktuellen Abschlüsse zeigen, dass der bayerische Mittelstand großen Bedarf an alternativen Finanzierungsmitteln hat, insbesondere an individuellem Mezzaninekapital, das zur Eigenkapitalverbesserung beiträgt. Die S-Finanzgruppe unterstützt so den bayerischen Mittelstand weiterhin mit den nötigen Finanzmitteln in Tranchen ab 750.000 Euro. Mezzanine gewinnt zunehmend eine Schlüsselfunktion für die bayerische S-Finanzgruppe, um Wachstum und Stabilität im Firmenkundengeschäft zu erreichen.

In vielen Fällen besser als der Marktdurchschnitt:

Versicherungskammer auf solidem Wachstumskurs

5,65 Mrd. Euro Beitragseinnahmen, über 33 Mrd. Euro Kapitalanlagen

Der Konzern Versicherungskammer Bayern blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2007 zurück. Mit einem Wachstum von rund zwei Prozent ist die Versicherungskammer Bayern nach eigenen Angaben auch in diesem Jahr stärker gewachsen als der Gesamtmarkt, der voraussichtlich nur knapp über Vorjahresniveau abschließen wird.

Nach den vorläufigen Geschäftszahlen stieg das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft auf 5,65 Milliarden Euro. Besonders geprägt wird das Wachstum durch die gute Entwicklung bei der Krankenversicherung und dem deutlich über dem Markt liegenden Komposit-Geschäft, welches das Unfall- und Schaden-geschehen umfasst. Der Kapitalanlagenbestand im Konzern stieg auf rund 33,2 Milliarden Euro.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherung konnte ihr Neugeschäft im Jahr 2007 um weitere 2,4 Prozent steigern und damit das gute Vorjahresergebnis noch einmal übertreffen. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen dadurch um 3,2 Prozent auf 1,75 Milliarden Euro. Dies ist ein Ergebnis, das deutlich über dem voraussichtlichen Marktwachstum von 2,5 Prozent liegt. Mit einer Steigerung von über 11,7 Prozent hatten die Zusatzversicherungen erneut den größten Anteil an der sehr guten Entwicklung des Neugeschäfts. Ganz besonders bei den Pflegegeldversicherungen konnte mit 90,00 verkauften Tarifen ein deutliches Plus erzielt werden. Insgesamt waren bei den beiden Krankenversicherern (Bayerische Beamtenkrankenkasse und Union Krankenversicherung) zum Jahresende rund 2,6 Millionen Personen und damit 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr versichert. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle. Aufgrund des

VVG-Reform:

Versicherungskammer Bayern gibt Vorteile an alle Kunden weiter

München. Zu Jahresbeginn ist das neue Versicherungsvertragsgesetz (VVG) in Kraft getreten. Nach seinem 100jährigen Bestehen hat damit eine neue Zeitrechnung für die Versicherer, ganz besonders aber für deren Kunden begonnen.

Der Verbraucherschutz wird gestärkt: Die Kunden erhalten mehr Rechte und die Transparenz der Produkte steigt. Grundsätzlich - so sieht es der Gesetzgeber vor - gelten die neuen Vorschriften für alle Neukunden ab dem 1. Januar 2008, für alle Bestandskunden erst ein Jahr später. Die Versicherungskammer Bayern wird jedoch wesentliche verbraucherfreundliche Regelungen, die erst zum 1. Januar 2009 für Bestandskunden vorgeschrieben sind, auch für diesen Kundenkreis ab dem 1. Januar 2008 anwenden.

Die Versicherungskammer Bayern verzichtet bei ihren Bestandskunden bereits zum 1. Januar 2008 auf das Alles-oder-Nichts-Prinzip sowie die Klage- und Verjährungsfristen. Der Wegfall des Alles-oder-Nichts-Prinzips besagt: Verletzt ein Kunde eine Obliegenheit (Vertragspflichten, zum Beispiel vorvertragliche Anzeigepflichten, Pflichten zur Schadenminderung) oder führt er grob fahrlässig einen Schaden herbei, so bedeutet dies nicht mehr den vollständigen Ausschluss der Versicherungsleistung. Der Schaden wird vielmehr anteilig,

konsequenten Leistungsmanagements liegen sie mit einem Anstieg von lediglich 2,5 Prozent deutlich unter dem Beitragswachstum, was zu einer erneuten Reduzierung der Schadenquote führte. Konstant blieb die Verwaltungskostenquote, die erneut bei 2,6 Prozent des Prämienvolumens lag. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 8,5 Prozent auf 7,4 Milliarden Euro.

In der Schaden- und Unfallversicherung hat die Versicherungskammer Bayern deutlich besser abgeschnitten als der Markt. Marktschwankungen, welche sich vor allem durch den Preiskampf in der Kraftfahrtversicherung bemerkbar machen, ist sie auf Grund ihrer Multikanalstrategie und wegen ihres stabilen Produkt-Portfolios weniger stark ausgesetzt als ihre Mitbewerber. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 3,6 Prozent auf 1,78 Milliarden Euro. Besonders gut behauptet haben sich die Unternehmen im Kraftfahrtgeschäft, das um 3,7 Prozent zulegte.

Erhöhte Aufwendungen

Wesentlich beeinflusst durch den Sturm Kyrill und die Juli-Unwetter in Bayern erhöhten sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr um 10,7 Prozent. Die beiden genannten Ereignisse schlugen zusammen mit rund 110 Millionen Euro zu Buche. Dadurch erhöhte sich die sogenannte Combined Ratio (kombinierte Schaden-Kosten-Quote) auf 94,0 (Vorjahr: 90,4) Prozent, die Bruttoschadenquote lag bei 70,0 (Vorjahr: 66,6) Prozent. Der Kapitalanlagenbe-

stehen selbständiger Sparkassen vor Ort und spezialisierten Finanzdienstleistern, zu denen selbstverständlich auch die Landesbanken gehören. Die Bildung von größeren Einheiten im Bereich der Landesbanken sei ein wichtiger Baustein, um auch zukünftig die Wettbewerbsfähigkeit der Landesbanken zu sichern.

„Reformen im Bereich der Landesbanken sind zweifellos erforderlich: Ohne tragfähige Geschäftsmodelle für die Landesbanken würden sich über den gemeinsamen Haftungsverbund auch für die kommunalen Sparkassen die finanziellen Risiken vergrößern. Diese Perspektive ist für die Kommunen als Träger der Sparkassen nicht hinnehmbar“, so Ude, Duppré und Schäfer. DK

Transparentere Produkte

Darüber hinaus setzt die Versicherungskammer Bayern die Anforderungen der VVG-Informationspflichtenverordnungen, wie zum Beispiel das vom Gesetzgeber geforderte Produktinformationsblatt, in großen Teilen schon zum 1. Januar 2008 um, und nicht erst - wie vorgesehen - zum 1. Juli 2008. Die Produkte werden dadurch für die Kunden noch transparenter und sie können auf der Basis vollständiger Informationen mit ihrem Berater den gewünschten Versicherungsschutz auswählen. □

stand wuchs um 5,1 Prozent auf 4,9 Mrd. Euro.

Altersvorsorge

In der Lebensversicherung verzeichneten die Unternehmen eine starke Nachfrage nach geförderten Altersvorsorgeprodukten. Mit einem Zuwachs bei den Neuverträgen von 20,3 Prozent konnte hier eine deutliche Steigerung erzielt werden. Ganz besonders profitierten die Lebensversicherer des Konzerns vom Riesterboom. Hier wurden 33,2 Prozent mehr neue Verträge abgeschlossen als im Vorjahr.

Bei den Basisrenten sowie den fondsgebundenen Rentenversicherungen - darunter insbesondere das in diesem Jahr neu eingeführte kapitalmarkt-orientierte Produkt FlexVorsorge Plus - konnte die Stückzahl mehr als verdreifacht werden. Die gesamten Neubeiträge la-

Kommunale Spitzenverbände:

Sparkassen nicht schwächen!

Nach Auffassung des Gesamtvorstands der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände darf die dringend notwendige Konsolidierung im Bereich der Landesbanken nicht zu einer Schwächung der Sparkassen führen. In einer verabschiedeten Entschließung wies der Vorstand darauf hin, die besondere Stärke der Sparkassen in Deutschland beruhe auf ihren Strukturmerkmalen kommunale Trägerschaft und Bindung, öffentliche Rechtsform und Regionalprinzip. Diese Stärke dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb seien Überlegungen, die Wettbewerbsfähigkeit der Landesbanken durch vertikale Fusionen mit Sparkassen zu erhöhen, entschieden abzulehnen.

„Das Geschäftsmodell der Sparkassen ist ein Erfolgsmodell. Es zeichnet sich aus durch die Selbstständigkeit der Institute, durch Dezentralität und eine einzigartige Kundennähe. Würden aus den bislang selbständig agierenden Sparkassen zentral gesteuerte Filialen der Landesbanken, würden sie genau der Vorteile beraubt, die sie so erfolgreich gemacht haben“, erklärten hierzu die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (Deutscher Städtetag), der Landrat des Landkreises Südwestpfalz, Hans Jörg Duppré (Deutscher Landkreistag) und der Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Die kommunalen Spitzenverbände bekannten sich eindeutig zur engen Zusammenarbeit zwi-

gen 6,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Einmalbeiträge stiegen um 9,4 Prozent. Die Beitragsentwicklung wurde vor allem durch den Wegfall der im Jahr 2002 abgeschlossenen Verträge mit 5-jähriger Beitragszahlungsdauer beeinflusst. Somit liegen die gebuchten Bruttobeiträge mit 2,13 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau und haben sich damit in etwa wie der Markt entwickelt. Inklusive Pensionskassen und Pensionsfonds wurden, ebenfalls wie im Vorjahr, 2,19 Mrd. Euro erreicht. Die Verwaltungskosten bleiben mit 1,9 Prozent auf dem im Marktvergleich niedrigen Niveau des Vorjahres. Der Kapitalanlagenbestand erhöhte sich um 3,3 Prozent auf 20,63 Milliarden Euro.

Gesamtverzinsung

Die Bayern-Versicherung, größter Lebensversicherer des Konzerns, erhöhte die laufende Gesamtverzinsung im Jahr 2008 von 4,1 Prozent auf 4,4 Prozent und bietet zudem erneut eine attraktive Schlussgewinnbeteiligung. Ebenfalls auf hohem Niveau bleibt die Gesamtverzinsung mit 4,7 Prozent im Rentenbezug bei den Rentenversicherungen ab Tarifwerk 2005. dhg.

Kommunale Spitzenverbände:

Sparkassen nicht schwächen!

Nach Auffassung des Gesamtvorstands der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände darf die dringend notwendige Konsolidierung im Bereich der Landesbanken nicht zu einer Schwächung der Sparkassen führen. In einer verabschiedeten Entschließung wies der Vorstand darauf hin, die besondere Stärke der Sparkassen in Deutschland beruhe auf ihren Strukturmerkmalen kommunale Trägerschaft und Bindung, öffentliche Rechtsform und Regionalprinzip. Diese Stärke dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb seien Überlegungen, die Wettbewerbsfähigkeit der Landesbanken durch vertikale Fusionen mit Sparkassen zu erhöhen, entschieden abzulehnen.

„Das Geschäftsmodell der Sparkassen ist ein Erfolgsmodell. Es zeichnet sich aus durch die Selbstständigkeit der Institute, durch Dezentralität und eine einzigartige Kundennähe. Würden aus den bislang selbständig agierenden Sparkassen zentral gesteuerte Filialen der Landesbanken, würden sie genau der Vorteile beraubt, die sie so erfolgreich gemacht haben“, erklärten hierzu die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (Deutscher Städtetag), der Landrat des Landkreises Südwestpfalz, Hans Jörg Duppré (Deutscher Landkreistag) und der Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Die kommunalen Spitzenverbände bekannten sich eindeutig zur engen Zusammenarbeit zwi-

Erforderliche Reformen

„Reformen im Bereich der Landesbanken sind zweifellos erforderlich: Ohne tragfähige Geschäftsmodelle für die Landesbanken würden sich über den gemeinsamen Haftungsverbund auch für die kommunalen Sparkassen die finanziellen Risiken vergrößern. Diese Perspektive ist für die Kommunen als Träger der Sparkassen nicht hinnehmbar“, so Ude, Duppré und Schäfer. DK

Finanzierungstipps am Frühstückstisch

VR-BürgermeisterFrühstücksForum richtete seinen Blick in die Zukunft

Bereits Tradition hat das BürgermeisterFrühstücksForum der VR-Bank eG Schweinfurt Land. Zum dritten Mal konnte Vorstandsvorsitzender Direktor Gerhard Hefner auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Bürgermeister des Landkreises, Kämmerer, geschäftsleitende Beamte und Kassenleiter begrüßen.

Zu Beginn stellte er den Gästen das Konzept des neuen VR-Beratungs-, Leitungs- und Leistungszentrum in der Felix-Wankel-Straße Sennfeld vor. Hefner informierte über die umweltschonende und ökologische Bauweise des Gebäudekomplexes, dazu zählt ein Heizungs- und Belüftungssystem, eine Photovoltaikanlage mit eigener Stromerzeugung, ein Blockheizkraftwerk und Vollwärmeschutz an der Gebäudehülle.

Um Modernisierungsmöglichkeiten kommunaler Einrichtungen ging es auch im Vortrag des Architekten Werner Haase aus Karlstadt: Wie Emissionen vermieden und mit kostengünstigen Lösungen gleichzeitig die Umwelt geschont werden kann, stieß er in seinem knapp 45-minütigen Referat auf viele interessierte Zuhörer.

Carsten Woltmann (Bereichsleiter Kommunale Entwicklung Bayerische Landessiedlung, Nürnberg) und Hubert Grauer (Niederlassungsleiter Bayerische Landessiedlung) informierten über Finanzierungsmöglichkeiten beim Immobilienmanagement für Innenent-

wicklung von Dörfern. Bei Fragen der Standortentwicklung und Städtebau, Kommunale Entwicklung sowie Wohnungs- und Eigenheimbau stehe die Bayerische Landessiedlung GmbH den Kommunen über die Hausbank als kompetenter Partner an der Seite, wie Woltmann erklärte.

Einen Blick in die Zukunft richtete Peter Stöbel, Abteilungsleiter Unternehmensservice der VR-Bank eG Schweinfurt Land mit seinem Vortrag über SEPA (Single Euro Payments Area). Vier Buchstaben die für ein einheitliches Zahlungsverkehrssystem in Europa stehen. „Praktisch gibt es dann keinen Unterschied mehr zwischen nationalem und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr“, so Stöbel.

Als Teil der Entwicklung und Umsetzung des gemeinsamen Binnenmarktes in der Europäischen Union, trat SEPA zum 28. Januar 2008 in Kraft. Durch die Vereinheitlichungen des Zahlungsverkehrsmarktes soll mehr Wettbewerb, Preistransparenz, Kostenreduktion und Effizienz im Zahlungsverkehr geschaffen werden, zeigte Stöbel die Vorteile des Systems auf. □

Landgericht Berlin untersagt ARD-Behauptungen

Das Landgericht Berlin hat dem Westdeutschen Rundfunk sowie weiteren ARD-Anstalten bei Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro untersagt, zahlreiche Behauptungen aus der ARD-Sendung vom 16. Januar 2008 mit dem Titel „Und plötzlich ist das Haus weg - Wie Sparkassen die Kredite kleiner Leute verschern“ weiter zu verbreiten.

Mit Hilfe des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) waren die betroffenen Sparkassen Wedel und Südholstein mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung mit Erfolg gegen eine ganze Reihe nachweislich falscher Behauptungen in dem Beitrag vorgegangen.

Fälschlicherweise war der Eindruck erweckt worden, durch Sparkassen seien ordnungsgemäß bediente Kredite gegen den Willen der Kunden veräußert worden. Darüber hinaus waren in insgesamt drei Fällen von Sparkassenkunden zahlreiche falsche Behauptungen aufgestellt worden, die jetzt untersagt wurden. Losgelöst davon wurde in einem Falle (Schlosshotel in Mecklenburg) sogar ein Fall von Privatbanken

fälschlich den Sparkassen zugeordnet.

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführender Vorstandsmitglied des DSGV, erklärte dazu: „Durch den WDR wurde den Sparkassen mit einer Vielzahl nachweislich falscher Behauptungen erheblicher Schaden zugefügt. Die Kunden wurden nachhaltig verunsichert und gegen Sparkassen aufgebracht, obwohl es dafür keine Grundlage gab. Zahlreiche Kunden haben sich wegen dieses Berichtes bei den betroffenen und anderen Sparkassen beschwert. In einigen Fällen ist es zu Kündigungen von Geschäftsverbindungen gekommen. Wir sehen den WDR und die ARD in der Verantwortung, in der Öffentlichkeit die falschen Tatsachenbehauptungen richtig zu stellen.“ □

Viel Gefühl für Qualität

Als gewerblicher Einkäufer finden Sie auf der Werkstätten:Messe hochwertige Produkte und professionelle Dienstleistungen von Werkstätten für behinderte Menschen.

Das ist zertifizierte Qualität zu marktgerechten Konditionen, die zusätzlich durch steuerliche Vorteile begeistert!

Fachangebot

- Dienstleistungen
- Kunstgewerbliche Artikel, Keramik und Lederwaren
- Papier und Bürobedarf
- Druck, Konfektionierung, Mailings, Möbel und Textilien
- Werbemittel
- Spielwaren
- Haushalts- und Gartenartikel

Infos zum Messebesuch

NürnbergMesse
Tel + 49 (0) 9 11. 86 06 - 49 22
besucherservice@nuernbergmesse.de
(reine Fachbesuchertage: 6./7.3.)

www.werkstaettenmesse.de



Nürnberg
6. - 9.3.2008

Werkstätten:Messe

2008

Ideeller Träger
BAG
WfBM

NÜRNBERG MESSE

Modellhafte Stadtsanierung:

Stärkung des Ortskerns in Weidenberg

Von Jörg Streng, Leiter des Bereichs „Standortentwicklung und Städtebau“ der Bayerischen Landessiedlung

Etwa 15 km östlich von Bayreuth, am westlichen Eingang zum Fichtelgebirge, liegt der Markt Weidenberg. Teils im Talkessel der Steinach, teils malerisch auf einem steil abfallendem Sandsteinhügel, teilt sich der Ort in den „Oberen“ und „Unteren Markt“.

Der „Obermarkt“ umfasst dabei den alten Ortskern mit der weithin sichtbaren St. Michaeliskirche, mit dem Rathaus, mit einst herrschaftlichen Schlössern und mit stilvollen Bürgerhäusern. Die ansehnlichen, überwiegend barocken Sandsteinfassaden, die heute die Straßenräume des Oberen Marktes prägen, gehen auf den Wiederaufbau des Oberen Marktes Weidenberg nach einem Großbrand Mitte des 18. Jahrhunderts zurück.

Der markante Marktplatz, der ehemals vom Schulhaus (dem heutigen Rathaus), von Gasthäusern und mehreren Bürgerhäusern umrahmt wurde, gibt nach seiner umfassenden Sanierung einen wertvollen Eindruck der Baurichtlinien des fürstlichen Bauamtes Bayreuth. Diese Baurichtlinien sind bis Mitte des 19. Jahrhunderts bestimmend geblieben; sie haben damit maßgeblich zum heutigen Ortsbild des Oberen Marktes beigetragen. Bei den in diesem Zeitraum entstandenen und bis heute erhaltenen Gebäuden handelt es sich durchwegs um zweigeschossige Sandsteinquaderbauten mit Walm- oder Mansardendächern, die an den Fensterbrüstungen oft mit reichhaltigem Steinschmuck verziert sind.

Weidenberg, heute staatlich anerkannter Erholungsort, hat derzeit über 6.800 Einwohner und ist mit allen Grundversorgungseinrichtungen ausgestattet. Weidenberg ist zudem Sitz einer Verwaltungsgemeinschaft, zu deren Gemeinden insgesamt über 10.000 Einwohner zählen.

Ganzheitlichkeit von Planung und Durchführung

Weidenberg, nach der zentralörtlichen Gliederung als Unterzentrum eingestuft, soll in seiner Grundversorgungsfunktion gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Schon sehr früh bediente sich die Kommune dabei des Instrumentariums der Städtebauförderung. Im Rahmen der „Vorbereitenden Untersuchungen zur Ortsanierung“ wurde durch die Bayerische Landessiedlung GmbH hierzu zunächst ein umfassendes Konzept zur Stärkung und Belebung des Oberen Marktes in Weidenberg erarbeitet, das - nach intensiver Ab-

stimmung mit den zuständigen Gremien und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern - als Leitbild der zukünftigen Ortsentwicklung gilt.

Die umfassenden Zielvorstellungen dieses Gesamtkonzeptes werden zusammenfassend im Städtebaulichen Rahmenplan dargestellt. In Weidenberg konnte die Umsetzung der Rahmenplanung in konkrete Einzelsanierungs-

stellungen der typischen Bauformen, behutsamer Umgang mit der überwiegend denkmalgeschützten Bausubstanz.

Sicherung des Gebäudebestandes

Eines der entscheidenden Ziele der Ortsentwicklungsphase war und ist - wiederum mit dem Ziel der Belebung dieses historischen Ortsteiles - der Erhalt bzw. die Neuan siedelung öffentlicher und halböffentlicher Einrichtungen im Sanierungsbereich. Dies be-

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

trifft neben dem Kultur- und Bildungswesen und der Sicherung kirchlicher und sozialer Einrichtungen insbesondere den Dienstleistungsbereich. Mit finanzieller Unterstützung diverser Förderprogramme ist es gelungen, die vorhandene erhaltenswerte Bausubstanz am Oberen Markt sowie im näheren Umfeld mit vielfältigen Einrichtungen zu belegen. So finden sich unter den sanierten Gebäuden - neben Kirche und Pfarramt - unter anderem folgende Nutzungen:

- ▶ ein gut frequentiertes Gemeindehaus (das so genannte Pimplerhaus), das ehemals auch Einrichtungen der Diakonie enthielt;
- ▶ die Verwaltungsgemeinschaft Weidenberg hat - trotz steigendem Raumbedarfs aufgrund umfangreicher Eingemeindungen - auf einen Rathausneubau verzichtet und nutzt statt dessen - neben dem ehemaligen Schulhaus - noch einige weitere Gebäude im Bereich des Rathausplatzes als Büroräume;
- ▶ eines des beeindruckendsten Gebäude am „Oberen Markt“ wird - nach umfassender Sanierung - als Bürgerhaus unter anderem für Zwecke der Volkshochschule und als gemeindlicher Empfangsraum genutzt;
- ▶ das „Alte Schloss“ steht als politische Bildungs- und Tagstätte des Bürgerforums Bayreuth zur Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen zur Verfügung;
- ▶ die „Scherzenmühle“ an der Unteren Au wurde auf Initiative des Fichtelgebirgsvereins zu einem sehenswerten Museum hergerichtet, das - nicht zuletzt durch

sonderen Anerkennung“ gewürdigt. Günther Beckstein (damals noch bayerischer Innenminister) überreichte seinerzeit als Schirmherr die Auszeichnung - zu Recht an Bürgermeister Fünfstück, der die Ortsanierung im besonderen Maße mitgetragen und vorange-

trieben hat.

Der Markt Weidenberg hat - auch durch die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel und in enger Zusammenarbeit mit den Fachleuten im Sachgebiet Städtebauförderung bei der Regierung von Oberfranken - die Revitalisierung des Ortskerns am Oberen Markt intensiv unterstützt. Er setzte damit die selbst gesteckten Ziele der Städtebaulichen Rahmenplanung aktiv in gemeinpolitisches Handeln um. Es liegt auf der Hand, dass dieser Prozess nicht abgeschlossen ist - die Stärkung des Ortskerns muss (gerade auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung) weiterhin das Ziel des weitsichtigen gemeindlichen Handelns sein. Die bisherigen, vor Ort sichtbaren Erfolge können hierzu Mut machen. □

Sicherung des Wohnbestandes

Die nachhaltige Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse im Sanierungsbereich ist ein vorrangiges Ziel aller Bemühungen zur Sanierung des Oberen Marktes. Die von der Marktgemeinde hierzu vorgesehenen (und weitgehend auch realisierten) Maßnahmen beinhalten daher gezielt auch den privaten Bereich.

Der Markt Weidenberg hat von Beginn der Ortsanierung an schwerpunktmäßig gerade solche Privatmaßnahmen finanziell unterstützt, die sich in den Rahmen des Gesamtkonzeptes einfügten und förderungswürdig schienen. Die ersten Gespräche - stets wirtschaftlich und planerisch begleitet von Sanierungsfachleuten - sind für den Bürger kostenlos und unverbindlich. Die umfassende Sanierungsbetreuung bietet den Eigentümern am Oberen Markt eine wichtige Hilfestellung bei der Abwicklung der Privatmaßnahmen - bis hin zur Unterstützung bei der Erstellung der Fördermitelanträge.

Sehenswertes Ergebnis

Das Ergebnis dieser Bemühungen ist sehenswert: Viele Gebäude wurden im Rahmen der Städtebauförderung behutsam und umfassend saniert und stehen heute als zeitgemäße Wohnungen zur Eigennutzung der Besitzer oder als vermietbarer Wohnraum zur Verfügung. Liebervolle Details, attraktiv gestaltete Fassaden, aufgewertete private Freiflächen

die regelmäßigen stattfindenden Handwerkspräsentationen - einen guten Einblick in das bäuerliche Leben und Arbeiten vergangener Zeiten bietet.

Verbesserung des Wohnumfelds

Große Anstrengungen wurden in den vergangenen Jahren in die gestalterische und funktionale Aufwertung der öffentlichen Freiflächen und Straßenräume unternommen. Dabei konnten zwischenzeitlich fast alle Neugestaltungen, die im Städtebaulichen Rahmenplan vorgesehen waren, in Angriff genommen werden.

In Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege wurden - im Rahmen einer übergreifenden Gesamtplanung - für die vielfach sehr unterschiedlich geprägten Teilbereiche des Oberen Marktes jeweils eigene Gestaltungskonzepte entwickelt. Die Materialwahl, die Gliederung der Flächen und die Gestaltung der Randbereiche orientiert sich jeweils an den örtlichen Gegebenheiten, der umgebenden Bausubstanz, der historischen Bedeutung und der gegenwärtigen Funktion.

Die vorhandenen Ausstattungen und Außenanlagen wie Brunnen, Mauern, Treppenanlagen und Keller wurden jeweils in die Neugestaltungen einbezogen und zum Teil umfangreich saniert. Sie geben den Plätzen und Straßenräumen ihre typische Prägung.

Zentrum des Oberen Marktes ist der so genannte Rathausplatz. Nach seiner umfassenden Sanierung dient diese Freifläche - neben der Nutzung für den ruhenden Verkehr - auch als Standort für zahlreiche Märkte und Veranstaltungen. Der Platz wurde unter der Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange in Teilbereichen mit dem historischen Kalksteinpflaster belegt und wieder intensiv durch großkronige Laubbäume begrünt.

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen am Rathausplatz ist es gelungen, zwischenzeitlich alle umgebenden Gebäude im Rahmen eines Fassadenprogramms gestalterisch aufzuwerten. Beim größten Teil dieser Gebäude nutzten die Eigentümer zudem die Chance zu einer grundlegenden Sanierung der gesamten Bausubstanz.

Sicherung des Wohnbestandes

Die nachhaltige Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse im Sanierungsbereich ist ein vorrangiges Ziel aller Bemühungen zur Sanierung des Oberen Marktes. Die von der Marktgemeinde hierzu vorgesehenen (und weitgehend auch realisierten) Maßnahmen beinhalten daher gezielt auch den privaten Bereich.

Der Markt Weidenberg hat von Beginn der Ortsanierung an schwerpunktmäßig gerade solche Privatmaßnahmen finanziell unterstützt, die sich in den Rahmen des Gesamtkonzeptes einfügten und förderungswürdig schienen. Die ersten Gespräche - stets wirtschaftlich und planerisch begleitet von Sanierungsfachleuten - sind für den Bürger kostenlos und unverbindlich. Die umfassende Sanierungsbetreuung bietet den Eigentümern am Oberen Markt eine wichtige Hilfestellung bei der Abwicklung der Privatmaßnahmen - bis hin zur Unterstützung bei der Erstellung der Fördermitelanträge.

Sehenswertes Ergebnis

Das Ergebnis dieser Bemühungen ist sehenswert: Viele Gebäude wurden im Rahmen der Städtebauförderung behutsam und umfassend saniert und stehen heute als zeitgemäße Wohnungen zur Eigennutzung der Besitzer oder als vermietbarer Wohnraum zur Verfügung. Liebervolle Details, attraktiv gestaltete Fassaden, aufgewertete private Freiflächen

Den Wandel gestalten:

„Entwickeln, planen und bauen in Oberfranken“

Im Rahmen der Tagung zur Zukunft der Gemeinden unter dem Motto „Den Wandel gestalten - entwickeln, planen und bauen in Oberfranken“, hob Moderator Ottmar Strauss, Stadtbaurat a. D. hervor, dass sich der Blick auf den Osten als durchaus gewinnbringend erwiesen habe. Schließlich habe dieser den demografischen Wandel, der nunmehr im Westen bevorstehe, bereits zum Teil erfolgreich mit Lösungskonzepten bewerkstelligt. Mit Projekten könne etwas bewegt werden, selbst negative Schandflecke aus der Vergangenheit seien auszumerzen.

Die Teilnehmer des Podiums - Leitende Baudirektorin Petra Gräbel (Regierung von Oberfranken), Prof. Ingrid Burgstaller (FH Nürnberg), Dr. Christiane Schilling (Amt für Ländliche Entwicklung Bamberg), Weidenbergs Bürgermeister Wolfgang Fünfstück (Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags, Bezirk Oberfranken) und Ministerialrat Jost Schulze (Sächsisches Staatsministerium des Innern) - waren sich einig, dass Handlungsbedarf dringend geboten sei, ehe die Innenstädte überaltern und die Aktiven wegziehen. Wie eine modellhafte Stadtsanierung aussehen kann, demonstrierte Jörg Streng, Leiter des Bereichs „Standortentwicklung und Städtebau“ der Bayerischen Landessiedlung am Beispiel des Marktes Weidenberg (siehe Aufmacher).

Bischofsgrüns Bürgermeister Stephan Unglaub und Bad Bernecks Stadtoberhaupt Bernd Albert verlangten, die Gewährung von Zuschüssen aus Fördertöpfen unbürokratischer und flexibler zu gestalten. Mit Blick auf die Agenda 21-Mitarbeit und weiteren Beispielen in seinem Ort meinte Unglaub, dass es an ehrenamtlichem Engagement nicht mangle. Ohne Fördertöpfe wäre dieser Enthusiasmus wohl aber nicht möglich. Deshalb müsse weiterhin von Seiten der Kommunen und des Gemeindetags Druck auf die Politiker ausgeübt werden. Wichtig für die Bürger und deren Motivation sei auch, dass ranghohe Politiker sich davon überzeugen könnten, was mit Zuschüssen und Engagement geschaffen worden sei, so die Erfahrung der Tagungsteilnehmer.

BDA-Stiftungsvorsitzendem Ulrich Karl Pfannschmidt war es schließlich vorbehalten, im Namen der Architekten neben dem Vorankommen bei der Sanierung alter Gebäude und historischen Ortskernen vor allem dafür zu plädieren, auch im Stile des 21. Jahrhunderts planen und bauen zu dürfen. **DK**

Das Konzept war bislang erfolgreich: wohl nicht zuletzt motiviert durch die hochwertige Umgestaltung der öffentlichen Räume und durch die gestalterische Aufwertung des Wohnumfeldes (aber natürlich auch durch die Anreize der finanziellen Förderungen) haben viele private Eigentümer ihren Beitrag zum Gelingen des Ortsanierung am Oberen Markt geleistet.

Erfolgreiches Konzept

Dies wurde im Rahmen der Städtebauförderung auch von der Obersten Baubehörde anerkannt; bereits vor einigen Jahren wurden die Sanierungsmaßnahmen des Marktes Weidenberg beim ersten Landeswettbewerb „Modellhafte Stadtsanierung“ mit einer „Be-

sonderen Anerkennung“ gewürdigt. Günther Beckstein (damals noch bayerischer Innenminister) überreichte seinerzeit als Schirmherr die Auszeichnung - zu Recht an Bürgermeister Fünfstück, der die Ortsanierung im besonderen Maße mitgetragen und vorange-

Genossenschaftspräsident Götzl:

Immobilienwerber brauchen Kreditsicherheit

Zunehmend verunsichert reagieren Kunden auf die Diskussion um den Verkauf von Immobilienkrediten durch Banken an Finanzinvestoren. Für Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, ist klar: „Der Verkauf eines Darlehens belastet die Kundenbeziehung. Deshalb darf das nicht ohne Not und nur nach eindeutig definierten Spielregeln geschehen.“ Das sei für die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken elementar.

„Damit das Vertrauen in die deutsche Bankenwelt nicht weiter leidet, ist es notwendig, dass der Kunde Vertragssicherheit hat“, so Götzl. Deshalb fordert er zum einen eine Selbstverpflichtung aller Banken in Deutschland, dass Kreditkunden im Falle des Falles über den Verkauf eines Darlehens informiert werden. Zum anderen solle es zu den Geschäftsprinzipien einer Bank zählen, dass nur dann ein Kredit verkauft werde, wenn garantiert sei, dass der Kreditkäufer nicht nur die Grundschuld erwerbe, sondern in Verbindung damit auch die so genannte Sicherungszweckerklärung übernehme. Das, so Götzl, stelle sicher, dass der Kreditnehmer zum Vertragspartner des Kreditnehmers werde. „Damit erhalten Immobilienwerber die für sie notwendige Sicherheit.“ □

STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

KOMMUNALE ENTWICKLUNG

WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Bayerische Landessiedlung®

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0
Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Gemeinde- und Projektentwicklung in Partnerschaft mit den Kommunen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Präsentation im Schwarzwald:

Echt Unimog!

Vorführung des U 20 - kompakt, zuverlässig, vielseitig und günstig

Dass der Unimog ein „Universal-Motor-Gerät“ (dafür steht die Abkürzung „Unimog“) ist, hat der U 20 - die neueste Schöpfung aus dem Hause Mercedes-Benz - jüngst im Schwarzwald bei einer Präsentation bewiesen. Erstmals 2006 auf der IFAT vorgestellt, startet jetzt die Markteinführung des kleinen Bruders aus der großen Unimog-Familie. „Der nächste Winter kommt bestimmt“, mutmaßte Martin Daum, Werksleiter der LKW-Produktion in Wörth. Er vermutet, dass die Schneefräsen auch in diesem Winter noch einiges zu tun haben werden. Der U 20 vereint die für den Unimog typische Hochgeländegängigkeit mit anspruchsvollem Kommunaleinsatz. Maximale Zuverlässigkeit und maximale Verwendungsfähigkeit sind die Charakterzüge des U 20.

Allradantrieb, Singlebereifung auch hinten, zuschaltbare Differenzialsperren, Portalachsen, Schraubenfedern, reichlich Leistungsreserven, Zapfwellen, Nebenabtriebe und eine leistungsstarke Hydraulik, komplettiert um den topaktuellen Stand der Lkw-Technik bei Sicherheit, Bedienung und Umweltverträglichkeit. Das macht den U 20 zum flexibel einsetzbaren Geräteträger ganz im Stil der beiden größeren Baureihen. Sein Vier-

gangene. Der U 20 ist die hoch attraktive Antwort. Ein neues Konzept liegt dem U 20 zugrunde. Kompaktes Chassis und die kleinere und dennoch geräumige (für drei Personen!) und dennoch komfortable Fahrerkabine harmonisieren mit allen ingenieurmäßigen Leistungen. Alle Geräte sind übersichtlich und bedienerfreundlich angebracht.

Die hohe Wendigkeit hat ihre Ursache im um 380 auf 2700 Millimeter verkürzten Radstand.

triebe ermöglicht Geschwindigkeiten zwischen 1,1 und 90 km/h bei Nenndrehzahl. Übrigens ist der U 20 der erste Frontlenker von Unimog.

Wechselnde Anforderungen

Gedacht ist der U 20 für wechselnde Anforderungen in den Kommunen, weniger für Arbeiten in dauernder Höchstleistung. Dafür sind die Geräte-träger der Baureihe U 300 bis U 500 wie geschaffen. Beim zulässigen Gesamtgewicht liegt der U 20 zwischen 7,5 und 8,5 Tonnen, die Achslasten sind mit 4,8 Tonnen vorn und hinten zur Aufnahme von Anbaugeräten großzügig bemessen.

In den Kommunen und Galabau-Betrieben in Deutschland sind derzeit noch rund 12 000 Unimog der Baureihen 424 und 427 mit den Typen U 1200 und U 1400 anzutreffen, produziert in der Zeit von 1982 bis 2000. Aber sie erfüllen heute nicht mehr die aktuellen Anforderungen an Ergonomie, Umweltverträglichkeit und Bedienfreundlichkeit. In diesem Leistungssegment tritt nun der U 20 an. Unimogs tun zwar treu ihren Dienst. Seit jeher ist ein Unimog kaum klein zu kriegen. Vollerorts stehen sie doch allmählich zur Ablösung an, um steigende Reparaturaufwendungen zu vermeiden.

Der U 20 kann neben dem Geräteeinsatz ein weiteres Plus für sich verbuchen: Als PS-starke und relativ leichte Zugmaschine hat er keine Mühe, bei voller Auslastung mit einer Anhängelast von bis zu 18 Tonnen hohe Durchschnittsgeschwindigkeiten zu fahren, das bedeutet Autobahnneigung ohne jede Einschränkung.

Ein Bedienpult für viele Geräte – der ISOBUS für die Baureihe U 300 – U 500

Eine Spezialität der Profigeräteträger U 300 bis U 500 ist der ISOBUS. Nach umfangreichen Praxiserprobungen ist dieses universelle System für die

Vergaberecht:

Einheimischenmodell auf EU-Prüfstand

Der bevorzugte Verkauf von Grundstücken an Ortsansässige ist ein seit langem hauptsächlich in Süddeutschland angewandtes und bewährtes Instrument, um vor allem in kleinen Gemeinden mit Zuwanderungsdruck den Wohnbedarf der einheimischen Bevölkerung gegen den Zuzug finanzkräftiger Bauwilliger abzusichern. Letztlich dienen diese Einheimischenmodelle gerade in ländlich geprägten Regionen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Erhaltung lebendiger Kulturlandschaften und der Sicherung attraktiver Gemeinden und Dörfer im ländlichen Raum.

Aus ähnlichen Motiven hat auch die Gemeinde Selfkant in Nordrhein-Westfalen bzw. die Entwicklungsgemeinschaft Selfkant mbH (EGS) unterschiedliche Bedingungen für Grundstücksverkäufe an Ortsansässige und Nichtortsansässige festgelegt; Ortsansässige zahlen niedrigere Grundstückspreise als Nichtortsansässige. Allerdings, so die CSU-Europaabgeordnete Dr. Angelika Niebler gegenüber der GZ, sieht die EU-Kommission darin einen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht und beruft sich dabei auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Dieser habe befunden, dass eine Maßnahme, die eine Entscheidung aufgrund des Wohnsitzes trifft, sich hauptsächlich zum Nachteil der Angehörigen anderer Mitgliedstaaten auswirke, da die Gebietsfremden meist Ausländer seien. Die Bundesregierung hält dagegen die Bedin-

gungen, zu denen die EGS Grundstücke verkauft, im Wesentlichen gemeinschaftsrechtlich für unbedenklich, da sie der Erhaltung einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur dienen.

Die rechtliche Zulässigkeit derartiger Einheimischenmodelle ist inzwischen nicht mehr umstritten. In einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.2.1993 zum sog. Weilheimer Modell heißt es dazu u. a., dass die sozialpsychologische Bedeutung einheimischer Bevölkerungsteile für Bestand und Entwicklung eines Gemeinwesens, vor allem in den Gemeinden kleineren Zuschnitts, von der Struktur der Grundeigentümer beeinflusst werden kann. Daher sei es grundsätzlich gerechtfertigt, entsprechende, die Eigentümerstruktur betreffende Maßnahmen durchzuführen.

Vor diesem Hintergrund gibt die Auffassung der EU-Kommission, die Regelungen zum Grundstücksverkauf in der Gemeinde Selfkant seien diskriminierend und verstießen gegen Gemeinschaftsrecht, Anlass zur Sorge. Zwar richtet sich das Vertragsverletzungsverfahren ausschließlich gegen die Grundstücksverkaufspraxis in Selfkant. Doch sollte sich die Auffassung der Kommission durchsetzen, stünden alle sog. Einheimischenmodelle auf dem Prüfstand und müssten gegebenenfalls, je nach Gestaltung der Modelle im Einzelnen, aufgehoben oder geändert werden – mit unabsehbaren Folgen für die Kommunalentwicklung. **DK**



Ein extrem starkes Team: Die gesamte Unimog-Familie und eine große Bandbreite an Aufsatz-Geräten decken jeden individuellen Bedarf für den Kommunaleinsatz - im Winter und im Sommer.

zylinder-Motor der Baureihe 904 LA mit 110 kW (150 PS) spiegelt - wie bei der gesamten Nutzfahrzeugpalette von Mercedes-Benz - einen sehr hohen Stand der Abgasteknik wider. Die Unimog verfügen über BlueTec-Technologie, erfüllen die Abgasregelung Euro 4 und garantieren außerdem einen sehr niedrigen Feinstaubausstoß.

Die starken Seiten des „kleinen“ Unimog

„Macht den Unimog kleiner!“ war die Forderung der Kunden. Der Konzern ist darauf einge-

Der U 20 verfügt im Gegensatz zum U 300/U 400/U 500 über ein vollverzinktes Ganzstahlfahrerhaus aus der Großserie im Hause Mercedes-Benz. Zum Raumkonzept des U 20 gehört auch eine formschön angepasste Staubbox hinter dem Fahrerhaus. Zweikreis-Kommunalhydraulik, Zapfwellen-Getriebe vorn, Nebenabtrieb vom Getriebe und die Frontanbauplatte vervollständigen optional die Ausrüstung und erlauben die Nutzung einer Vielzahl von Geräten. Motor, Getriebe, Achsen und die Einzelbereifung stammen aus dem Unimog-Baukasten. Das Achtgang-Ge-

Gerätebedienung in die Serienfertigung gegangen. Es ermöglicht eine einheitliche Bedienung völlig verschiedener An- und Aufbaugeräte über Drehknöpfe und Drucktasten. Über eine genormte (ISO) Schnittstelle erfolgt die Datenübertragung zwischen ISOBUS-Terminal im Fahrerhaus und dem Geräte-Controller am Anbaugerät. Die Daten werden gespeichert und stehen jederzeit zum Abruf bereit. Verschiedene Anbaugeräte lassen sich so ohne Vorprogrammierung und ohne Umstellung der Software mit einem Bedienterminal steuern. Das hohe Maß an Kompatibilität wird ab diesem Frühjahr noch erweitert durch die eine GPS-gestützte Einsatzdatenerfassung, als Grundlage für Leistungsnachweise, zum Beispiel im Winterdienst oder für die Abrechnung privater Dienstleister.

Spezialisten unter sich

Der Unimog kommt aus einem „Werk im Werk“. Der Produktbereich Sonderfahrzeuge (PBS) verfügt im Mercedes-Benz Werk Wörth, Standort der größten Lkw-Fertigung Europas, über eine eigene Fertigungsstraße. 750 Mitarbeiter sind damit beschäftigt, im Jahr rund 2000 Mercedes-Benz Unimog und 1000 Mercedes-Benz Eonic zu bauen, ein vornehmlich auf die Ab-

fallentsorgung zugeschnittenes Lkw-Fahrgestell. Man ist in vielen Branchen zu Hause, wird der Mercedes-Benz Unimog doch in sehr unterschiedlichen und oft extreme Anforderungen stellenden Einsatzfeldern genutzt, ob nun der neue U 20, die Geräteträger U 300, U 400 und U 500 oder die Fahrgestelle der hochgeländegängigen Baureihe U 3000, U 4000 und U 5000. Neben Winterdienst und Grünflächenpflege

und weiteren Anwendungen im Garten- und Landschaftsbau haben sich die Unimog aus Wörth bei der Waldbrandbekämpfung, bei der Baumverpflanzung, beim Profilieren von Gräben und Bohren von Erdlöchern, Rangierarbeiten auf der Schiene oder Rettungsdiensten in unwegsamem Gelände bewährt. Der U 20 ist kompakt, zuverlässig, vielseitig und günstig, also ein echter Unimog! **□**

Sieben U 20 mit 10 Geräten im Einsatz

Anlässlich der Präsentation wurden acht Unimog U 20 vorgestellt, sieben davon waren mit verschiedenen Ausrüstungen und Gerätekombinationen ausgerüstet:

► Winterdienstkombination mit Schneepflug CMP3 und Streuautomat Stratos FST 14 der Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH, St. Blasien.

Der einscharige Schneepflug aus Stahl schafft eine Räumbreite von 2540 Millimetern und ist für die Räumung von mittleren und größeren Schneemengen geeignet. Der Streuautomat fasst 1,4 Kubikmeter Salz plus 700 Liter Sole.

► Winterdienstkombination mit Seitenschleuder HSS von Schmidt.

Die Seitenschleuder ist

ideal geeignet um Randwälle, die innerorts und auf Landstraßen bei mehrfacher Durchfahrt mit Schneepflügen entstehen, zu beseitigen. Es können große Schneemengen von bis zu 500 t/h bei einer Räumbreite von 1,8 m und -höhe von 1,2 m entweder auf Lkw verladen oder bis zu 35 m frei ausgeworfen werden.

► Winterdienstkombination mit Schneepflug HES 250 und Streuautomat STA 1400 TC auf der Pritsche von Gmeiner (Kümmersbrück).

Der Schneepflug verfügt auf-

(Fortsetzung auf Seite 11)



Den Unimog U 20 live erleben.

Auf der Unimog-Leistungsschau Winter 2008.

Schneefall vor dem Berufsverkehr, vereiste Kreuzungen. Die Anforderungen im Winterdienst sind extrem groß. Die Lösung ist besonders kompakt, wendig und günstig im Preis: Der Unimog U 20 ist da. Ein echter Mercedes-Benz Unimog, doch mit bis zu 7,5/8,5 t Gesamtgewicht eigens konzipiert für die Aufgaben in Kommunen oder als ideale Ergänzung

Ihres Fuhrparks. Neugierig? Dann überzeugen Sie sich selbst – auf der Unimog-Leistungsschau Winter 2008.

Ganz in Ihrer Nähe.

- 14.2. Bopfingen
- 19.2. Inzell
- 21.2. Bischofsgrün

www.mercedes-benz.com/neuer-U20



Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 0 94 53/99 11-10, Fax: 0 94 53/99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 0 92 21/5 07-0, Fax: 0 92 21/8 44 81
E-Mail: info-ugv@beuthauser.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 0 89/12 06-61 00, Fax: 0 89/12 06-61 27
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 07 31/97 56-2 14, Fax: 07 31/97 56-4 10
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com



Dass das Sprichwort „Einigkeit macht stark“ einen wahren Kern hat, demonstrieren im Schwarzwald erneut die Teams von Mercedes-Benz Unimog gemeinsam mit zahlreichen Zulieferfirmen, die für jeden individuellen Bedarf Ansatz-, Aufsatz-, Vorsatz- und Zusatzgeräte liefern - und zwar für alle Unimog-

Baureihen. Unsere Bildergalerie zeigt (v. l.) den neuen U 20 gemeinsam mit einem „großen Bruder“, Vorsatzgeräte der (Schwester-)Firmen Schmidt aus St. Blasien und Beilhack aus Kiefersfelden, sowie einen Feuchtsalzstreuer von Gmeiner aus Kümmersbruck. □

Sieben U 20 ...

(Fortsetzung von Seite 11)

grund seiner 3-Schare in Verbindung mit einer Elastomer-Aufhängung über einen ruhigen Lauf, der sich insbesondere beim innerörtlichen Einsatz positiv bemerkbar macht. Die Räumbreite erreicht 2,5 m bei 30° Schrägstellung.

Hinter der Bezeichnung TC verbirgt sich das Twin-Concept-Prinzip, bei dem mit zwei parallel laufenden Förderschnecken eine extrem flache Bauweise erreicht wird. Die niedrige Bauweise hat wiederum einen niedrigen Schwerpunkt, gute Fahreigenschaften und gute Sicht nach hinten zur Folge. Der Streuautomat kann 1,4 Kubikmeter Trockenstoff aufnehmen und nutzt damit die Zulademöglichkeiten des U 20 in Verbindung mit einer Pritsche optimal aus.

► Gmeiner Frässhleuder GFS 750, Borwänderhöhung vorn (Söder).

Bei einem Fräströmdurchmesser von 750 mm und einer Arbeitsbreite von 2,5 m deckt dieses schwere Arbeitsgerät die volle Fahrzeugbreite des Unimog ab. Man spricht deshalb auch von einer Vollfräse. Besonders geeignet für den gelegentlichen Einsatz bei frischen Schneeverwehungen oder großen Mengen an Neuschnee sind Wurfweiten von bis zu 30 m erreichbar. Optional kann auch ein um 210° drehbarer Verladekamin zum Abtransport des Schnees per Lkw genutzt werden. Die schräge Erhöhung der vorderen Pritschen-Bordwand ist ein nützliches Zubehör, wenn es um den häufigen Transport von Schüttgütern wie Sand, Splitt oder Schotter geht. Zum einen schützt die Bordwänderhöhung Fahrgestell und Staubbox bei der Beladung durch Radlader oder Bagger, zum anderen verhindert sie das „Schwappen“ oder Rutschen der Schüttgüter über die Bordwand beim Bremsen.

► Frontausleger Mähgerät von Mulag (Oppenau) MFK 400 mit Mähkopf MK 1100 und Torsionsrahmen.

Diese Mähgerät wurde speziell für den Unimog U 20 und die Mähaufgaben in der Kommune neu entwickelt. Das Frontauslegermähgerät bietet eine Querverschiebung von 1500 Millimetern und wird über die Frontzapfwelle angetrieben. Die Reichweite beträgt 5,1 m ab Fahrzeugmitte und ist sowohl im Rechts-, wie im Linksbetrieb einsetzbar. Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse lässt sich der Ausleger schräg nach vorn schwenken.



Die bewährte Technik funktioniert natürlich auch im Sommer. Der Unimog U 20 hat aber weniger Fahrzeuggewicht, größere Wendigkeit und einen niedrigeren Preis als die großen Brüder U 300, U 400 und U 500.

Ein vom Fahrerplatz hydraulisch sperrbarer Torsionsrahmen verhindert eine Schräglage bei der Arbeit durch den seitlichen Ausleger.

► Kombination für Landschaftspflegearbeiten mit Holzhäcksler HF 200 von Dücker (Stadtlöh), niedriger Pritsche (Söder) und Ballastgewicht (Dücker) am Heck.

Der Häcksler ist für eine Holzstärke von 200 Millimetern ausgelegt und wird über die Frontzapfwelle des Unimog angetrie-

ben. Drei Messer zerkleinern bis zu acht Kubikmeter Holz in der Stunde. Die Pritsche der Fa. Söder ist komplett aus Stahl gefertigt und baut sehr niedrig. In Verbindung mit der neuen kleinen Bereifung 315/60 R22.5 kann eine Ladehöhe von ca. 1,15 m erreicht werden, was sich besonders beim häufigen Beladen mit der Hand/Schaufel positiv bemerkbar macht. Optional bietet die Fa. Söder auch hohe Bordwände an, so dass ein sogenannter Hackschnitzelaufbau entsteht und die gewonnenen Holz-Hackschnitzel mit derselben Kombination auch transportiert werden können.

► Kombination mit Frontseilwinde F64.1 und Palfinger Ladekran PK 6001 auf Twistlock-System von Werner (Trier).

Der hinter dem Fahrerhaus montierte Kran ruht auf einem separaten Rahmen mit speziellen Stützen. Das erleichtert die häufige Ladearbeit im kommunalen Betrieb und dem Garten- und Landschaftsbau. Die hydraulischen Stützen verschwinden durch ein patentiertes teleskopisches Prinzip komplett in der Fahrzeugkontur und stehen nicht seitlich über. Die Leistungen: maximal 700 kg bei 7,2 m Reichweite. Die beidseitige Flursteuerung kann auf Wunsch durch eine Funkfernsteuerung ergänzt werden. Ebenfalls ist eine Schlauchrüstung für den Greiferbetrieb erhältlich.

Der gesamte Kranaufbau ist über Container-Twistlock-Verschlüsse schnell wechselbar mit dem Fahrgestell verbunden und kann innerhalb von Minuten z.B. gegen einen Streuautomat von Gmeiner (STA 1500 TCFS) für

den Winterdienst ausgetauscht werden. Somit steht dann die volle Nutzlast des Unimog für Streumittel zur Verfügung: 1,5 Kubikmeter Trockenstoff und 650 Liter Sole.

Die meisten der gezeigten U 20 verfügen über die ab Werk lieferbare Staubox, die das Mitführen von Werkzeugen, Schneeketten oder persönlicher Schutzbekleidung wesentlich erleichtert.

Die weiteren Fahrzeuge der Leistungsschau:

► U 290 mit Winterdienstkombination von Schmidt

(Cirron SL 32, Streuautomat Mito FST 17)

► U 300 mit Frontkehrmaschine SFK 2200 von Dücker und Stratos FST 17 Streuer von Schmidt

► U 400 mit Böschungsmäher und Astschere am Ausleger DUA 700 von Dücker, außerdem Astabweiser und Glasdach für Schutz und perfekte Sicht beim Astschneiden und Tunnelwischen und Ladekran 035-2 von Hiab

► U 400 mit Schmidt-Ausrüstung für den Winterdienst (Variop Schneepflug KL-V 32, Streuautomat Mito FST 25)

► U 400 mit Schneepflug GVS 250 und Streuautomat STA 3000 von Gmeiner

► U 400 Böschungsmäher MFK 500 und Freischneidegerät 2000 von Mulag sowie Streuautomat Mito FST 30 von Schmidt für Arbeiten in der Übergangszeit, mit ISOBUS-Bediensystem

► U 500 mit Schneepflug GLC 270 und Streuautomat STA 4400 von Gmeiner.

► U 500 mit Frässhleuder FS 105, Streuautomat Stratos Integral S 44, ISOBUS-Bedienterminal

► sowie ein Mercedes-Benz Axor 1833 4x4 (Schneepflug GLS 270 und Streuautomat STA 6000 Gmeiner) und ein Axor 1833 4x4 (Schneepflug MS 34 und Streuautomat Stratos 50 Schmidt). □

Gmeiner GmbH:

Produktprogramm für den neuen Unimog U 20

Der neue Unimog U 20 kommt und Gmeiner, der bayerische Winterdiensthersteller aus Kümmersbruck, hat sein Produktprogramm rechtzeitig auf das neue Kommunalfahrzeug von Mercedes-Benz ausgerichtet. In Schluchsee im Schwarzwald präsentierte Gmeiner eindrucksvoll modernste Winterdiensttechnologie für den neuen Unimog.

Je nach Fahrzeugausstattung können verschiedene Trockenstoff- und Feuchtsalz-Streuautomaten aus der bekannten Baureihe TwinConcept sowohl auf die Ladebrücke als auch auf den Pritschenzwischenrahmen des U 20 aufgebaut werden.

Für den Aufbau auf die Ladebrücke bietet Gmeiner den STA 1300 TC FS mit 1,3 m³ Trockenstoffvolumen und ca. 500 Liter Flüssigsalz an. In der Trockenstoffvariante kann auf einen Streuautomaten mit 1,7 m³ Behältervolumen zurückgegriffen werden.

Verschiedene Varianten

Soll der Streuautomat auf den sogenannten Pritschenzwischenrahmen montiert werden, erhöht sich die Nutzlast durch die fehlende Ladebrücke um ca. 400 kg. In diesem Fall bietet Gmeiner den STA 1500 TC Feuchtsalzstreuer mit 1,5 m³ Trockenstoff und entsprechendem Feuchtsalzvolumen an. Entschieden sich der Kunde für einen Trockenstoffstreuer, kann er hier auf den STA 1800 TC mit 1,8 m³ Behältervolumen zurückgreifen.

Die optionale Ausstattung der Baureihe TwinConcept ist bekannter Weise sehr umfangreich. Vom zweigeteilten Klappdach mit Edelstahl-Rahmen bis hin zur elektronischen Streubildverstellung stehen dem Kunden die gleichen Ausstattungsvarianten wie bei den Streuern für die größeren Unimog-Modelle zur Verfügung.

Die Bedienung der Streuautomaten erfolgt, je nach Ausstat-

tungswunsch, über wahlweise vier verschiedene Bedienpulte (EWA, Standard, Premium oder CAN-Bus), die allesamt höchsten Bedienkomfort ermöglichen.

Pflugprogramm

Um die Winterdienstqualitäten des neuen Unimog voll auszunutzen, bietet Gmeiner ferner ein umfangreiches Pflugprogramm für den jüngsten Sprössling von Mercedes-Benz an. Zwei Pflugvarianten stehen zur Verfügung:

Bei der Baureihe GMP handelt es sich um 2-scharige Pflüge, die für den leichten bis mittleren Winterdienstinsatz konzipiert wurden und bereits bei verschiedenen Kommunalfahrzeugen zum Einsatz kommen. Der GMP 240 hat eine Scharbreite von 2.760 mm und erreicht somit eine Räumbreite von 2.390 mm. Der GMP 260 ist mit einer Scharbreite von 3.000 mm allemal auf eine Räumbreite von 2.600 mm ausgerichtet.

Die Baureihe HES sind 3-scharige Pflüge, die auch den anspruchsvollsten Winterdienstler zufriedenstellen werden. Diese Baureihe wird ebenfalls in zwei Baugrößen angeboten. Da wäre zum einen der HES 230 mit einer Scharbreite von 2.720 mm. Dies entspricht einer Räumbreite von 2.300 mm bei 30° Schrägstellung. Der HES 250 ist größer dimensioniert und erreicht damit eine Scharbreite von 2.840 mm und eine Arbeitsbreite von 2.500 mm.

Weitere Infos unter: www.gmeiner-online.de. □

SCHMIDT

Das komplette Winterdienst-Paket auch für den U20!

SCHMIDT bietet neben der bewährten Gerätevielfalt jetzt auch für das neue Trägerfahrzeug von UNIMOG den U 20 mit Geräten und Maschinen zur Schneeräumung und Glättebekämpfung ein komplettes Winterdienstprogramm. Dieses Winterdienstprogramm umfasst:

Schneepflüge
Streuautomaten
Seiten-Schneeschleuder
Anbau-Schneefrässhleuder

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH

Albtalstraße 36 • 79837 St. Blasien
Telefon: + 49 (0) 76 72 412-0 • Telefax: + 49 (0) 76 72 412-230
E-Mail: info@schmidt-swk.de • Internet: www.schmidt-automotive.de



Verborgene Schätze im Wald

„In Boden und Stein - Denkmäler im Wald“, so lautet das Thema einer neuen Broschüre der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF), die jetzt von Forstminister Josef Müller in München vorgestellt wurde. Das aufwändig gestaltete Heft informiert auf 50 Seiten über die in bayerischen Wäldern verborgenen Zeugnisse längst vergangener Kulturen. „Unter dem Bewuchs haben sich die unterschiedlichsten Denkmäler aus über 3.000 Jahren Menschheitsgeschichte in erstaunlicher Vielfalt und besonders gutem Zustand erhalten“, so der Minister. Zum reichen Denkmalbestand in Bayerns Wäldern zählen beispielsweise der Limes, bronzezeitliche Grabhügel, aber auch Reste von Wegen oder Wasserkanälen.

Wissenschaftler wie der Abteilungsleiter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, Dr. Walter Irlinger, fassen die Ge-

sichte wichtiger Bodendenkmäler in griffiger Form für die Leser zusammen. Gleichzeitig liefern die Experten wertvolle Erkenntnisse, wie die Kulturgüter am besten erhalten und geschützt werden können. Mit dieser neuen Broschüre soll laut Müller bei Waldbesitzern und -besuchern der Blick für die häufig unscheinbaren Zeugen der Vergangenheit geschärft werden. Zusätzlich will man Impulse für einen sensiblen Umgang mit den Denkmälern geben, denn: „Nur was die Menschen kennen, lernen sie auch schätzen. Und nur was sie schätzen, werden sie auch schützen.“

Interessenten können die Broschüre kostenlos bei den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten beziehen oder im Internetangebot des Zentrums Wald Forst Holz Weihenstephan unter www.forstzentrum.de abrufen. □

Zukunft des Wohnungsbaus in Bayern:

Impulse setzen!

Pressegespräch von Innenministerium, Baugewerbeverbänden und Landesbodenkreditanstalt in München

Anlässlich eines gemeinsamen Pressegesprächs des Bayerischen Innenministeriums, der Bayerischen Baugewerbeverbände und der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt in München zur Zukunft des Wohnungsbaus in Bayern betonte BBV-Präsident Helmut Hubert die Notwendigkeit starker Impulse für den Wohnungsbau angesichts des historischen Tiefs der Baugenehmigungszahlen. Er forderte konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen.

„Wir brauchen angesichts des historischen Tiefs der Baugenehmigungszahlen dringend starke Impulse für den Wohnungsbau. Die Rahmenbedingungen müssen besser werden“, forderte Hubert. Er zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Bundesregierung den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren erschwert hat. „Die ersatzlose Abschaffung der Eigenheimzulage, die Streichung der degressiven Abschreibung, die gestiegene Mehrwertsteuer und die immer wieder hinaus geschobene Einbeziehung der Wohnimmobilien in die geförderte Altersvorsorge haben den Wohnungsbau fast zum Erliegen gebracht. Er ist derzeit weder für Eigenheimbauer noch für Investoren attraktiv“, konstatierte der Präsident. Die Zahl der Baugenehmigungen in Bayern war 2007 im Vorjahresvergleich um über 30% gesunken.

Initiative des Freistaats

Hubert begrüßte deshalb die von Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike vorgestellte Initiative des Freistaats, mit Wohnungsbau-, Zinsverbilligungs- und Modernisierungsprogrammen Neubau, Erwerb und Modernisierung von Wohnungen künftig stärker zu fördern. Er wies aber auch darauf hin, dass diese Programme bislang der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Außerdem müssten sie erweitert werden, um den Wohnungsbau nachhaltig anzukurbeln.

Altersgerechte Wohnungen

So sei es notwendig, den Neubau altersgerechter Wohnungen als ein gleichwertiges und förderwürdiges Element der Wohnungsbaupolitik anzuerkennen. „Die Förderung altersgerechter und energetisch den klimapolitischen Zielen entsprechenden Ersatzneubauten ist sinnvoll, weil das selbständige Wohnen im Alter unschwer mit niederschweligen Betreuungsangeboten verbunden werden kann.“

Höhere Lebensqualität

Diese bieten im Verhältnis zur Unterbringung alter Menschen in stationären Altenheimen nicht nur eine höhere Lebens-

qualität, sondern entlasten auch die Pflegekassen und stärken gerade in Klein- und Mittelzentren innerstädtische Standorte“, begründete Hubert die Forderung des Baugewerbes. Von den ca. 39 Millionen Wohnungen in Deutschland sind nur etwa 250.000 mit einem altersgerechten Standard ausgestattet.

Mehr Bauland ausweisen

Hubert forderte außerdem die Kommunen auf, wieder mehr Bauland auszuweisen. Die zu geringe Ausweisung von Bauland habe in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich Bauland stark verteuert habe. Von 1996 bis 2005 stiegen die durchschnittlichen Baulandpreise in Bayern von 100 auf 220 Euro. Allein von 2003 bis 2004 gab es einen Anstieg von 14%, während im gleichen Zeitraum der Verbraucherpreisindex nur um 4,3% stieg. Vor allem in den großen Städten und Ballungsräumen hat sich in den vergangenen Jahren der Anteil der Baulandkosten an den Wohnungs- und Hauspreisen immer mehr erhöht, während der Anteil der Baukosten zurückging.

Steuerliche Absetzbarkeit

Als dritte wichtige Maßnahme zur Förderung des Wohnungsbaus forderte Hubert die Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen. „Von der 2006 eingeführten Absetzbarkeit handwerklicher Modernisierungs- und Erhaltungsleistungen für selbst genutzte Wohnungen von der Steuerlast gingen positive Impulse aus. Die wohnungsbau- und beschäftigungspolitisch guten Wirkungen dieses Instruments sollten deshalb verstärkt werden, indem der maximale Abzugsbetrag von der Steuerschuld für allgemeine haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflegedienstleistungen und Handwerkerleistungen einheitlich auf 25% von 12.000 Euro – dies entspricht 3.000 Euro – angehoben wird“, hob Hubert hervor.

„Die Wohnraumförderung des Freistaates Bayern bietet attraktive Programme für den Bau oder Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen sowie den Bau oder die Modernisie-

rung von Mietwohnungen. Bayern stellt im Jahr 2008 nahezu 200 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung. Angesichts rückläufiger Baugenehmigungen und gleichzeitiger Zunahme der Haushalte will der Freistaat gemeinsam mit den Partnern am Bau neue Impulse im Wohnungsbau setzen. Dazu wollen wir deutlich machen, wie die Wohnungsbauprogramme helfen können“, erklärte seinerseits Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike.

Die Baugenehmigungszahlen sind von Januar bis November 2007 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 31 Prozent auf 35.100 gesunken. Demgegenüber hält Bayern die Wohnraumförderung auf hohem Stand. Das Bayerische Wohnungsbauprogramm, das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm sowie das Bayerische Modernisierungsprogramm unterstützen den Neubau und Erwerb sowie die Modernisierung von Wohnungen.

Auskünfte zur Wohnraumförderung erhalten Bauherren und Investoren im Internet unter www.wohnen.bayern.de sowie von den Bezirksregierungen oder den Kreisverwaltungsbehörden (Landratsämter oder kreisfreie Stadt), wo auch die Förderanträge gestellt werden können.



Landrat Günther Denzler und Pater Titus Wegener bei der Segnung der beiden Fahrzeuge.

Fahrzeuge für den Katastrophenfall

Besser gerüstet im Katastrophenfall ist der Landkreis Bamberg, nachdem zwei neue Fahrzeuge angeschafft wurden: Eines übergab Landrat Dr. Günther Denzler an die Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (UG-ÖEL); das andere steht ab sofort der Unterstützungsgruppe der Sanitätseinsatzleitung (UG-SanEL) beim Malteser Hilfsdienst zur Verfügung.

Die beiden Fahrzeuge sind vorwiegend mit Kommunikationstechnik ausgestattet, um die Weisungen und Hilfeersuchen der Einsatzleitungen schnell und zielgerichtet weiterleiten zu können.

Für rund 63.000 beschaffte der Landkreis Ersatz für ein inzwischen 24 Jahre altes Fahrzeug, das noch aus Bundesmitteln finanziert worden war. Inzwischen hat sich der Bund aus diesem Bereich des Katastrophenschutzes zurückgezogen, so dass nun die Landkreise selbst für die notwendige Ausstattung sorgen müssen. Für das UG-SanEL-Fahrzeug musste der Malteser Hilfsdienst auf-

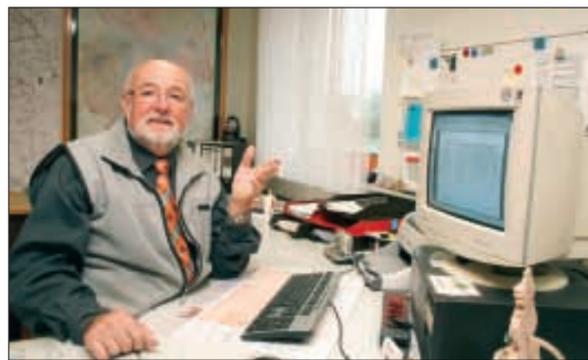
Spielräume schaffen

Wie Heike bemerkte, „dienen die bayerischen Programme auch dem Klimaschutz durch die Förderung energiesparender Maßnahmen“. Mit dem seit 1. Mai 2007 in Kraft getretenen Bayerischen Wohnraumförderungsgesetz habe Bayern als erstes Bundesland die neuen Kompetenzen im Rahmen der Föderalismusreform umgesetzt.

„Das neue Gesetz bietet insbesondere bei der Förderung altergerechter Wohnformen und bei der Schaffung sozial stabiler Bewohnerstrukturen mehr Spielräume“, fasste Heike zusammen. Zum 1. Januar 2008 seien neue Wohnraumförderungsbestimmungen in Kraft getreten. Nun könnten Familien mit einem Zuschuss von 1.500 Euro je Kind rechnen. Auch die Anpassung von Wohnraum an die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung könne jetzt mit einem Zuschuss von 10.000 Euro unterstützt werden.

Fördermittel für 2008

Für das Jahr 2008 stellt der Freistaat erneut Fördermittel auf dem Niveau des Vorjahres von nahezu 200 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt hat Bayern in den vergangenen 15 Jahren Wohnraumfördermittel in Höhe von über fünf Milliarden Euro bereitgestellt. Damit förderte das Land über 60.000 Mietwohnungen, knapp 75.000 Eigenwohnungen und knapp 25.000 Plätze in Alten-, Behinderten- und Studentenwohnheimen.



Sachgebietsleiter Karl-Heinz Rieger.

Ostalbkreis setzt auf Telematik

Nach dreijähriger Pilotphase wurden mehr als 50 Mobidat Telematiksysteme in die Fahrzeuge installiert

Der Ostalbkreis hat sein Ziel erreicht. Seit dem Winter 2007/2008 stützt sich der Straßenbetriebsdienst komplett auf Telematik. Nun steht in den Fahrzeugen und Straßenmeistereien ein individuelles System zur Verfügung, das kaum noch Wünsche offen läßt und die Geschäftsprozesse auch für die beteiligten privaten Dienstleister erheblich vereinfacht hat.

„Wir brauchen eine automatisierte Lösung!“ So nüchtern wie konsequent bringt Karl-Heinz Rieger die Problematik auf den Punkt. Als Sachgebietsleiter im Landratsamt des Ostalbkreises erlebt er, wie die Organisations- und Verwaltungsaufgaben zunehmen, während die Personalstärke eher abnimmt. Zeitraubende Routinepflichten wie Abrechnung und Berichtswesen im Straßenbetriebsdienst sollten Computer möglichst vollständig übernehmen. „Mit der Entscheidung für das Telematiksystem „Mobidat“ haben wir einen großen Sprung gewagt und eine für uns ideale Lösung realisiert“, faßt Karl-Heinz Rieger zusammen. Im Winter- und Sommerdienst, sowie in den sieben Streckenkontrollfahrzeugen verichten die Mobidats vollautomatisch, fast unscheinbar ihren Dienst. Sämtliche Aufzeichnungen senden sie, ohne dass der

Fahrer groß etwas unternehmen muss, zur Weiterverarbeitung an die Mobidat-Zentrale im Internet. Minuten nach der Fahrt stehen detaillierte Protokolle auf der Internetplattform zur Verfügung. Mühseliges Notieren oder Tippen von Raum- und Streubereichen, Einsatznachweisen und Rechnungen gehört der Vergangenheit an. Fazit des Straßenbetriebsdienstexperten Karl-Heinz Rieger: „Wir konnten fast alles auslagern, was Mühe macht. Dadurch ist unsere Arbeit schneller, effizienter und flexibler geworden.“ Folgerichtig blickt er schon auf die nächsten Entwicklungsschritte. „Wir würden gerne auch die Einsatzplanung und Leistungsbetriebskostenabrechnung auf die Internetplattform bringen.“ Das Potenzial für eine konsequente Anwendung von Telematik mit der Firma MOBILKOMMUNALFAHRZEUGE Telematik GmbH sei enorm.

MOBIL KOMMUNALFAHRZEUGE
EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN

KIEFER GMBH
POSTFACH 1246
84402 DORFEN
TELEFON: (08981) 414-0
TELEFAX: (08981) 414-99
www.kiefergmbh.de

Erfassung Übermittlung Auswertung

Merkmale von MOBIDAT:

- ✓ Störungsfreier Dauerbetrieb
- ✓ Einfachste Anwendung
- ✓ Kundenspezifische Auswertungen
- ✓ Weiterverarbeitung der Daten
- ✓ Erfassung sämtlicher Anbaugeräte
- ✓ Günstige drahtlose Datenübertragung
- ✓ Patentgeschütztes System

Starten Sie durch, mit effizienter Betriebsdatenerfassung.

Profitieren Sie von der nutzenbringenden Auswertungssoftware. Erstellen Sie verständliche Analysen und Tourenverfolgungen auf Knopfdruck.

Tel. 0 80 35/9 64 63-0 · www.mobidat.de

Jetzt testen!

Besuchen Sie uns auf der IFAT 2008 in der Halle B4 / Stand 406-1

„Unterfränkische Kulturtag“ im Landkreis Miltenberg:

„Tag der Franken“ als Höhepunkt

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Miltenbergs Landrat Roland Schwing und dem 1. Bürgermeister von Miltenberg, Joachim Bieber, umriss Bezirksratspräsident Erwin Dotzel das Programm der „Unterfränkischen Kulturtag“, die heuer vom 28. Juni bis 13. Juli ebenfalls in Stadt und Landkreis Miltenberg stattfinden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem „Tag der Franken“, der am 6. Juli erstmals in Unterfranken begangen wird.

Der „Tag der Franken“ geht zurück auf einen Beschluss des Bayerischen Landtags vom Mai 2005. Damit soll an ein historisches Datum erinnert werden. Am 1. Juli des Jahres 1500 wurde nämlich auf dem Reichstag von Augsburg die Einteilung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in Reichskreise in die Wege geleitet. Der Fränkische Reichskreis hatte bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches 1806 Bestand. Der „Tag der Franken“ wird seit 2006 jedes Jahr in einem anderen fränkischen Bezirk gefeiert.

Allerdings solle es beim diesjährigen „Tag der Franken“ weniger um die Geschichte als vielmehr um Fränkens Gegenwart und Zukunft gehen, betonte Dotzel. „Diskutieren, feiern und genießen“, dieser Dreiklang solle den Tag bestimmen. Vormittags präsentiere sich die fränkische Kultur in ihrer ganzen Vielfalt, nachmittags werde eine glanzvoll besetzte Expertenrunde bei einer Podiumsdiskussion zu Fragen der Wirtschaft, der Kultur, der Regionalpolitik und zu den gesellschaftlichen Werten Stellung nehmen. Abends werde der „Tag der Franken“ mit einem feierlichen Festakt ausklingen. Die Bedeutung dieses Festtages zeige sich auch darin, dass Ministerpräsident Günther Beckstein sein Kommen bereits zugesagt habe, so Dotzel.

Bei den „Unterfränkischen Kulturtagen“, die heuer bereits zum 21. Mal stattfanden, präsentiert der Bezirk Unterfranken gemeinsam mit jeweils einem anderen Landkreis und einer Kommune jedes Jahr eine der vielen unterfränkischen Kulturlandschaften. Kaum sonst wo findet man Dot-

zel zufolge ein derart üppiges Kulturleben mit Musik, Literatur, Malerei und Architektur. Kaum sonst wo gebe es so kultiviertes Essen und derart kultivierte Weine.

Auf einen weiteren Superlativ verwies Landrat Roland Schwing: Mit insgesamt 16 Veranstaltungstagen seien die diesjährigen Kulturtag die längsten, die es je gab. Das zentrale Thema dieses Veranstaltungstages sei „Wege - woher? wohin? mit wem?“ sei auf der Hand gelegen. Dies gelte sowohl mit Blick auf die zentrale geographische Lage Miltenbergs als auch im übertragenen Sinn für die „menschlichen Wege des Miteinanders“.

Schwing betonte, er freue sich außerordentlich, „dass wir gemeinsam mit der Stadt Miltenberg und durch die Tourismusgemeinschaft verbunden auch mit Bürgstadt, Großheubach und Kleinheubach in den Unterfränkischen Kulturtagen unsere Wege einem großen Publikum zeigen dürfen“. Besonders unterstrich der Landrat, „dass wir durch die Organisation schon wieder neue Wege des Miteinanders finden werden“. Das allein schon sei ein Gewinn.

Bürgermeister Joachim Bieber räumte ein, dass der Stadtrat auf die Herausforderung, den „Tag der Franken“ zu organisieren, zunächst skeptisch reagiert habe. Inzwischen sei man aber sicher, dass man sich als ein guter Gastgeber präsentieren werde. „Wir freuen uns schon sehr auf diesen Tag und die vielen Besucher“, sagte Bieber. Augenzwinkernd ergänzte das Miltenberger Stadtoberhaupt, dass „wir im Juli in der Regel gutes Wetter haben“. **DK**

Städtebauförderung in der Oberpfalz:

Stolze Bilanz

Als „stolze Bilanz für die Städtebauförderung in der Oberpfalz“ hat Regierungspräsident Dr. Wolfgang Kunert die 228 Bewilligungsbescheide an 71 Städte und Gemeinden mit insgesamt 14 Millionen Euro an Fördermitteln bezeichnet.

Das breite Spektrum der Städtebauförderung wird an einigen Beispielen aus dem Jahr 2007 deutlich:

► Im Zentrum von Burglengenfeld stand seit Jahren ein frühes Einkaufszentrum leer und war ein großes Hindernis für eine positive Entwicklung des Handels im Ortskern. Mehrere Versuche privater Investoren, die Immobilie neu zu beleben, sind gescheitert. Jetzt konnte die Stadt das Objekt mit Unterstützung der Städtebauförderung erwerben, nach einer umfassenden Neuordnung ist das Areal für neue attraktive Nutzungen geeignet und wird einen wesentlichen Beitrag zur Aufwertung des Ortskerns leisten.

► In Eschenbach wurde die Sanierung des historischen Malzhauses abgeschlossen. Trotz großer ortsgeschichtlicher Bedeutung stand das wertvolle Baudenkmal über Jahrzehnte leer und war dem Verfall preisgegeben. Mit Unterstützung der Städtebauförderung und mit Mitteln des Denkmalschutzes konnte die Stadt die Sanierungskosten tragen. Entstanden ist ein neues kulturelles Zentrum für die Stadt.

► Die Stadt Regensburg konnte

im Jahr 2007 in der Humboldtstraße ein neues Quartierszentrum einweihen. Zusammen mit der weit fortgeschrittenen Modernisierung der Wohnungen sichert dieses eine stabile Entwicklung dieses Stadtteils.

► Der Stadtbau in Tirschenreuth kommt in Fahrt. Die traditionelle Industriestadt hat sich mit ihrem neuen Stadtentwicklungskonzept eine solide Basis und eine gute Perspektive für eine bessere Zukunft geschaffen. Als eines der ersten Impulsprojekte konnte 2007 mit der lange diskutierten Neugestaltung des Marktplatzes begonnen werden.

► Die Stadt Waldmünchen konnte 2007 mit der Umsetzung sehr ehrgeiziger Ziele beginnen. Eine ökologische Stadtentwicklung wird systematisch vorbereitet; Ziel ist eine Energiestadt, die besondere Entwicklungspotentiale aus der beispielhaften Verwendung regenerativer Energien schöpft. Parallel zur weiteren planerischen Vorbereitung wurde bereits mit der Sanierung einer Schule begonnen. Hier wird auch die energetische Neuorientierung visuell erlebbar gemacht und als Teil des Bildungsauftrags der Schule verstanden. **DK**



Personalratsvorsitzender Helmuth Lindner (Mitte) und seine Stellvertreter Susanne Sieber und Johann Lorenz informierten sich bei Roswitha Schireis (rechts) vom Gemeindekindergarten über Papilio. Sie übergaben Horst Erhardt, Geschäftsführer des beta Instituts (im Bild mit Freudibold) eine Spende. **□**

Kreissparkasse Augsburg:

Mitarbeiter spenden 5.000 Euro für Papilio

5.000 Euro erlösten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreissparkasse Augsburg im vergangenen Jahr bei einer Tombola auf ihrem Betriebsfest und durch den Verkauf aussortierter Büromöbel. Dieses Geld soll nun dem Präventionsprogramm Papilio zugute kommen.

„Die aktuelle Diskussion um Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen hat uns die Entscheidung leicht gemacht, in welchen guten Zweck wir den Betrag sinnvoll investieren“, so Helmuth Lindner, Personalratsvorsitzender bei der Spendenübergabe im Gemeindekindergarten Biberbach. „Papilio setzt früh an, um Sucht und Gewalt von vorneherein zu vermeiden.“

Beim beta Institut weiß er das Geld in guten Händen. Das Institut hat mit finanzieller Unterstützung der Kreissparkasse seit Juli 2006 bereits 100 Erzieherinnen im Landkreis Augsburg in mehrtägigen Fortbildungen in dem pädagogischen Programm Papilio geschult. Damit sind rund 30 Prozent aller Kindergarten im Landkreis erreicht.

Diese führen die Maßnahmen zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz dauerhaft in ihren Einrichtungen durch. Lindner informierte sich heute mit weiteren Personalratsvertretern im Gemeindekindergarten Biberbach darüber, wie das in der Praxis aussieht. „Seit wir Papilio vor einem Jahr eingeführt haben, nehmen die Kinder viel mehr Rücksicht aufeinander“, sagt Roswitha Schireis, stellvertretende Leiterin, „sie fragen sich, wie es den anderen geht und setzen sich für einander ein.“

Horst Erhardt, Geschäftsführer des beta Instituts, freut sich über den Einsatz der Kreissparkassen-Mitarbeiter: „Mit der Spende können auch 2008 weitere Erzieherinnen im Landkreis geschult werden.“ **□**



V. l.: Anton Böck (Arbeitskreis Dorfleben), Bürgermeister Josef Böck, Bernhard Atzkern (ALES), Franz Wenninger (Örtlich Beauftragter), Dritter Bürgermeister Herbert Wischek und Zweiter Bürgermeister Franz Settele. Text und Bild: wkl

Langenneufnach:

Grünes Licht für Dorferneuerung

Jetzt haben es die Langenneufnacher schwarz auf weiß: Das seit 2001 in der Staudengemeinde laufende Flurneuordnungsverfahren Langenneufnach II wird um Maßnahmen der Dorferneuerung erweitert. Ein entsprechender Antrag aus dem Jahr 2002 wurde jetzt vom Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten positiv beschieden.

In einem persönlichen Brief an Bürgermeister Josef Böck schreibt Landwirtschaftsminister Josef Miller, dass er das Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALES) in Krumbach angewiesen habe, die „notwendigen Schritte“ für den Start der Dorferneuerung in Langenneufnach und im Ortsteil Unterrothan einzuleiten.

In den vergangenen Jahren haben sich Gemeinderat, Arbeitskreise und Bevölkerung intensiv

mit der Zukunft Langenneufnachs auseinander gesetzt und ein Leitbild mit den Zielen und Schwerpunkten der künftigen Entwicklung erarbeitet. Grundlage dafür war eine umfangreiche Bürgerbefragung, deren Ergebnisse in das Leitbild eingeflossen sind. Mittlerweile wurde eine nach Prioritäten sortierte Maßnahmenliste erstellt. Ganz oben auf dieser Liste steht die Schaffung eines (neuen) Ortszentrums im Bereich Pfarrkir-

Regierungspräsident Wilhelm Wenning:

Misslungener Familienatlas 2007

Kritik an Berliner Prognos AG
„Verzerrtes Bild oberfränkischer Kommunen“

Der Familienatlas 2007, eine bundesweit angelegte Studie der Berliner Prognos AG zur Familienfreundlichkeit als Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit von Regionen und Städten, hat Oberfrankens Regierungspräsidenten Wilhelm Wenning zu einer kritischen Stellungnahme an den verantwortlichen Geschäftsführer von Prognos veranlasst.

Die für den Regierungsbezirk Oberfranken negativen Ergebnisse dieser Studie führen nach Wennings Auffassung zu „erheblichen Irritationen in der Öffentlichkeit und bei den verantwortlichen Kommunalpolitikern“. Noch im Dezember 2006 habe Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen anlässlich der Preisverleihung im Rahmen des Wettbewerbs „Familienfreundliches Oberfranken“ die Region als eine Oase für Familien, in der Familienfreundlichkeit ganz bewusst und systematisch mit Struktur aufgebaut werde und in der auch die Menschen die Bedeutung dieses Themas erkannt haben, bezeichnet. Der Familienatlas 2007 weise Oberfranken als Top-Region mit sehr guten Ergebnissen aus und decke sich insoweit mit den Aussagen der Ministerin.

Konträre Ergebnisse

Vor diesem Hintergrund ist es Wenning zufolge „mehr als verwunderlich, dass das Ergebnis von 2007 so gegensätzlich und extrem negativ für unsere Region ausfällt“. Zur Messung der Familienfreundlichkeit der einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise würden in der aktuellen Studie lediglich eine reduzierte Auswahl familienpolitisch relevanter und regionalpolitisch beeinflussbarer Handlungsfelder sowie demografische und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen herangezogen. Mit der Auswahl der Indikatoren würden aber gerade die traditionellen und strukturellen Besonderheiten der Region nicht berücksichtigt. „Die ausschließliche Betrachtung unter statistischen Gesichtspunkten führt zu einem verzerrten Bild“, so Wenning.

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Nach Wennings Ansicht werden u. a. im Handlungsfeld „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in der Studie die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern von Kindern unter drei Jahren und die Qualität der Betreuungsangebote völlig außer Acht gelassen. Diverse Kriterien der Schulqualität, wie die Ausstattung der Schulen, die Berufskompetenz der Lehrkräfte sowie der Unterrichtserfolg seien nicht in die Bewertung eingegangen. Dadurch werde gerade der Anspruch, dass die Qualität der Schulen in den einzelnen Regionen hätte festgestellt werden sollen, nur sehr bedingt erfüllt. Auch bei diesem Handlungsfeld lasse sich feststellen, „dass die Erhebung sehr simpel strukturiert ist und nicht auf regionale Besonderheiten einght“.

Gravierende Fehler in der Erhebung seien auch im Bereich der Freizeitangebote zu bemängeln, fuhr Wenning fort. Die Studie erfasse nur in geringem Umfang die strukturellen Besonderheiten und Angebote für Familien, die in der Region vor Ort tatsächlich geleistet werden. Oberfranken biete

che-Rathaus-Schule. Neben den Maßnahmen im öffentlichen Bereich sollen aus Mitteln der Dorferneuerung auch private Initiativen zur Erhaltung und Wiederbelebung der Bausubstanz und zur Begrünung des Ortes gefördert werden. **□**

als ländlich geprägter Raum durch das breit gefächerte Engagement aller Vereine, Verbände, kirchlichen Träger und ehrenamtlich Tätigen ein umfassendes Angebot an Freizeit- und Fördermöglichkeiten. Die Oberzentren Bayreuth, Bamberg, Coburg und Hof sowie die angrenzenden Landkreisgemeinden bildeten hier eine weitgehende Einheit, die sich wegen der kurzen Entfernungen gegenseitig ergänzen und bereichern (z. B. gemeinsame Nutzung von Musikschulen, Schwimmbädern, Kino). Es sei nicht hinnehmbar, dass all diese Gesichtspunkte ausgeklammert werden, so der Regierungspräsident abschließend. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin: Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Allgäuer Baufachkongress 2008:

„Netzwerke knüpfen“

Mit über 3.000 Teilnehmern vermeldete der diesjährige Allgäuer Baufachkongress in Oberstdorf einen Besucherrekord. Unter dem Motto „Netzwerke knüpfen“ konnten die Teilnehmer aus 60 Fachvorträgen das passende Referat für sich auswählen. Über 50 hochkarätige Referenten aus Verbänden, Wirtschaft, Architektur, Forschung und Ingenieurwesen waren am Start. Mit dem Allgäuer Baufachkongress hat Baumit-Bayosan eine Veranstaltungsreihe etabliert, die in ihrer Ausprägung innerhalb der Branche einmalig ist und einen hohen Bekanntheitsgrad genießt. Bereits seit 1984 wird der Kongress im 2-jährigen Rhythmus veranstaltet.

Bayerns Wirtschaftsministerin Emilia Müller wies in ihrer Begrüßung darauf hin, dass erst für das Jahr 2009 ein Wachstum für den Wohnungsbau prognostiziert werde. Hingegen sei im Wirtschafts- und öffentlichen Bau bereits im vergangenen Jahr durch den wirtschaftlichen Aufschwung die Auftragszurückhaltung aufgegeben worden.

„Neu bauen heißt sanieren“

Das Megathema Energie und Klimaschutz stehe ganz oben auf der politischen Agenda mit dem Ziel Versorgungssicherheit zu erschwinglichen Preisen für den Verbraucher zu sichern. Rund 20 Mio. Gebäude gebe es in Deutschland. Wenn nur die Hälfte davon in den nächsten zehn Jahren saniert werden, könnten 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. „Neu bauen heißt sanieren“, so Müller. Die notwendige Energieeinsparung schaffe unendliche Chancen für die Bauwirtschaft.

Überlebensfrage

Besonders stark frequentiert war der Eröffnungsvortrag „Auf die Zukunft bauen! Planen, Bauen, energetisch Sanieren im 21. Jahrhundert“ von Dr. Franz Alt. Anhand einer virtuellen ökologischen Fernseh-Nachrichtensendung zeigte der Journalist dramatische weltweite Entwicklungstendenzen: An einem Tag werden 150 bis 180 Tier- und Pflanzenarten ausgerottet, wird Öl und Gas verbraucht, das die Natur in 500.000 Tagen angesammelt hat, gehen 86 Mio. Tonnen Boden durch Erosion verlo-

ren, entstehen 30.000 Hektar Wüste.

„Wir verwüsten unsere Welt“, so Alts Kommentar. „Wenn wir unser Verhalten nicht ändern, könnte das eine globale Erwärmung von bis zu 8 °C in den nächsten 100 Jahren bedeuten. Die Energiefrage hat sich zur Überlebensfrage für die Menschheit entwickelt.“ Den wichtigsten Lösungsansatz sieht der Journalist in der Nutzung der Sonne. „Wir bekommen alles, was wir brauchen von der Sonne. Sie schickt uns 15.000 Mal mehr Energie als alle Menschen zusammen verbrauchen können. Was sie uns nicht schickt, ist eine Rechnung. Was noch fehlt ist die konsequente Umsetzung. Wir müssen nur beginnen!“, so Alts Appell.

Chance auf Unabhängigkeit

Der Umstieg auf Solarenergie biete auch die Chance auf Unabhängigkeit von Energie-Importen. Da es in Deutschland kein Erkenntnis-, sondern vielmehr ein Umsetzungsproblem gebe, gelte es an allen Fronten zu beginnen: mit speziell ausgebildeten Solararchitekten und qualifizierten Fachhandwerkern.

Weitere Programmhilights bildeten Vorträge von Prof. Dr. Hans Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Zukunftswissenschaftlers Prof. Dr. H. W. Opaschowski. Laut Sinn lässt der Geschäftsklima-Index für das Bauhauptgewerbe eine deutliche Steigerung erkennen: „Wir erwarten Wachstum 2008 und mit verhaltenen Werten auch für 2009 im öffentlichen Bau, im

Gewerbebau und im Tiefbau. Rückgänge werden weiterhin im Wohnungsbau erwartet. Das lässt sich auch an den Wohnungsfertigstellungen sowohl im Ein- bis Zweifamiliengebäuden als auch in Mehrfamiliengebäuden ablesen.“

Weniger Wachstum

Die Prognosen für 2008 wiesen in Deutschland 1,8 % Wirtschaftswachstum nach 2,5 % im vergangenen Jahr aus, fuhr Sinn fort. Für 2009 würden nur noch 1,5 % erwartet. Die Hoffnung liege für dieses Jahr im privaten Konsum, der mit 1,5 % Wachstum prognostiziert wird. Bislang habe der Konsum nichts zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen.

Relevant für wirtschaftlichen Aufschwung seien die Exporte von Investitionsgütern und die Binnennachfrage nach diesen Maschinen und Anlagen. Durch die Konzentration auf den Export sei Deutschland andererseits abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft. Hier belaste der konstant hohe Euro-Wert die deutsche Wirtschaft zusätzlich auf der Exportseite.

Laut Prof. Opaschowski leben in diesen Jahren erstmals mehr Menschen in der Stadt als auf dem Land. Berufliche Berührungspunkte versprechen interessante neue Herausforderungen und Bauaufgaben. Persönliche Aspekte berührten die eigene Planung der Zukunft und des Alterswerdens und Altersseins unter familiären, finanziellen und sozialen Aspekten.

Urbane Zukunft

„Die Zukunft ist urban“, so Opaschowski. Auch wenn immer mehr Menschen in die Städte zögen und die Weltbevölkerung täglich um 250.000 Menschen wachse, fehle in Deutschland der Nachwuchs. Dies werde dazu führen, „dass in den Städten der Zukunft ältere Singles leben, die ganz andere Bedürfnisse an den Komfort der Wohnungen und an die Infrastruktur der Städte stellen, als diese heute anbieten.“ In wirtschaftlich schweren Zeiten ziehe es die Menschen in wirtschaftlich starke Regionen, also in die Städte. Von den 40 wirtschaftsstärksten Gemeindekreisen in Deutschland lägen allein 23 in Bayern. „Diese werden die Gewinner dieses Prozesses sein“, meinte der Wissenschaftler und prognostizierte: „2020 werden die Babyboomer in Ruhestand gehen und versuchen, ihre Immobilien an eine zahlenmäßig kleinere Gruppe zu verkaufen, um diesen zu finanzieren. Das wird zu sinkenden Immobilienpreisen führen.“

Lebendige Nachbarschaft

„Die lebendige Nachbarschaftshilfe, spontan, vor der Haustür und um die Ecke, wird wieder entdeckt“, zeigte sich Opaschowski überzeugt. Die Selbsthilfegesellschaft sei keine Utopie. „Das soziale Nachbarschaftsumfeld wird in Zukunft genauso wichtig wie Miete, Ausstattung und Lage“, schloss der Wissenschaftler seine Ausführungen.DK

fortgeführt. Ansprechpartner hierfür ist die Euregio Egrensis.

In Oberfranken gehören zum Ziel 3-Fördergebiet die Landkreise Bayreuth, Hof, Kronach, Kulmbach und Wunsiedel i. Fichtelgebirge sowie die kreisfreien Städte Bayreuth und Hof. Auf tschechischer Seite erstreckt sich das Fördergebiet auf die Bezirke Karlsbad, Pilsen und Südböhmen. DK

Fortgeführter Fonds

Der den Euregionen zur Verfügung stehende Dispositionsfonds, also der Fonds zur Förderung von kleinen Projekten (bis zu 25.000 Euro Gesamtvolumen), wird im Rahmen des Ziel 3-Programms

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Die Schwüre von Treue, sie brechen entzwei. Hoffentlich gilt das nicht für die Treueschwüre von Fanny Bacher zur Fraktion.“ Mein Chef, der Bürgermeister, erinnerte sich an die zweite Zeile des Kölner Karnevalsschlagers „Am Aschermittwoch ist alles vorbei“, weil just an diesem Tage das Gerücht eines heftigen Faschingsflirts von Hajo Klein mit einer ziemlich jungen, ziemlich blonden und ziemlich weit hinten auf der Stadtratsliste stehenden Neukandidatin die Runde machte.

Fanny Bacher, die Stadtratsveteranin, die sich mehr durch nassforschendes Beharrungsvermögen als durch intellektuelle oder rhetorische Gewandtheit auszeichnet, und der Unternehmer und selbsternannte Wirtschaftsexperte Hajo Klein verbindet seit Jahren eine symbiotische Arbeitsbeziehung, bei der sie sein Sprachrohr

Gefühl und Verstand in der Politik

im Stadtrat und er ihr Ideengeber für mancherlei sinnige oder -meist- weniger sinnige Anträge ist. Ob darüber hinaus zwischen beiden eine Beziehung, Verhältnis oder was immer auch sein mag, das wabert in der Gerüchteküche, aber keiner weiß was Genaues.

Fanny ist schwierig, nervig, unberechenbar, lästig und nervtötend. Deshalb ist sie in der Fraktion wenig gelitten, was auf Gegenseitigkeit beruht. Die Fraktion und vor allem der Bürgermeister halten sie, weil sie mit ihrer unbekümmerten Kommunikationsfreude durchaus Sympathien und Stimmen zieht. Fanny hält Burgfrieden mit der Fraktion, weil sie gerne bei den „Mehreren“ ist und weil Hajo Klein darauf Wert legt, sie dort zu haben, wo man das Sagen hat.

Wie das alles weitergehen wird, wenn sich Fanny und Hajo verkrachen sollten, ist unklar. Gemeinhin gelten ja Fasching, Weihnachtsfeiern und Betriebsfeste als Gelegenheiten, der Todsünde der Unkeuschheit ihren Lauf zu lassen. Dass an Fasching die eine Kandidatin der

anderen den politischen Coach mittels Flirt aussucht und eine politische Allianz zerbricht, das wäre allerdings ein Novum in unserem Städtchen.

Womit aber wieder einmal bewiesen wäre, dass es überall menschelt und auch die effektivste Arbeitsbeziehung nicht davor gefeit ist, durch irrationale Gefühlsaufwallungen tangiert zu werden.

Aber der Sünde soll ja Reue, Umkehr und Buße folgen. Gerade der Aschermittwoch als Tag der Besinnung auf das Ende und Auftakt der Fastenzeit ist prädestiniert dazu, mit schlechten Taten zu brechen und auf den rechten Weg zurückzukehren. Was läge also näher, als ein klärendes Gespräch zwischen Fanny und Hajo zu organisieren, in dem beide mal so richtig Dampf ablassen können. Denn auch das entspricht bei politischen Allianzen den Gesetzen des Zwischenmenschlichen: Nach jemandem anderen verlangt es einen der Partner dann, wenn sich Missverständnisse oder Frustrationen zu hoch aufgebaut haben.

Schlussendlich sollte aber in der Politik immer noch der Verstand über alles andere siegen. Fanny und Hajo werden wieder zueinander finden. Hajo braucht eine Stimme im Stadtrat und keine Zählkandidatin im Dreierblock von hinten. Und Fanny braucht jemand, der in ihrem Strohkopf ab und zu ein Ideenfeuerwerk zündet, das sie zumindest in die Zeitung bringt.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird sein Bestes tun, damit bald Versöhnung gefeiert wird und wieder Ruhe im Karton herrscht. Und er wird sich die lieben Kollegen zur Brust nehmen, die getratscht und geklatscht haben wie schadenfrohe Waschweiber. Der Spruch vom heutigen Kalenderblatt kommt ihm da wie gerufen. Der spanische Bußprediger Petrus von Alcantara soll einmal gesagt haben: „Alles Übel kommt daher, dass niemand sich selbst, sondern jeder nur den anderen ändern will.“

ihre
Sabrina

Kreissparkasse Augsburg baut Standort Schwabmünchen aus

Schwabmünchen/Augsburg - Die Kreissparkasse Augsburg hat in den vergangenen Monaten den Standort Schwabmünchen neu gestaltet, räumlich umgebaut und personell erweitert. Jetzt wurden die Ergebnisse präsentiert.

„Hinter den Kulissen des Tagesgeschäfts hat sich die Kreissparkasse im vergangenen Jahr von innen heraus rund erneuert“, zog Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse, Bilanz. In Schwabmünchen vollzog das regionale Kreditinstitut einen Komplettumbau: Neue Büros, ein Kundenservicecenter, ein Schulungszentrum und eine neue Kantine sind entstanden. Teile der Kreditabteilung, das Kreditarchiv und der IT-Service sind aus Augsburg in den südlichen Landkreis umgezogen. Die Anzahl der Mitarbeiter, die dort tätig sind, wird sich bis Mitte 2008 auf rund 240 mehr als verdoppelt haben. Im Kompetenzzentrum Schwabmünchen bündelt die Kreissparkasse spezialisierte Dienstleistungen für ihre Kunden: von der Immobilienfinanzierung über Vermögensmanagement bis zur Beratung von Privat- und Unternehmenskunden.

Kundenservicecenter: zwölf Stunden täglich

Kunden, die bei der Kreissparkasse anrufen, werden seit Jahresmitte vom zentralen Kundenservicecenter in Schwabmünchen bedient, einem Servicecenter, in dem rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzdienstleisters mit qualifizierter Sparkassenausbildung beschäftigt sind. Diese beantworten Fragen, sperren EC-Karten, tätigen Überweisungen und vereinbaren Termine mit Beratern. Das Kundenservi-

center ist montags bis freitags von 7:00 bis 19:00 Uhr unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800-7765724 zu erreichen. Das durchschnittliche Anrufaufkommen beträgt derzeit rund 1.600 Anrufe am Tag.

Komfortables Arbeiten

Für das Kundenservicecenter entwickelte die Kreissparkasse eine Möblierung, die den ergonomischen Anforderungen von Telefonie-Arbeitsplätzen besonders entspricht. Eine Innovation, die aus der Kooperation der beiden mittelständischen Unternehmen hervorging, sind höhenverstellbare Tische, bei denen sich parallel auch die Schalltrennwände mit bewegen. So können die Mitarbeiter bequem zwischen sitzendem und stehendem Arbeiten abwechseln, ohne einem höheren Schallpegel ausgesetzt zu sein. Auch warme Holz- und Naturmaterialien, flexible Beleuchtungssysteme sowie Rollcontainer, in denen die Mitarbeiter ihre individuellen Unterlagen und Utensilien verstauen können, sorgen für ein angenehmes und komfortables Arbeiten.

Marktfolgetätigkeiten

Um den teuren Raum in Augsburg-Stadtmitte effizienter nutzen zu können, verlegt die Kreissparkasse Schritt für Schritt sogenannte Marktfolgetätigkeiten nach Schwabmünchen. Unter Marktfolge verstehen Finanz-

dienstleister ihre „Produktion“, also den operativen Bereich jenseits der Kundenberatung bzw. des Vertriebs. Was viele nicht wissen: In Schwabmünchen werden jeden Tag bis zu 15.000 Belege und Überweisungsträger gescannt und digital weiterverarbeitet. Seit Ende November ist die Kreditabteilung zunächst mit der Privatkunden-Kreditbearbeitung in Schwabmünchen angesiedelt. Im ersten Halbjahr 2008 folgen die restlichen Bereiche. Beim Umzug des Kreditarchivs wurden mit Unterstützung der Spedition Stahl aus Untermeitingen rund vier Kilometer laufende Akten bewegt. Auch der IT-Service für die 47 Geschäftsstellen in Augsburg und im Landkreis wird seit Dezember von Schwabmünchen aus geleistet.

Modernes Schulungszentrum

Für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtete die Kreissparkasse ein modernes Schulungszentrum mit drei hellen und großzügigen Seminarräumen ein. Rund 3.000 Schulungstage im Jahr werden dort absolviert. Hinzu kommen weitere 1.600 Tage an externen Weiterbildungsanlagen. Diese Maßnahmen stellen die hohe Beratungsqualität sicher, für die die Kreissparkasse Augsburg in diesem Jahr als beste Sparkasse in Bayern von der Sparkassenorganisation ausgezeichnet wurde. Besonders gut kommen die beiden Coffee Corner und die neue Kantine bei der Belegschaft an. Das Ambiente erinnert an schicke Bistros und lädt zu entspannenden und kommunikativen Pausen ein. □

Umweltmodellregion im Landkreis Neumarkt

Vorreiter für die Oberpfalz und ganz Bayern im Umweltcluster Bayern

Etwas völlig Neues für die Oberpfalz ist die Bündelung aller Umweltaktivitäten. Das geschieht im Landkreis Neumarkt. „Cluster“ heißt soviel wie Netzwerk, Bündelung. Am 25. Oktober 2007 unterzeichneten Landrat Albert Löhner, Prof. Dr. Michael Braun, Präsident der Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg, und Clustersprecher Dr.-Ing. E.h. Hans Huber den Kooperationsvertrag zur Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlage. Damit wird der Landkreis Neumarkt als erstes Gebiet im Projekt „Modellregion“ im Umweltcluster Bayern evaluiert.

Im Wesentlichen geht es bei dem Projekt darum, eine Region beispielhaft hinsichtlich ihrer Projekte und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung im Umweltbereich zu bewerten. Die Schwerpunkte liegen unter anderem auf folgenden Themen:

- sichere und umweltverträgliche Wasserversorgung und Entsorgung,
- ökologische und ökonomische Abfallwirtschaft,
- regionale Wertschöpfung,
- integrierter Umweltschutz und Regionalentwicklung,
- Umweltschutz durch regionale Netzwerke und Kreisläufe,
- Arbeitsplätze und Beschäftigung in der Region.

Was ist der „Umweltcluster Bayern“?

Als eines von 19 Zukunftsfeldern wählte die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2006 den Bereich Umwelttechnologie aus. Daraufhin wurde auf Initiative des Bayerischen Wirtschaftsministeriums das Umweltcluster Bayern gegründet, das auch hinter dem Neumarkter Projekt steht. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk der Wirtschaft und Wissenschaft auf dem Gebiet der Umwelttechnologie, dessen oberstes Ziel es ist, die Umwelttechnologie-Unternehmen dabei zu unterstützen, marktfähige Produkte zu entwickeln, herzustellen

und im In- und Ausland zu vertreiben. Wichtig ist der Austausch und die Beteiligung möglichst vieler Akteure. „Wir verstehen uns als Drehscheibe für sämtliche Umweltaktivitäten in Bayern, bei uns läuft sehr viel an Informationen zusammen, die wir an Interessenten weitergeben“, erläutert Dr. Manuela Wimmer, Geschäftsführerin des Umweltclusters Bayern.

„Umwelt-Modellregion“

Intensiv gearbeitet wird am Projekt „Umwelt-Modell-Region“. Mit der Simon-Ohm Hochschule in Nürnberg wird eine Methode entwickelt, mit der anhand festgelegter Kriterien die Umweltkompetenz einer ganzen Region wissenschaftlich bewertet wird. Zum ersten Mal wird dieses Verfahren nun im Landkreis Neumarkt umgesetzt.

Die Evaluation wird zum einen die Bereiche zeigen, in denen der Landkreis schon gut ist. Diese Fakten werden sowohl die Bürger als auch die ansässigen Unternehmen noch stärker an Neumarkt binden und beispielsweise dem Tourismus nutzen. Zum anderen werden Bereiche mit Defiziten ans Tageslicht kommen. Hier bietet die Studie dann konkrete Ansatzpunkte für neue Projekte.

Die Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg entwickelt Kriterien, anhand deren der Land-

kreis Neumarkt bezüglich Umwelttechnologie, Umweltschutz, Umweltprojekte und Umweltbildung evaluiert werden kann. Geachtet wird aber auch darauf, die Auswirkungen auf die Region, auf die Unternehmen und auf die Bürger zu erfassen.

Zuerst steht eine Bestandsaufnahme in folgenden Punkten an:

- Abwasserentsorgung und Klärschlammverwertung
- Abfallwirtschaft
- Regenerative Energieversorgung
- Trinkwasserversorgung
- Projekte zur Regionalentwicklung und Umweltbildung
- Umweltschutz durch regionale Netzwerke und Kreisläufe
- Besonders engagierte und repräsentative Unternehmen

Der Hochschule obliegen folgende Aufgaben:

- Entwicklung des Kriterienkataloges
- Erstellung einer Bewertungsmatrix
- Exemplarische Bewertung der Modell-Region Neumarkt i.d.OPf.
- Erforschung der Auswirkungen auf die Bürger, auf die regionalen Unternehmer und auf die Region selbst.

Durch das Zusammenwirken mehrerer Umweltsektoren entstehen Synergieeffekte und so neue Innovationen in den Unternehmen sowie im Zusammenwirken von Verwaltungen und Unternehmen. Etwa bei den regenerativen Energien und der Klärschlammverwertung können in der weiteren, eigenverantwortlichen Umsetzung durch den Landkreis neue Projekte entwickelt und realisiert werden.

Profil schärfen

„Der Umweltcluster bietet uns als Modellregion die große Chance, unser Profil als Region mit hoher Umwelt- und Lebensqualität weiterzuentwickeln und zu schärfen. Neue Pilotprojekte sollen uns auch in der Energie- und Umwelttechnologie voranbringen und zusätzliche Wachstums- und Entwicklungsperspektiven für unsere Betriebe eröffnen. Der Landkreis Neumarkt wird auch sein Entwicklungsleitbild entsprechend dem Umweltcluster ausrichten“, meint hierzu Neumarkts Landrat Albert Löhner.

Dies ist auch ein Anliegen der Geschäftsführerin des Umweltcluster Bayern, Dr. Manuela Wimmer. „Ziel muss sein, dass alle anderen Regionen der Vorreiterrolle von Neumarkt folgen und sich ebenfalls evaluieren lassen.“

Markus Bauer

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt des Beck-Verlags München bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Unterzeichnung des Kooperationsvertrages „Modellregion Neumarkt“. Vordere Reihe: Staatssekretär a.D. MdL Hans Spitzner, Prof. Dr. Michael Braun, Präsident der Georg-Simon-Ohm Hochschule Nürnberg, Neumarkts Landrat Albert Löhner und der Sprecher des Umweltcluster Bayern, Dr.-Ing. E.h. Hans G. Huber.

KGST-Untersuchung:

Erlanger Bürgeramt ist spitze

Das Bürgeramt der Stadt Erlangen hat bei einem Vergleich der KGST (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) am besten abgeschnitten. Unter den zehn im Vergleichsring untersuchten Städten in der Kategorie „100.000 bis 200.000 Einwohner“ belegte Erlangen im Bereich der Gesamtzufriedenheit den 1. Platz.

In Testtelefonaten und schriftlichen Kundenbefragungen wurde erhoben, wie die Bürgeranliegen erledigt werden. Kriterien waren u. a. Beratungsangebot, Öffnungszeiten und Erreichbarkeit, Wartezeiten, aber auch Kompetenz, Engagement sowie Freundlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unschlagbare Rate

Besonders hervorgehoben wurde, dass in Erlangen nur 9,3 Prozent aller Bürgerwünsche nicht sofort erledigt werden konnten - eine Rate, die sich kaum unterbieten lässt, da beispielsweise die Ausstellung eines Personalausweises ein zwei-

maliges persönliches Erscheinen zwingend erfordert.

Innovative Umorganisation

Oberbürgermeister Siegfried Balleis freute sich über die Bewertung des Bürgeramtes ganz besonders. „Ich finde es großartig, dass die innovative und bürgerefreundliche Ausrichtung und Umorganisation unseres Bürgeramtes Früchte trägt und auch in der Öffentlichkeit entsprechend positiv wahrgenommen wird. Dieser Vergleich ist auch eine eindrucksvolle Bestätigung für das Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so das Stadtoberhaupt. DK



Unter dem Motto „Ein Bus für Ruhpolding“ wurden sportbegeisterte Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus Sport- und Schützenvereinen des Landkreises München zur Biathlon Jugend- und Juniorenweltmeisterschaft eingeladen. Dem Aufruf zur Teilnahme kamen 60 Personen nach, die mit Sportreferent Günter Stephan zu den Staffeltwettbewerben der weiblichen Jugend und Juniorinnen fuhren. Fahrtkosten und Eintritt sponserte die Kreissparkasse München Starnberg.

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 28. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT für die Kommunalverwaltung
- Umweltschutz - Abfallwirtschaft
- Dienstleistungen für Kommunen

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm.-Knoll-Str. 25
D - 92245 Kürnnersbruck
Telefon: +49 (0) 93 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74